

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Wasser am Halse.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Juncker am Ende ihres Rates seien, so hat ihn gestern der Reichskanzler durch seine Rede in der Generaldebatte des Etats geliefert. Sie war länger, als Herr v. Bethmann Hollweg sonst zu sprechen pflegt, aber ihr Inhalt läßt sich in dem kurzen Satz zusammenfassen: Ich bin der gehorsame Diener des Junkertums, und wie der Schnapsblock pfeift, so tanzt ich.

Freilich ließ der Reichskanzler eine leise Bitte an Herrn v. Seydebrand durchschimmern, ihn doch nicht so gar ungeniert vor versammeltem Kriegsvolk zu kommandieren. Aber dies kleine Scherzspiel gehört eben auch zum Ganzen, um den Schein zu wahren, als schwebte die Regierung über den Parteien, einen Schein, den aufrechtzuerhalten auch die Juncker lebhaftes Interesse haben, namentlich am Vorabend neuer Wahlen, in denen die Juncker alles, was sie noch zu retten hoffen, nur durch die „Sammlung“ aller bürgerlichen Parteien retten können. Sie werden also vollkommen einverstanden sein mit der Verhöhnung des Reichskanzlers gegen die Unteroffiziersmanner des Herrn v. Seydebrand, selbst wenn man den Verdacht abweifen will, daß dieser kleine schalkhafte Juncker es von vornherein darauf angelegt hat, die den Junkern ebenso nützliche wie den politischen Tatsachen widersprechende Erklärung des „leitenden Staatsmannes“ herauszufordern, wonach die Regierung über den Wassern des Parteikampfes schweben soll.

Nicht besser steht es um die Ablehnung jedes Ausnahmegesetzes, die Herr v. Bethmann Hollweg feierlich proklamierte. Ein Ausnahmegesetz in der Art des Sozialistengesetzes wollen die Juncker selbst nicht, wie ihre Presse oft genug in durchaus glaubwürdiger Weise erklärt hat; wären sie selbst schon verblendet genug, mit diesem Feuer zu spielen, so wissen sie sehr genau, daß sich ihre ultramontanen Bundesgenossen auf ein so verweigertes Spiel nicht einlassen würden, und am wenigsten angefaßt neuer Wahlen. Ein offensichtliches Ausnahmegesetz einbringen; hieße der Sozialdemokratie einen neuen und überwältigenden Triumph auf dem Präzidentiersteller entgegentragen, und die noch so pompöse Ablehnung eines Ausnahmegesetzes durch die Regierung bedeutet deshalb nicht mehr als das höchst triviale Bekenntnis, daß sie, ehe sie ins Wasser gehen müssen, um ihre Schwimmkraft zu erproben, sich keinen Zentner ans Bein binden wollen.

Dies waren aber die beiden „Nichtpunkte“ in der Rede des Reichskanzlers, die etwa noch die ganz Dummen, die heutzutage etwas rar zu werden beginnen, hätten blenden können. Sonst betete sie getreulich das Programm nach, das ihr die „Konservative Korrespondenz“ vorgezeichnet hatte: beschleunigtes Gerichtsverfahren bei der Aburteilung von Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Vorschriften gegen Aufwiegelung und aufreizende Tätigkeit, gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen usw. Auch diese Suppe wird nicht so heiß gegessen werden, wie Herr v. Bethmann Hollweg sie aufträgt, wiederum mit der Einschränkung: mindestens vor den Wahlen nicht, aber der Zweck der Übung ist zunächst auch nur, die Philtister kopfschau zu machen, und darin war der Reichskanzler ein getreuer Sprecher des Junkertums. Höchstens daß er noch etwas tappiger vorging als Herr v. Seydebrand, indem er den Freisinn mit der melanchoischen Betrachtung anzufördern suchte, wie unmöglich patriotische Parteien mit der Sozialdemokratie zusammengehen könnten zu einer Zeit, wo diese revolutionärer auftrete denn je.

Ein belangloses Echo aus den Hinterwäldern Hinterpommerns und der Wasserpoladei, wie die Rede des Reichskanzlers sonst war, zeichnete sie sich nur durch einen Umstand aus, daß der oberste Beamte des Reiches sich in einer Beeinflussung der Rechtsprechung gefiel, wie sie sich noch keiner seiner Vorgänger, selbst Bismarck nicht, der in diesem Punkte ja auch nicht gerade an einem „Wegel an Dreieck“ litt, jemals erlaubt hat. Herr v. Bethmann Hollweg verherrlichte die polizeilichen Exzesse in Moabit mit einer Inbrunst, die der Strafkammer, vor deren Schranken der Moabiter Prozeß verhandelt wird, nicht mehr die Möglichkeit läßt, diese Exzesse zu verurteilen, ohne den Reichskanzler als moralischen Mitschuldigen dem Urteil der Öffentlichkeit zu übergeben. Auf solche Proben preußische Richter zu stellen, die unter harten Disziplinargesetzen stehen, das ist eine Leistung, die Herr v. Bethmann Hollweg endlich einmal zwar nicht als einen originellen Gedanken, denn die Verherrlichung der polizeilichen Exzesse plappert er an sich auch nur den Junkern nach, aber als eine revolutionäre Tat ansprechen kann; insofern eben, als er das Gewicht des ihm zu anderen Zwecken anvertrauten Amtes in die Waage der Gerechtigkeit wirft und der Göttin Themis die Binde vor den Augen löst, um sich ihr als Engel mit gezücktem Schwerte vorzustellen.

Der Reichskanzler hat dies beispiellose Vorgehen zu entschuldigen gesucht: er folge, wie er sagte, einem Vorbild, das ihm der Genosse Scheidemann gegeben habe. Das ist im Grunde gewiß eine große Schmeichelei für die Sozialdemokratie im allgemeinen und den Genossen Scheidemann im besonderen, denn der Reichskanzler sogar die päpstliche Gewalt zuspricht, zu binden und zu lösen; was können wir uns Großartigeres wünschen, als wenn ein dummer oder schlechter Streich, sobald ihn einer von uns begeht, vom Reichskanzler als nachahmenswert proklamiert wird? Tatsächlich hat nun aber Genosse Scheidemann in seiner vortrefflichen Rede gar

nicht den Streich begangen, dessen ihn der Reichskanzler zieh; er hat nur den Junkern v. Dirschen und v. Westarp geantwortet, die in der Beratung über das Arbeiterkammergesetz die Moabiter Krawalle gegen die Interessen der Arbeiterklasse auszuwickeln sich erdreistet hatten. Also diese Verschönerung der parlamentarischen Sitten fällt wieder ganz auf die junkerliche Seite, wobei jedoch Herr v. Bethmann Hollweg ausnahmsweise nicht als bloßer Moabiter erscheint, sondern die junkerlichen Wünsche mit einer Tat frönt, die den Vorzug der Einzigkeit beanspruchen darf. Dem Moabiter Prozeß wird dadurch freilich nicht auf die Beine geholfen werden; der Reichskanzler zieht diesen Karren nicht mehr aus dem Sumpfe, sondern indem er sich selbst noch darauf setzt, drückt er ihn um so tiefer hinein.

So ist an der Lage der Dinge wenig geändert, und jedenfalls nichts zugunsten des Junkertums. Zu seinen Einbußen in der vergangenen Woche zählt auch — und nicht zuletzt — die Wahl in Lobiau-Wehlau, nicht um des einzelnen Reichstagsmandats willen, das ihm verloren ging, sondern wegen des ganz resoluten Verhaltens der freisinnigen Wählerschaft. Nach so vielen Enttäuschungen hatte man nadergerade alle Hoffnungen verloren, daß sich der wadere Bürgermann noch einmal gegen das Joch des Junkertums erheben würde, und wir wollen den Tag auch nicht vor dem Abend loben, aber immerhin mehren sich die Anzeichen, daß wenigstens die Masse der freisinnigen Wählerschaft, sei es auch über den Kopf einzelner verbohrender Führer hinweg, endlich Fuß beim Male halten will. Und wenn das geschehen sollte, so kann das Junkertum getroffen bei den nächsten Wahlen einpaden.

Wie sehr die Juncker diese Möglichkeit fürchten, zeigt das Gezeret des Knuten-Dertel über den angeblichen „Umsall“ des „Vorwärts“, weil der „Vorwärts“, wie er selbst und andere sozialdemokratische Blätter schon hundertmal früher getan haben, ein ehrliches Stichwahlabkommen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie befürwortete. Wenn die Juncker und ihre Eintentkulis sich um die Prinzipienpolitik der Sozialdemokratie zu sorgen beginnen, so muß ihnen das Wasser wohl am Halse stehen.

Franz Mehring („Neue Zeit“).

Die Kosten der Lebenshaltung des deutschen und englischen Arbeiters.

Angeht die enormen Verteuerung fast sämtlicher Lebensmittel, besonders der notwendigsten, des Fleisches und des Brotes, die der deutsche Konsument über sich ergehen lassen muß, dürfte ein Vergleich mit England, das keine hohen agrarischen Schutzzölle und andere agrarische Vorbedienste kennt, dessen Grenzen sowohl für die Vieh- als auch die Fleischimporte offen stehen, nicht uninteressant sein.

Werfen wir zuerst einen kurzen Blick auf die Fleischversorgung Englands. Die englische heimische Landwirtschaft ist, ebensowenig wie die deutsche, imstande das Land ausreichend mit Vrot und Fleisch zu versorgen, aber während in Deutschland ein aus agrarischer Liebedienerei geborenes ängstlich kompliziertes System von Zöllen und Einfuhrerschwerungen das Land fast hermetisch abschließt, ist in England die Zufuhr jeglicher Art Lebensmittel unbeschränkt. Und da England naturgemäß auf dem Landwege kein Vieh und Fleisch einführen kann, deckt es seinen notwendigen Bedarf aus dem reichen Ueberfluß anferoeuropäischer Länder, aus den Vereinigten Staaten, aus Kanada, aus Argentinien, aus Neuseeland und aus Australien. Aus diesen Ländern wird sowohl lebendes Vieh, welches in den englischen Häfen unter ausgezeichneter sanitärer Kontrolle geschlachtet wird, als auch Fleisch in gekühltem wie in gefrorenem Zustand nach England eingeführt. Etwa die Hälfte des gesamten Fleischbedarfes deckt England in dieser Weise aus überseeischen Ländern. Der Wert des eingeführten Viehes und Fleisches betrug im Jahre 1909 auf rund 47 1/2 Millionen Pfund gleich circa 900 Millionen Mark. Und wie jeder, der einmal in England war, weiß, ist das eingeführte Fleisch von ganz ausgezeichnete Qualität.

Zugute kommt dieses System des freien offenen Marktes dem gesamten englischen Volk in Gestalt billiger und gleichbleibender Lebensmittel- und Fleischpreise, denn wie die folgenden Ausführungen beweisen werden, sind in England die Fleischpreise in den letzten Jahren keineswegs gestiegen, sondern zum Teil gleich geblieben, zum Teil sogar erheblich gesunken.

Geht man weiter zurück, in die sechziger und achtziger Jahre, so findet man die gesamten Lebensmittel- wie auch die Fleischpreise in England sogar erheblich höher als in Deutschland. Und interessieren aber jetzt vor allem die letzten Jahre. Da standen noch in den neunziger Jahren die Fleischpreise in England und Deutschland auf ungefähr der gleichen Höhe, in England zum Teil ein wenig höher; so notierte im Jahre 1893 Rindfleisch 1. Qualität in Berlin (Zentralmarkthalle) 55,27 M. per 50 Kilogramm, dagegen prima Rindfleisch, London (Zentralmarkt) 50 s 5 d per Cwt.* Und im Durchschnitt des Jahrzehnts 1891/1900 war in Berlin der Preis für Rindfleisch 3. Qualität 44,74 M. per 50 Kilogramm, in London

* Sämtliche deutschen Preise sind in Mark pro 50 Kilogramm, die englischen Preise in Schilling (s) und Pence (d) per Cwt. (Hundertweight) gegeben. 1 Schilling = circa 1 M. (ohne Runddifferenz), 1 Cwt. = circa 50 Kilogramm (genau 50,803 Kilogramm). Die deutschen Preise sind den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, die englischen Preise den Veröffentlichungen des Board of Agriculture (Landwirtschaftsministerium) in London entnommen.

Rindfleisch mittlerer Qualität 43 s 2 d per Cwt. Dies Preisverhältnis änderte sich aber im neuen Jahrhundert nach dem Inkrafttreten der neuen Schutzgesetzgebung von Grund aus. Stellen wir einige Zahlen nebeneinander:

1904 kostete Rindfleisch 2. Qualität, Berlin, Zentralmarkthalle 53,48 M. 1909: 64,57 M., der Preis stieg also in den fünf Jahren um 11,09 M. oder 20,73 Proz. Englisches Rindfleisch 2. Qualität von englischen Rindern notierte dagegen 1901: 52 s 2 d, 1909: 52 s 8 d, blieb also auf ungefähr der gleichen Höhe.

Rindfleisch 3. Qualität stieg in Berlin von 1904 bis 1909 um 11,76 M. oder um 24,95 Proz., eingeführtes argentinisches gekühltes Rindfleisch ging dagegen in London um 1,95 Proz. im Preis zurück.

Das befand sich von der Arbeiterkammer in Berlin viel konsumierte Schweinefleisch stieg hier von 1904 bis 1909 von 49,91 M. auf 68,21 M., d. h. um 18,30 M. oder 36,66 Proz. Das englische Hammelfleisch, das „utton“, das vom englischen Arbeiter bevorzugt wird, ging im genannten Zeitraum im Preise sehr erheblich zurück, und zwar englisches Hammelfleisch von englischen Hammeln um ca. 16 Proz., das eingeführte argentinische gekühlte um 19,59 Proz., und das neuseeländische sogar um 21,85 Proz. Und Neuseeland ist das Land, aus dem das meiste und das beliebteste Hammelfleisch eingeführt wird!

Nach den Veröffentlichungen des englischen Board of Trade (Handelsministeriums) stieg von 1900 bis 1907 Rindfleisch (Durchschnittspreis aller Sorten) in London um 2 Proz., in Berlin um 25 Proz., in New York um 13 Proz. In selben Zeitraum stieg Weizenbrot in London um 5 Proz., in New York um 13 Proz., in Berlin Roggenbrot dagegen um 29 Proz.

Diese Zahlen sprechen für sich: sie zeigen, um wie viel schlechter der deutsche Arbeiter unter dem Hoheitschutz in Deutschland gestellt ist als sein englischer Kollege im Freihandelsland. Und daß diese enorme Verteuerung der notwendigen Lebensmittels nicht ohne Wirkung auf das Budget des deutschen Arbeiters geblieben ist, sondern durch Einschränkung der dem arbeitenden Volke so notwendigen Fleischkonsumtion geradezu an der Kraft und Gesundheit des Volkes gekehrt hat, beweist die Konsumstatistik derjenigen deutschen Städte, die infolge Erhebung eines Zolls in der Lage sind, einwandfreie Rissen zu geben. Freilich, wenn man — wie dies von den „maßgebenden Stellen“ im Reichstage leider geschehen ist — den Verbrauch pro Kopf von ganz Deutschland in einer einzigen Zahl angeben will, dann kommt man zu einem ganz schiefen Resultat: für ein so großes Gebiet wie das Deutsche Reich, das in seinen einzelnen Teilen (z. B. Westen und Osten, Stadt und Land) so grundverschiedene Lebensbedingungen hat, läßt sich eine einzige Jahresverbrauchsgröße nicht geben, eine solche beweist gar nichts. Sinegen sind sehr wohl einzelne Städte für ihr beschränktes und auch in gewissem Sinne einseitiges Gebiet in der Lage, ziemlich einwandfreie Zahlen zu geben. So ging in Dresden, dessen Statistik recht gut ist, der Verbrauch des Fleisches insgesamt von 1900 bis 1909 um circa 19 Proz. pro Kopf zurück, der Verbrauch von Rindfleisch um 22 Proz., der von Schweinefleisch um 20 Proz. In München ging der Verbrauch von Rindfleisch vom Durchschnitt des Jahrzehnts 1896/1900 bis 1907 um circa 25 Proz., der des Schweinefleisches um 20 Proz. pro Kopf zurück. Ebenso zeigt sich in Düsseldorf ein erheblicher Rückgang im Verbrauch: 1904 kamen noch pro Kopf der Bevölkerung 66,90 Kilogramm Fleisch, 1909 nur noch 57,18 Kilogramm.

Man bedenke, dies sind die Verbrauchsziffern einer ganzen Stadt, von Arm und Reich. Der Wohlhabendere wird aber bei einem Steigen der Lebensmittelpreise nicht gleich seinen Fleischverbrauch einschränken, sondern höchstens vielleicht einige Luxusgaben. Verbrauchseinschränkung wirkt das Steigen der Fleischpreise nur auf die minderbemittelten, die keinen Luxus treiben, den sie einschränken könnten. Und nun ermittle man, wie groß in diesen Kreisen die Einschränkung im Verbrauch an Fleischwaren sein mag, wenn dieselbe in der ganzen Stadt amtlich auf 20 und mehr Prozent festgestellt werden muß! Das ist wahrlich ein Missetat für die maßgebenden Kreise! Und die deutsche Arbeiterschaft wird die Antwort darauf nicht schuldig bleiben.

Patriotische Geschäftspraktiken.

Einen pikanten Beitrag zu dem Kapitel von den kapitalistischen Geschäftspraktiken auf dem Gebiete des Militarismus lieferte ein Expreßprozeß, der gestern vor dem Landgericht III in Moabit verhandelt wurde. Der früher bei der Deutschen Munitions- und Waffenfabrik beschäftigte Kaufmann Otto Schöpp war angeklagt, Expreßungen verübt zu haben. Nach dem Austritt bei der Deutschen Munitions- und Waffenfabrik hatte Sch. eine Stellung bei der Leipziger Kugellagerfabrik in Leipzig in Aussicht, die er jedoch nicht antreten konnte, weil die Firma durch Vermittlung eines Detektivbureaus von der Munitionsfabrik eine schlechte Auskunft über Sch. erhalten hatte. Schöpp glaubte sich durch die Munitionsfabrik geschädigt und forderte von dieser eine monatliche Entschädigung in Höhe von 500 M. Bis er wieder eine passende Stellung gefunden habe. Um seine Forderung zu unterstücken, bewies er auf vertrauliche, nach seiner Ansicht für die Munitionsfabrik kompromittierende Briefe, von denen er während seiner Tätigkeit bei der Gesellschaft Abschrift genommen hatte. Eine Anzahl dieser Schreiben betraf die Spekulation auf einen Orden, den ein Herr Langen aus Köln als Mitglied des Kaiserl. Automobilklubs durch Vermittlung des Herrn v. Brandenstein, eines der Direktoren der Munitionsfabrik und Vorsitzender des R. A. R., zu erlangen suchte. In dieser Angelegenheit hat man auch den Regierungspräsidenten v. Steinmeier bemüht, Sch., in Not geraten, stellte dem Herrn Langen die Briefe für einen Preis von 500 M. zur Verfügung, ohne jedoch Erfolg zu haben.

Wichtig ist ein Brief aus dem Jahre 1907. Er betrifft einen Auftrag der Munitionsfabrik an ihren Vertreter in Paris, eine bestimmte Kollz in die Presse zu lancieren. Der Brief lautet:

Personalakten,
Abchrift,
Bl. 15.
Herrn
Paris.

G. 8236.
(G. - Geheimregistratur.)
Wir dröhteten Ihnen soeben: „Witten unseren Brief in Paris abwarten.“

Grund dieser Depesche war, daß wir die Aufnahme eines Artikels in einer der gelesehten französischen Zeitungen möglichst im „Figaro“ durchsetzen möchten, welcher folgenden Inhalt haben soll:

„Die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die Rekrutierung der Armee mit Maschinengewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte Anzahl als zuerst beabsichtigt zu bestellen.“

Wir bitten Sie, alles aufzubieten, um die Aufnahme eines derartigen Artikels zu erreichen.

Hochachtungsvoll
Deutsche Munitions- und Waffenfabrik
von Gontard, Pösegarten.

Dieser Brief zeugt sicherlich von Geschäftstüchtigkeit. Was man mit der erwünschten Publikation in der französischen Presse bezweckt, das liegt auf der Hand. Sie sollte im Deutschen Reichstage für militärische Forderungen Stimmung machen und dadurch der Munitionsfabrik ein Bombengeschäft eintragen.

Das Gerücht hat übrigens in dem Falle mit dem Figarobriefe keinen Expansionsversuch erblid, wohl aber in der Affäre mit der Ordensagentur. Der Angeklagte wurde dafür zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht schloß sich mit dem Urteil der Verteilung durch den Genossen Viehrecht an, der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Die Briefschreiber sind selbstverständlich tabellose Patrioten und als solche zugleich gute Geschäftsteute.

Die Wahlen in England.

London, 15. Dezember. Bisher sind gewählt: 235 Liberale, 257 Unionisten, 40 Vertreter der Arbeiterpartei, 65 Anhänger Redmonds und 8 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewannen 21, die Unionisten 25 und die Arbeiterpartei gewann 4 Sitze. Die Arbeiterpartei hat damit den Stand, den sie im aufgelösten Parlament inne hatte, bereits erreicht. Da unter den noch vorzunehmenden 65 Wahlen sich einige für sie aussichtsreiche befinden, ist es wahrscheinlich, daß die Partei im kommenden Parlament über 42 oder 43 Mandate verfügen wird.

Chamberlain gegen Balfour.

London, 15. Dezember. In einer in Duxton gehaltenen Rede erklärte Kusten Chamberlain, die Tarifreform einem Referendum zu unterbreiten, sei kein Teil des ursprünglichen Programms. Es könnten gegen ein solches Referendum schwerwiegende Bedenken vorgebracht werden. Er selber würde einen derartigen Vorschlag nicht gemacht haben, er stelle sich aber auf den von Balfour für diese Wahl gewählten Kampfboden. Sobald eine unionistische Regierung zur Macht gelangt sein sollte, würde die Tarifreform ihre erste Gesetzvorlage bilden.

Asquith hielt in Woslop eine Rede, in der er äußerte, die allgemeinen Wahlen seien nahezu beendet. Es sei vollkommen klar, daß sich eine überwältigende Mehrheit für die Regierung ergeben würde. Wäre nicht das Pluralstimrecht gewesen, so würden in den Grafschaften dreißig oder vierzig Liberale mehr gewählt worden sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember 1910.

Ein Führungstest für den Reichskanzler.

Herr v. Bethmann Hollweg hat in Anerkennung seiner gottgewollten Abhängigkeit von dem preussischen Junkertum sich willig den Forderungen des Herrn v. Seydewitz und der „Kreuzzeitung“ gefügt und im Reichstage verkündet, daß er zwar direkte Ausnahmefälle gegen die sozialdemokratischen Aufwieglern und die Gewerkschaften zurzeit nicht für angebracht hält, wohl aber bereit ist, die von den konservativen Wählern verlangten Ausnahmestimmungen in das neue Strafgesetzbuch hineinarbeiten zu lassen. Dafür sprechen ihm die konservativen Parteiführer in der „Konservativen Korrespondenz“ offiziell ihre väterliche Anerkennung aus, ungefahr in der Weise, wie der Chef eines Handlungshauses seinen Kommiss lobt. Zugleich aber betonen sie, daß sie in Anbetracht seiner diesmal bewiesenen Folgsamkeit keineswegs darauf verzichten, Herrn v. Bethmann auch fernerhin in der von ihnen gewünschten Richtung vorwärts zu treiben und etwaigen Widerstand gegen ihre Wünsche energisch zu rügen. Die für das Verhältnis zwischen Regierung und Sozialdemokratie äußerst charakteristische Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

Die Presse demüht sich seit einigen Tagen, unter schlecht verhüllter persönlicher Inquisition gegen einzelne Mitglieder der konservativen Partei, einen förmlichen Gegenangriff zwischen der konservativen Partei und dem Herrn Reichskanzler in Sachen der notwendigen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu konstruieren. Demgegenüber legen wir Wert darauf, in dieser Angelegenheit im Anschluß an einen Passus aus der geistigen Rede des Herrn Reichstagsabgeordneten zu Pützli den nachfolgenden Standpunkt der konservativen Fraktion des Reichstags darzulegen: Ohne und in allen Einzelheiten mit dem Standpunkte der Reichsregierung gegen die Sozialdemokratie zu identifizieren, haben wir mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Reichsleitung gegenüber dem immer stärkeren Ansturm der Sozialdemokratie sich voll ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung bewußt ist, die Grundfragen unserer Staatswesens, unserer Gesellschaft und unserer Kultur wirksamer als bisher schützen zu müssen. Wir hatten nichts anderes erwartet und von seiten der Redner unserer Partei im Reichstage ist etwas Abweichendes weder gesagt noch angedeutet worden. Wohl aber war und ist es unser Recht und unsere Pflicht, unter den obwaltenden Umständen der Reichsregierung ein „videant consules“ zuzurufen, so daß die dagegen gerichtete Verwahrung des Herrn Reichskanzlers der sachlichen Berechtigung entbehrt.

Besser hätten die Herren v. Seydewitz u. Co. kaum ausdrücken können, daß sie in Herrn v. Bethmann nichts anderes als ihren Angestellten sehen.

Berliner Polizeifall.

Herr v. Jagow, Berlins berühmter Polizeipräsident, hat an das „Berliner Tageblatt“, das in seinem Leitartikel gesagt hatte, das

Berliner Polizeipräsidentium sei im Moabitler Kravallprozeß als Partei zu betrachten, folgende ammutige Verächtigung gesandt:

„In dem Leitartikel von Nr. 634 des „Berliner Tageblatts“ wird bezüglich Moabits ausgeführt:

„Das Polizeipräsidentium ist in diesem Falle Partei!“

Ein fundamentaler Irrtum!

Weder der Schutzmann, der einen Verbrecher festnimmt, noch der Staatsanwalt, der ihn verfolgt, und der Richter, der ihn verurteilt, sind Partei. Alle sind lediglich Vertreter der Staatsautorität, erlangend jeglichen persönlichen Interesses zur Sache. Staat und Verbrecher stehen sich nicht als Partei zu Partei gegenüber, sondern befehlend und gehörend oder strafend und bestraft.“

Das „Berl. Tagebl.“ druckt diese niedliche Zuschrift ab, indem es folgenden Satz hinzufügt:

„Erwangelnd jeglichen persönlichen Interesses zur Sache“ müssen wir es und versagen, die Frage, ob das Polizeipräsidentium in dem Moabitler Prozeß „Partei“ ist oder nicht, weiter zu erörtern. Wir sind, angesichts dieser schlagenden Beweisführung, vollständig entwandert. . . .

Etwas höflicher könnte das „Berl. Tageblatt“ gegen einen Mann von der geistigen Bedeutung des Herrn v. Jagow schon sein. Es hätte dem Herrn Polizeipräsidenten ein Exemplar von Gustav Baumanns „Allerhand Sprachdummheiten“ schicken sollen — vielleicht mit folgendem Briefchen:

„Anerkennend die Notwendigkeit einer Verbesserung des Berliner Polizeifalles, senden wir Ihnen, nicht ermwangelnd, Sie um geneigte Einsichtnahme zu bitten, anbei erfolgend ein Exemplar von G. Baumanns Ratsschlagewerk „Allerhand Sprachdummheiten“. Fleißige Verwertung empfehlend und erhoffend

Hochachtungsvoll

Die Redaktion des „Berliner Tageblatt“.

Die Stellung des Polizeipräsidenten v. Jagow erschüttert.

Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt in ihrer Abendausgabe vom Donnerstag, den 15. Dezember:

„Die feinerzeit von uns gebrachte Nachricht, daß die Verhandlungen des Moabitler Kravallprozesses nicht zur Befestigung der Stellung des Polizeipräsidenten v. Jagow beitragen, vielmehr zu einer anderweitigen Verwendung, nicht, wie ein Blatt ungenau übernommen hat, auf einen Posten von niedriger Bedeutung, des früheren Abteilungsdirigenten bei der Regierung in Potsdam führen würde, wird von einem Teil der Presse als durchaus unzutreffend festgesetzt, von einem anderen Teil mit vorsichtigem Schweigen übergegangen oder ohne Zulage wiedergegeben. Unser Gewährsmann hält seine Nachricht völlig aufrecht. Die Zukunft werde ihm recht geben. Selbst wenn der 18. Januar, das Ordensfest, nicht spurlos mit seinem Segen an dem Polizeigewaltigen von Berlin vorbeigehen sollte, was wir für durchaus möglich, ja, für wahrscheinlich halten, so beweist das nichts. Das kennen wir doch; das ist doch bewährte alte preussische Praxis. Wenn wir in Berlin mit jemand nicht zufrieden sind und eingesehen haben, können wir nicht etwa der öffentlichen Meinung darin recht geben müssen, daß wir uns in der Wohl eines Mannes vergriffen haben. So halten wir ihn zunächst und tun so, als ob alles in schönster Ordnung sei, um nur nicht die Ansicht aufkommen zu lassen, wir legten Wert auf die öffentliche Meinung — und eines schönen Vormittags, wenn niemand mehr an den Betreffenden denkt, überraschen wir die Welt, mit einer anderen Verwendung des Betreffenden. So wird es auch hier kommen.“

„Maßregeln gegen die Sozialdemokratie.“

Unter dieser auffälligen Ueberschrift läßt sich die national-liberale „Magdeburgerische Zeitung“ aus Berlin schreiben:

„Wer bis jetzt noch zweifelte, daß die Regierung zu einem entschiedenen Vorgehen gegen die Sozialdemokratie entschlossen ist, der wird aus den wiederholten scharfen Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage eines anderen belehrt worden sein. Nach den Moabitler Unruhen wird man sich auf eine unnachsichtige Anwendung der bestehenden Gesetze gefaßt machen müssen, und die im Frühjahr beginnenden Verhandlungen über die Feststellung des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuchs werden ganz sicher unter dem Gesichtspunkt einer schärferen Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie gefaßt werden.“

Wer bis jetzt noch glaubte, die Verbündeten Regierungen würden den Wünschen der Mehrheiten des Reichstages oder seiner Ausschüsse in bezug auf das Arbeitskammergesetz, auf die Reichsversicherungsordnung und die Strafprozeßordnung nachgeben, der wird diese Hoffnung aufgeben müssen. Der Bundesrat wird die Einbeziehung der Eisenbahn-Beschäftigten in das Arbeitskammergesetz und die Zulassung der Gewerkschaftssekretäre in die Arbeitskammern nur erst recht bekämpfen und schließlich den Entwurfs scheitern lassen, wenn der Reichstag auf seinen Beschlüssen beharren sollte.

Ebenso wird der Bundesrat auf der Häufelung der Krankenkassenbeiträge bestehen, um die Herrschaft der Sozialdemokratie über die Krankenkassen zu brechen, wo von einer solchen Herrschaft die Rede sein kann. Ebensovien ist daran zu denken, daß der Bundesrat nachgeben wird in bezug auf die Forderungen der Strafprozeßkommission nach gewissen Ausnahmestimmungen für den Reichstag oder die Abgeordneten. (Einschränkung des Beschlagnahmerechts in Parlamentsgebäuden, Zeugnisverweigerung, Strafverfolgung usw.). Als vor einiger Zeit eine Umfrage bei den größeren Regierungen über ihre Stellung zu diesen Forderungen gehalten wurde, haben diese einstimmig die Forderungen abgelehnt, und in der Zwischenzeit dürften sich die Ansichten der besagten Regierungen eher verschärft als gemildert haben. Im Bundesrat ist man nämlich der Meinung, daß alle diese Forderungen eines größeren Schutzes der „Immunität“ der Abgeordneten ausschließlich der Sozialdemokratie zugute kommen würde, wenn der Bundesrat sie genehmigte. Unter diesen Umständen ist vorzuziehen, daß, wenn der Reichstag seine Forderungen nicht fallen läßt, aus den geplanten Entwürfen vorläufig überhaupt nichts werden wird.“

Wir wöllens abwarten. Die schönen Absichten der Regierung bezweifeln wir nicht, wohl aber, daß es ihr gelingen wird, diese Absichten durchzuführen.

Zum Kampf gegen die Volksrechte

rust die „Germania“, das führende Zentrumsorgan, in einer Abonnements-Einladung auf. Es heißt darin: „Wie es wohl selten eine Zeit gegeben hat, in der die Verteidigung der von Gott gesetzten Autorität so sehr zu einer gebieterischen Pflicht wurde, wie es jetzt bei dem Ansturm gegen Thron und Altar der Fall ist, so steht uns auch auf politischem Gebiet ein erster Kampf bevor, der sich in erster Linie gegen das Zentrum richtet.“

Nicht die Eroberung der Volksrechte, sondern die Stärkung der „von Gott gesetzten Autorität“, die Verewigung der „gottgewollten Abhängigkeiten“ von Absolutismus, Junkertum und Kirche ist also, was dem Zentrum

eintzig am Herzen liegt. Vor den Landtagswahlen im Jahre 1908 erließ das Zentrum einen Aufruf, in dem es darauf hinwies, daß von dem Ausfall der Wahlen die Entscheidung über die preussische Wahlreform abhängt. Soldatleinigkeiten, wie die vom Zentrum seit nun mehr als 30 Jahren geforderte Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, kümmern das Zentrum heute nicht mehr! Heute ist sein einziges Sinnen und Trachten, die Macht des Junkertums und der Geistesfreiheit zu stärken, damit nicht nur in Preußen vermittelt des Junkerparlaments der blau schwarze Block der Junker und Heiligen unumschränkt herrschen kann, sondern damit auch im Reiche dieser Block jeden politischen und sozialen Fortschritt zu hindern vermag!

Gegen den Zarenbesuch.

Nicht nur Sozialdemokraten empfinden einen Zarenbesuch und seine Folgeerscheinungen unangenehm. Der Freisinnige Verein in Schwabenheim (Rheinheffen) hat neuerlich seinem Landtagsabgeordneten Dr. Wolf folgende Resolution übermittelt:

„Zur Zeit des Zarenbesuches in Hessen ereignete sich am hiesigen Plage (Schwabenheim a. Selz) ein schwerer Einbruchsdiebstahl. Der Einbruch wurde sofort nach der Entdeckung der Ober-Jungferheimer Stationsgenbarmarie gemeldet. Gen darm Haus war aber zur Zarenbewachung abbeordert, und Wachmeister Hinte war nicht zu treffen. Trotz der sofortigen Meldung dauerte es circa drei Tage, bis die Untersuchung am Platze durch die Gendarmerie erfolgte. Der Erfolg war negativ. Die gestrige zahlreich besuchte Generalversammlung des liberalen Bürgervereins Schwabenheim protestiert ganz energisch dagegen, daß die deutschen Sicherheitsbeamten zur Bewachung fremder Souveräne abkommandiert werden, da hierdurch die Sicherheit der steuerzahlenden Staatsbürger stark vermindert wird. Wir bitten Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Wolf höflich, diese Angelegenheit in der Kammer zur Sprache zu bringen.“

Herr Dr. Wolf hat bereits das Einbringen der Interpellation zugesagt.

Nationalliberale und Zentrum.

Während in verschiedenen Teilen Deutschlands die Nationalliberalen mit den Fortschrittleren Bündnisse für die nächsten Reichstagswahlen abgeschlossen haben, haben sich die Nationalliberalen in Oden-Schwelm (Westfalen) mit dem Zentrum und den Christlichsozialen auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Von fortschrittlicher Seite wurden verschiedene Versuche gemacht, die Nationalliberalen vom Zentrum loszuweisen, aber vergeblich. Nationalliberale und Zentrum stellten den Fabrikanten Rudolf Springmann als Kandidaten dem bisherigen Abgeordneten Oberbürgermeister Cunow (Fortschritt) gegenüber. — In Kassel erklärte es Wasser mann für politischen Selbstmord, wenn die Nationalliberalen mit dem Zentrum Bündnisse abschließen würden.

Die Entdrofflung der Pressefreiheit.

Ein höchst einfaches Mittel wendet die Regierung an, um jede ihr unangenehme Kritik der Presse in den Kolonien zu unterdrücken. So hat der Staatssekretär des Reichskolonialamts den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika ersucht, den Herausgeber der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ von Noy und den Buchdruckermeister Klein aus der Kolonie auszuweisen. Die beiden Presskämpfer, die bekanntlich wegen Beleidigung höherer Kolonialbeamter zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, sollen also einfach aus der Kolonie hinauspediert werden. Eine überaus bequeme Methode, einem unangenehmen Pressunternehmer, das gelegentlich oppositionelle Entwürfungen riskierte, das Lebenslicht auszublasen! Auf die rechtliche Seite der Sache werden wir noch zurückkommen.

Unwahrscheinliches aus Preußen.

Nach der Meldung eines Blattes soll in maßgebenden Kreisen der preussischen Finanzpolitik ernsthaft erwogen werden, die untersten vier Stufen der Einkommensteuer demnächst fallen zu lassen, also die Einkommen bis zu 1500 M. von der Besteuerung zu entbinden. Diese Maßnahme, die damit motiviert werde, daß die Veranlagung dieser vier unteren Klassen sehr viel Arbeit mache, würde mit einem Steuerausfall von jährlich 88 Millionen Mark verbunden sein. Die „Frankfurter Zeitung“ meint, daß angesichts der bekannten Finanzlage die Nachricht wenig glaubhaft klinge. Auch wir halten einen solchen Akt der steuerpolitischen Willkür in Preußen für ausgeschlossen. Bekanntlich hat ja die sozialdemokratische Landtagsfraktion seinerzeit den Antrag gestellt, die untersten Steuerstufen von der Einkommensteuer zu befreien, da bei der ungeheuren Steigerung aller Lebensmittelpreise, überhaupt der gesamten Lebenshaltung, das derzeit festgesetzte Existenzminimum von 900 Mark heute viel zu niedrig sei. Statt aber dem sozialdemokratischen Antrag zu entsprechen, beschloß die große Mehrheit des Reichstagsparlaments sogar, die neuen Steuerzuschläge bereits von einem Einkommen von 1200 M. beginnen zu lassen, während selbst die Regierung in ihrer Vorlage solche Zuschläge erst für Einkommen von 7000 M. an vorgesehen hatte!

Ein empfindsamer Reichsverbändler a. D.

Vor einigen Tagen wurde vor dem Schöffengericht Erfurt eine Privatbeleidigungssklage des Dr. med. Höfner in Weimar gegen den Redakteur Wilhelm Dahl von der „Thüringen“ (Hauptblatt unseres Erfurter Kurierorgans „Tribüne“) verhandelt, deren Hintergrund noch einmal der seinerzeit großes Aufsehen erregende Chemnitzer Ortskrankenkassenstreit bildete, in dem ja bekanntlich gerade jener Dr. Höfner eine hervorragende, allerdings keineswegs rühmliche Rolle als geistiger Urheber der Schubertischen Sudelbrochure gegen die Sozialdemokratie gespielt hatte. Dr. H. war ja zudem auch Vorsitzender der Chemnitzer Ortsgruppe des Reichsverbandes. Im Mai d. J. brachte nun die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, der diese Reichsverbandsgröße noch einmal gehässig unter die Lupe nahm und in dem unter anderem auch auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß Dr. Höfner durch Schiedspruch dreier Stadträte auf drei Jahre von der Praxis an der Chemnitzer Ortskrankenkasse ausgeschlossen sei. Der Herr war beleidigt und lief zum Kabi, um unseren Genossen Dahl bestrafen zu lassen und außerdem 1000 M. Buße zu verlangen. Gegen die „Leipziger Volkszeitung“, die als Quelle angegeben war, klagte H. merkwürdigerweise nicht. Das Gericht kam auch wirklich, trotz des im Schiedspruch festgestellten Tatbestandes, wie er im Artikel behauptet war, zu einer Verurteilung des angeklagten Redakteurs, weil der Wahrheitsbeweis nicht dafür erbracht sei, daß Dr. Höfner sich in unläuterer Weise habe bereichern wollen. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe. Natürlich wird Verurteilung gegen dasselbe eingeleitet.

An sich würde die Verachtung für die Öffentlichkeit kein besonderes Interesse bieten, wenn nicht noch ein interessantes Zwischenpiel damit verbunden wäre, das auf Herrn Dr. Höfner sowohl, wie auf den Reichsverband ein recht eigenartiges Licht zu werfen geeignet ist. Kurz vor dem schon einmal auf den 20. Oktober angesetzten Termin erhellte Genosse Dahl von Dr. H. einen Brief, in dem ihm ein Vergleich unter Bedingungen angeboten wurde, die als unannehmbar zurückgewiesen wurden. In diesem Briefe nun charakterisierte Dr. Höfner sich und den Reichsverband durch folgende interessante Stelle:

„Was Sie (den Genossen Dahl) betrifft, so ersehe ich aus verschiedenem, daß Sie mich in politischer Beziehung ganz

falsch beurteilen. Ich will Ihnen daher nur soviel sagen, daß ich seit 2 Jahren dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nicht mehr angehöre und jegliche Beziehungen zu seinem Kreise abgebrochen habe, nachdem mich dieser Verband im gegebenen Moment auf das schmachlichste im Stiche gelassen hatte. Ich bin froh, wenigstens meine baren Auslagen mit Ruhe und Not von ihm zurückerhalten zu haben.

Wie die Verhandlung ergab, tat Herr Dr. Böcker sehr unrecht daran, jegliche Beziehung mit dem Reichsverband abbrechen; seinem Verhalten vor Gericht nach sollte er mindestens zu seinem feindlichen Verhalten vor Gericht nach sollte er vielmehr zum Ehrenmitglied dieses Verbandes ernannt werden.

Erstwahl zum preussischen Landtag.

Durch die Beförderung des nationalliberalen Abg. Schiffer zum Rat am Oberverwaltungsgericht mußte in Magdeburg eine Nachwahl stattfinden; Schiffer kandidierte wieder und wurde wiedergewählt. Er erhielt alle abgegebenen Stimmen.

Auch in Schroda mußte für den früheren Abg. Szumann eine Nachwahl stattfinden. Es wurden abgegeben für Rechtsanwalt v. Trampczynski 372 Stimmen und für den deutschen Kandidaten v. Günther in Grzybano 101 Stimmen.

Das neue oldenburgische Schulgesetz.

Liberalen und Sozialdemokraten setzten am Donnerstag im Landtage mit knapper Mehrheit gegen das Zentrum und die Agrarier die Annahme der Lehrerepetition um Abänderung der Dienstverweisung zum Schulgesetz durch, wodurch der Einfluß der Kirche beschränkt wird.

Zu den Landtagswahlen in Ruß j. L.

Gera. Bei der heutigen Landtagswahl siegte der Nationalliberale über unseren Genossen mit einer Mehrheit von 60 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat also nur zwei Mandate neu erobert.

Frankreich.

Ein Kolonialskandal.

Paris, 15. Dezember. Gestern hat sich der Budgetausschuß mit der Frage der Agoko-Tanga-Gesellschaft beschäftigt, der aus Anlaß der Grenzberichtigung zwischen Französisch-Kongo und Kamerun auf Grund des Schiedspruchs 2 400 000 Franc Entschädigung von der französischen Regierung gezahlt werden sollen. Verschiedene Blätter haben gegen die Regierung und die Agoko-Tanga-Gesellschaft eine heftige Fehde eingeleitet; so bezeichnet „Aurore“ die Angelegenheit als ein afrikanisches Panama.

Dänemark.

Radikale und Sozialdemokraten.

Die Bürgerrepräsentation von Kopenhagen hat am Montag den Inspektor Lehmann zum Bürgermeister gewählt. Es wurden für ihn 21 Stimmen, die der 6 Radikalen und der 16 Antisozialisten abgegeben; unsere Parteigenossen, die nur über 18 Stimmen verfügten, stimmten für den Genossen Chr. Christensen; die der Inneren Mission angehörende Stadtverordnete Fräulein Blom enthielt sich der Stimme. Die Radikalen hatten sich vorher mit den Antisozialisten darüber verständigt, daß Lehmann gewählt werden sollte, während sie bisher bei derartigen Wahlen mit den Sozialdemokraten zusammengingen.

Das Vorgehen der Radikalen bedeutet einen Bruch der Allianz zwischen Radikalen und Sozialdemokraten. Zu ihrer Entschuldigung führten sie an, daß sie wohl bereit gewesen seien, für einen anderen Sozialdemokraten zu stimmen. Die Sozialdemokratie kann sich natürlich nicht von einer anderen Partei vorschreiben lassen, welche Personen sie für ein Amt in Vorschlag bringt. In einem prinzipiellen Artikel schreibt „Sozialdemokraten“ hierzu:

„Aber die Hauptsache ist, daß eine Sozialdemokratie, die eine andere Partei Einfluß darauf ausüben ließe, wer von ihr zu ledigen Posten aussersehen werden soll, sich selbst zugrunde richten würde. Das wäre eine Aufforderung an Streber aller Art, sich zum Dienst zu melden und sich Einfluß und Protektion in anderen Parteien zu verschaffen, um mit ihrer Hilfe in der Sozialdemokratie emporkommen. Das wäre Briand- und John Burns-Geschichtenmacher. Die dänische Sozialdemokratie hat sich niemals und wird sich niemals auf dergleichen einlassen. Die dänische Sozialdemokratie kann sich mit anderen Parteien alliiert, wenn die Interessen der Arbeiterklasse und die allgemeine demokratischen Interessen es verlangen, aber nur als selbständige Partei. Unsere Parteiverantwortlichkeit geben wir niemals auf. Wir verstehen sehr wohl, daß eine liberale Partei Interesse daran haben kann, unseren Zusammenhalt zu lockern, Einfluß auf gewisse Vertreter in unseren Reihen zu gewinnen und eine Sprengung vorzubereiten. Desto bestimmter treten wir allen Versuchen in dieser Richtung entgegen.“

Unsere dänischen Parteigenossen haben sofort, wie ihnen das Bündnis der Radikalen mit den Antisozialisten bekannt wurde, die nötigen Konsequenzen daraus gezogen. Der Vorsitzende der Bürgerrepräsentation, Genosse Lamm, hat im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und dem Parteivorstand sein Amt niedergelegt, weil die Voraussetzungen, unter denen er gewählt wurde, nämlich die, daß eine aus Sozialdemokraten und Radikalen bestehende demokratische Mehrheit vorhanden war, durch die neue radikal-antisozialistische Mehrheit hinfällig geworden sind. Die Fraktion hat weiter beschlossen, daß das Zusammengehen mit den Radikalen bei der Besetzung von Ausschüssen in der Bürgerrepräsentation sowie bei anderen derartigen Fragen aufhören soll. Der Parteivorstand hat auch diesen Beschluß einstimmig gutgeheißen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in den nächsten Tagen zusammentreten, um ebenfalls über die veränderte Stellung zur radikalen Partei zu beraten.

Der neue Armenbürgermeister Lehmann ist keine politische Persönlichkeit; er ist nicht Mitglied der radikalen Partei, gehört vielmehr dem konservativen sogenannten Arbeiterverein von 1866 an. Er ist ein Beamter, der es mit niemandem verderben möchte, der, wenn er mit einem Sozialdemokraten redet, sich als Sozialdemokrat gibt, und ebenso liberalen und konservativen Leuten nach dem Munde zu reden versteht.

Rußland.

Die gewalttätige Polizei!

Petersburg, 15. Dezember. Die Sozialdemokraten haben in der Reichsduma eine Interpellation eingebracht, betreffend das gewalttätige Vorgehen der Polizei bei Studentenversammlungen und das Verbot an die Zeitungen, darüber zu schreiben.

Die Vorkipfel.

Petersburg, 14. Dezember. In der heutigen Sitzung der Reichsduma wurde einstimmig eine Interpellation an den Minister des Innern angenommen betreffend die gegenwärtige Handlung eines Agenten der Geheimpolizei, der in

Jelaterinsk in eine Arbeiterwohnung während der Abwesenheit des Bewohners Sprengstoffe gebracht hatte, was die Verteilung zweier Arbeiter zu Zwangsarbeit nach sich zog. Sodann nahm die Duma eine Uebergangsformel an, in der Provokationen von Regierungsgentlen in jeder Form verurteilt werden, gleichviel, ob es sich um persönliche Zwecke der Agenten oder um falsch verstandene Ziele der Reichspolitik handle.

Japan.

Die Kulturarbeit in Korea.

Aus Yokohama wird geschrieben: In Korea herrscht zurzeit die gepanzerte Faust, und alle schön klingenden Berichte der Regierung über die Ruhe im Lande sind nichts weiter als eben „amtliche Beleuchtungen“. Ruhe ist in Korea, aber die Ruhe des Kirchhofes.

Die Japaner spielen sich als Gewalt herrscher auf. Mit dem gespannten Revolver, den Finger am Drücker, laufen sie in den Straßen herum und schiessen jeden Koreaner über den Haufen, der ihnen nicht schnell genug ausweicht oder nicht genügend Höflichkeit erweist. Im Falle einer Anklage erfolgt meistens Freisprechung, weil der Angeklagte den Einwand der Notwehr macht und der Geschlossene natürlich nicht mehr reden kann.

In der japanischen Presse wird ganz offen zugegeben, daß die Japaner für die Koreaner schlechte Vorbilder seien. Und ein japanischer Oberbürger in Korea hat klagend berichtet, daß von allen Zivilproben über 40 Proz. gegen Japaner, von den Strafprozessen sogar 50—60 Proz. gegen Japaner geführt werden müssen. Das ist nun die Besserung, die den Koreanern gebracht wurde, daß sie von den „volksbefreienden Japanern“ um Geld, Gut und Leben gebracht werden.

Wenn man bei obigen Prozentsätzen noch die geringe Kopfzahl der Japaner berücksichtigt, so steigt die Ziffer der japanischen Straftaten in Korea noch ganz erheblich.

Amerika.

Neue Militärforderungen.

Washington, 14. Dezember. Der Generalkommandant hat dem Komitee für Militärausgaben im Repräsentantenhaus eine Denkschrift unterbreitet, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Vereinigten Staaten gegen einen Angriff des Auslandes nicht gerüstet seien. Es wird weiter darin hervorgehoben, daß mehr Artillerie, mehr Feldgeschütze und ein größerer Vorrat von Kriegsmunition nötig sei, es wird schließlich die Vermehrung des stehenden Heeres von 80 000 auf 100 000 Mann verlangt.

Aus der Partei.

Die Bürgerauswahlwahl in Groß-Stuttgart.

Unter diesem Titel brachte das Heilbronner Parteiorgan, das „Rekar-Echo“, einen Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

Von den sozialdemokratischen Kandidaten sind gewählt: Rattutat mit 11 138 Stimmen, Fischer mit 11 009 Stimmen, Sämman mit 10 718 Stimmen, Wehr mit 10 586 Stimmen, Reichardt mit 10 403 Stimmen, Ruprecht mit 10 215 Stimmen.

Auf die übrigen Kandidaten entfielen Stimmen: Hönig 10 163, Frey 10 036, Westmeyer 10 011, Böhm 9956, Pailenschmid 9871, Braß 9835, Oster 9586, Ranz 9578.

Dieser Wahlausfall ist in parteipolitischer Beziehung nicht uninteressant. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß die sozialdemokratischen Wähler den vier schon bisher im Bürgerauswahlgang tätigen gewesenen Genossen Rattutat, Fischer, Sämman und Wehr ihr unverändertes Vertrauen dadurch belundeten, daß sie diese mit den höchsten Stimmengahlen wiederwählten. Besonders pilant ist es, daß hierbei zwei der am meisten in Stuttgarter Parteifreien angegriffenen Mitglieder der Landtagsfraktion mit bemerkenswerten Stimmenvorsprungen an die Spitze des Zettels kamen. Es ist also wohl doch etwas Wahres an der Behauptung, daß die Mehrheiten in den Parteiverfammlungen nicht immer der Ausdruck der wirklichen Stimmung unter der gesamten sozialdemokratischen Anhängerschaft sind!

Die „Truhlandaturen“ der sogenannten radikalen Richtung, deren Spitze sich selbstverständlich in erster Reihe gegen die seitherigen Kandidaten richteten, haben diesen gegenüber bemerkenswert scharf abgegrenzt. Zwei dieser Kandidaturen, Oster und Ranz, sind ganz an den Schwanz des Zettels geraten, und das Zurückbleiben der Kandidatur Westmeyer bis an die neunte Stelle ist darum um so auffälliger, als dieser Name durch Beschluß der Parteiverammlung als erster auf den Zettel kam, also gewissermaßen den Platz an der Sonne erhielt. Nachdenklichen Parteigenossen dürfte dieser Wahlausfall den Anlaß zu lehrreichen Betrachtungen geben.

Aber noch etwas anderes ist zu dem Wahlausfall zu sagen, daß nämlich das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmengahl sich in recht mäßigen Grenzen bewegt. Seit drei Jahren steht jetzt die Stuttgarter sozialdemokratische Parteiorganisation unter der Leitung des Genossen Westmeyer, der für sich in Anspruch nimmt, aufklärende und insbesondere die „Massen“ ergriffende Propaganda in großem Stil zu betreiben. In diesen drei Jahren hat sich die Zahl der Stuttgarter sozialdemokratischen Gemeindeglieder (eine Eingemeindung eingerechnet) um 1899 vermehrt. In den drei dieser Periode vorausgegangenen Jahren, als die Leitung der Stuttgarter Parteiorganisation noch in sogenannten „revisionistischen“ Händen lag, betrug das Wachstum der sozialdemokratischen Gemeindeglieder dagegen 3314! Auch in diese Periode fielen Eingemeindungen, aber selbst bei ihrer Berücksichtigung bleibt bestehen, daß die drei letzten Jahre den Aufschwung in der sozialdemokratischen Anhängerschaft, der dem Aufstand der großen Worte entsprochen hätte, nicht gebracht haben. Es zeigt sich also hierbei wieder, daß nicht der reißerische Lärm an den Fortschritt der Bewegung verbürgt, sondern daß zähes, solides und sachliches Arbeiten dazu unbedingt erforderlich ist.

Gegen diese Kritik, aus der nicht weniger als parteigenössischer Geist spricht, wendet sich der Landesvorstand für Württemberg mit folgender in der „Schwäbischen Tagwacht“ veröffentlichten Erklärung:

Das „Rekar-Echo“ bringt in seiner Monatsnummer an leitender Stelle eine Besprechung der Bürgerauswahlwahl in Stuttgart und kommt in seinen kritischen Betrachtungen in abfälliger Weise auf die gegenwärtige Parteileitung in Stuttgart zu sprechen.

Der Landesvorstand hat sich in seiner Sitzung vom 12. d. M. mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Er bedauert die Veröffentlichung dieses Artikels, der nicht geeignet ist, dem Parteinteresse und dem Parteifrieden zu dienen.

Stuttgart, 13. Dezember 1910.

Für den Landesvorstand:
Der Vorsitzende: Carl Sperka.

Schritte der Parteiorganisation in Stuttgart.

Der letzte Vierteljahrsbericht, den in einer Versammlung der Parteisekretär Bullmer gab, verzeichnete in den Monaten Juli bis September 592 Rekrutierungen, das ist die höchste Ziffer, die bislang erreicht wurde. In den letzten beiden Monaten sind noch weitere 500 Mitglieder gewonnen worden, so daß im Verlaufe von fünf Monaten die Organisation um circa 1000 Mitglieder zunahm.

Gemeindevorwahlen.

Die Gemeindevorwahlen im Gohlis im nächsten Jahre werden für unsere Partei. Wird auch im nächsten Jahre derart gewählt, so werden in einer Anzahl Gemeinden nur noch sozialdemokratische Abgeordnete in den Gemeindefräaktionen anzureifen sein. Dieser Tage erhielten wir in Wölflis alle 4 Mandate mit sehr großer Mehrheit. In Cravinkel drei und eins fiel mit nur einer Stimme Mehrheit an die vereinten Gegner. Auch in Schwärwald siegen wir mit zwei Vorschlägen. In Liebenstein unterlag die gegnerische Liste vollständig und erhielten wir alle drei Sitze.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Tilsit gelang es unseren Genossen, zwei Mandate zu erobern. Während bei der Hauptwahl die höchste Stimmengahl für einen sozialdemokratischen Kandidaten 528 betrug, stieg sie in der Stichwahl auf 821 Stimmen. Der Wahlausfall bedeutet einen glänzenden Erfolg für die opferwillige Arbeit unserer Genossen im Osten, betrug doch bei der vorigen Stadtverordnetenwahl unsere höchste Stimmengahl nur 127.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang des Viehauftriebs.

Nach der vorübergehenden Zunahme im Oktober hat der Viehauftrieb im Monat November wieder eine scharfe Einschränkung erfahren. Rechnet man die Lebendmasse von Vieh nach vierzig deutschen Schlachtwiegmächten auf Grund bestimmter Durchschnittsgewichte in Gewichtsmengen um und bringt hieron die Wiederanfuhr nach einem anderen dieser Marktorie in Abzug, so erhalten wir für den November d. J. ein gesamtes Schlachtwieganangebot von 67 123 113 Kilogramm gegen 72 971 017 Kilogramm im November 1909. Die dem Schlachtwiege jedes Ortes zugeführte Menge stellte sich im Berichtsmontat auf 49 538 819 Kilogramm gegen 51 406 330 Kilogramm im November 1909. Während das Angebot um 8 Proz. zurückgegangen ist, ist die Menge des geschlachteten Viehes nur um 3,8 Proz. gesunken. Von den verschiedenen Vieharten haben nur Schweine an der Abnahme des Auftriebes keinen Anteil; bei Rindern, Kälbern und Schafen ist der Rückgang recht beträchtlich. Der Auftrieb stellte sich nämlich im November dieses und des vorigen Jahres in Stück auf

	1909	1910	Gegen 1909
Rinder . . .	75 747	65 607	- 10 140
Kälber . . .	90 726	80 254	- 10 472
Schafe . . .	84 741	74 344	- 10 397
Schweine . .	333 590	332 141	+ 18 545

Die Abnahme der Stückzahl fällt bei Rindern aber dreimal stärker ins Gewicht als die Zunahme bei Schweinen. Nimmt man die ersten elf Monate zusammen, so ergibt sich zwar für Schweine eine starke Zunahme des Auftriebes, dem steht eine scharfe Abnahme des Rinder- und Kälberauftriebes gegenüber. Einen scharfen Rückgang weist der Auftrieb von Rindern in Berlin auf; er betrug in den ersten elf Monaten d. J. nur 132 817 Stück gegen 141 025 Stück im gleichen Zeitraum 1909. Die beobachteten Plätze in Ost-, Westpreußen und Posen weisen einen Rinderauftrieb von 23 783 gegen 27 414 Stück auf, an denen Ostpreußen und Elsaß-Lothringens stellt er sich auf 26 271 gegen 30 057 Stück. Nur in Schlesien und im Königreich Sachsen hat er merklich zugenommen. Beim Kälberauftrieb fand durchweg ein Rückgang statt, der im Königreich Sachsen, in Berlin, im Rheinland und in Bayern besonders groß war. An dem Rinderauftrieb von Schweinen haben außer Berlin, dem Rheinland, Bayern und Sachsen auch Baden und Württemberg einen beträchtlichen Anteil.

Die Preisentwicklung am Zuckermarkt.

Der Preis für Zucker, der sich innerhalb der letzten Monate vollzog, konnte den Anschein erwecken, als ob die Zuckerpriese nun schon einen ganz besonders niedrigen Stand hätten. Dem ist aber nicht so. Der Monat Mai d. J. hat einen Höchststand des Zuckerpriese gebracht, wie er seit langer Zeit nicht notiert worden war. In Doppelzentner Rohzucker kostete im Mai d. J. in Magdeburg 29,68 M.; er hatte im Vorjahre nur 20,78 M. gekostet. Im Juni erfolgte der erste, aber noch sehr geringfügige Abstieg. Der Preis für Zucker stellte sich in Magdeburg wieder auf 20,30 M. Von Juli auf September ist er demnach um 30 Proz. zurückgegangen. Damit ist aber die Abwärtsbewegung noch keineswegs abgeschlossen, sondern der Oktober brachte einen Preis von 18,16 M. Im Oktober 1909 betrug er 21,60 M. Vergleicht man nun mit früheren Jahren, so zeigt sich, daß der Preis selten über 19 M. hinauszuging, denn im Oktober 1908 stellte er sich auf 18,97, 1907 auf 18,23 und 1906 sogar auf 17,53 M. In den Jahren 1905 und 1903 hatte der Monat Oktober sogar einen Preis von 16,44 resp. 16,01 M. gebracht. Wenn der Preis trotz des Rückganges gegenüber dem Vorjahre noch verhältnismäßig hoch steht, so ist dies um so verwunderlicher, als das Ergebnis des neuen vom 1. September ab laufenden Betriebsjahres der Zuckerrücklagen so günstig ist, wie es seit vielen Jahren nicht der Fall war. Die gesamte Herstellung von Rohzucker betrug nämlich in Doppelzentnern in den Monaten September und Oktober der Jahre

1903 . . .	6 679 313	1907 . . .	6 300 439
1904 . . .	5 550 483	1908 . . .	8 154 902
1905 . . .	7 266 393	1909 . . .	6 800 688
1906 . . .	6 993 165	1910 . . .	8 780 585

Die Herstellung ist also bedeutend größer als in allen früheren Jahren. Der Inlandmarkt ist außerdem noch dadurch besser versorgt als im vergangenen Jahre, daß die ins Ausland gefandenen Mengen bedeutend geringer sind als damals. Denn die Ausfuhr von Zucker betrug in den ersten zehn Monaten d. J. nur 4 887 915 Doppelzentner, während sie im gleichen Zeitraum 1909 6 308 345 Doppelzentner betragen hatte. Auch in den Jahren 1905 und 1907 war die Exportmenge der ersten zehn Monate nicht unter 6 Millionen Doppelzentner heruntergegangen. Es sind also dem Inlandmarkt im laufenden Jahre rund 1 1/2 Millionen Doppelzentner mehr verblieben als im Vorjahre.

Deutschlands Außenhandel erreichte im Spezialhandel ohne Edelmetalle 735 Millionen Mark in der Novemberanfuhr, 7781 Millionen Mark in der Einfuhr der abgelaufenen elf Monate d. J. gegen 7730,2 Millionen Mark im gleichen Abschnitt des Vorjahres, 640,8 Millionen Mark in der Novemberanfuhr und 6744 gegen 6921,4 Millionen Mark im abgelaufenen Jahresabschnitte dieses und im gleichen Abschnitt des letzten Jahres. Die Gold- und Silbereinfuhr hatte einen Wert von 14,6 Millionen Mark im November und von 510,3 gegen 297,2 Millionen Mark in den Monaten Januar-November dieses und des abgelaufenen Jahres, die Gold- und Silbereinfuhr einen Wert von 4,1 Millionen Mark im November und von 229,1 gegen 256,9 Millionen Mark in den elf Monaten Januar-November dieses und des vergangenen Jahres.

Die Kohlenversorgung der Londoner Gemeindeverwaltung soll einheitlich organisiert werden. Das Komitee für Einkaufswesen hat dem Grafschaftsrat die Anstellung eines Kohleneinkäufers empfohlen, der alljährlich im Mai die Kohlenmenge zum Angebot auffordern soll, um Abkäufer für das am 1. Juli beginnende Geschäftsjahr zu machen. Lagerplätze sollen an den Eisenbahnen gepachtet und ein Stamm Lagerarbeiter angestellt werden. Von da sollen die Kohlen direkt an die Bedarfstellen: Pumpwerke, Lagerhäuser, Schulen, Amtgebäude usw. geliefert werden. Die Menge Kohlen, die so, mit Umgehung des Zwischenhandels, von der Grafschaftsverwaltung bezogen werden soll, wird für das erste Jahr auf 115 523 Tonnen, dazu noch 15 820 Tonnen Reis berechnet. Es ist interessant, daß es gerade unter der Herrschaft der antisozialistischen „Gemäßigten“ ist, daß der Grafschaftsrat durch wirtschaftliche Erwägungen zu einer derartigen kommunalpolitischen Maßregel geführt wird. Interessant freilich auch, daß man erst jetzt dazu kommt, eine Maßregel, die bei uns als selbstverständlich erscheint, durchzuführen.

Gewerkchaftliches.

Hintzes „Siebenmonatskinder“ in Rastatt.

Seit vier Wochen stehen die Arbeiter der Waggonfabrik in Rastatt im Streik. Das Verhalten der Polizeiorgane und der nach Rastatt beorderten Gendarmerie ist derartig, daß dem Zentralverband deutscher Industrieller sehr leicht Material zu dem geplanten Ausnahmegelebe geliefert werden könnte, wenn die Arbeiter sich zu Ausschreitungen verleiten ließen. Zu dem bisherigen Moabit soll vielleicht ein bischen Rastatt kommen. Schon vor 14 Tagen konnte festgestellt werden, daß der auf der Verpflegungstation amtierende Polizist den Durchreisenden, die Verpflegung in Anspruch nehmen wollten, diese verweigerte, wenn sie nicht als Streikbrecher in der Waggonfabrik anfangen wollten. Auf eingereichte Beschwerden der Organisationsleitung wurde in diesem Fall Abhilfe zugesagt.

Vor einigen Tagen kam ein Trupp durch Agenten angeworbener Leute aus Kaiserslautern. Als diese in Erfahrung brachten, daß sie als Streikbrecher Verwendung finden sollten, weigerten sie sich, in die Fabrik hineinzugehen. Durch Polizei und Gendarmen wurden sie aber förmlich in die Fabrik hineingetrieben und dort fast wie Gefangene behütet; erst vier Tage später gelang es ihnen, aus dem Betrieb wieder herauszukommen. Eine Hauptaktion aber führten die Sicherheitsorgane am Montag, den 12. Dezember, aus. Von den Arbeitswilligen waren Sonnabend abend 7 Mann nach Hause gefahren. Als diese am Montag früh wieder nach Rastatt zurückkamen, wurden sie von circa 20 Polizisten, die wie die Berliner Schutzleute mit Revolvern ausgerüstet sind, in Empfang genommen und nach der Fabrik gebracht. Als die Streikposten versuchten, mit den Arbeitswilligen zu sprechen, ging die Polizei energisch vor und schimpfte die Streikenden. Die Polizisten zogen blank und suchten mit den Säbeln in der Luft herum. Kriminalbeamte schlugen mit Gummischläuchen auf die Arbeiter los, wobei sie durch die Meister der Fabrik unterstützt wurden, die ebenfalls mit Knüppeln auf die Arbeiter einschlugen, unter Aufsicht der Polizei nach berühmtem Muster der Sings-Garde in Moabit.

Zu einem Unbeteiligten sagte ein Polizist: „Wenn es noch einen Augenblick länger gedauert hätte, so hätte ich einem die Schwarte durchgehauen!“

Wünscht die badische Regierung ein zweites Rheinfeld? Die Zivilbehörde ist dagegen streng objektiv, und auch die Bahnbehörde hat es abgelehnt, sich von dem Fabrikdirektor Jakobs vor seinen Karren spannen zu lassen. Auch sonst zeigt dieser Kampf noch interessante Momente. Einige Ingenieure lassen sich von dem Fabrikdirektor benützen, um als Streikbrecheragenten in der Welt herumzureisen. Die berüchtigte Streikbrecheragentur der Witwe Müller in Altona hat einen Trupp von 80 Streikbrechern geliefert. Mit den Arbeitswilligen ist vertraglich vereinbart, daß sie sofort nach Beendigung des Streiks wieder verschwinden müssen. Jedes der „nützlichen Elemente“ ist mit einem Dolch ausgestattet. Diese Dolche wurden in der Fabrik selbst gemacht. Das muß die Kampfeslust dieser Helden anspornen. Ereignen sich aber Zwischenfälle, dann sind natürlich nur die Streikenden, nicht die mit Dolchen bewaffneten Klausreißer daran schuld.

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik auf den Norddeutschen Automobilwerken Hameln a. d. Weser dauert nunmehr die dritte Woche. Die Firma macht kolossale Anstrengungen, um Arbeitswillige zu erhalten. Um die Streikenden wankelmütig zu machen, hat sie einen Transport internationaler Streikbrecher kommen lassen. Die Streikenden haben aber ihre Solidarität bewiesen und sind nicht auf den Köder hineingefallen. Die Firma sucht nun Leute, mit denen sie früher in Korrespondenz gestanden hat, zum Arbeitseintritt zu bewegen. Das geschieht nicht immer mit feinen Mitteln, was folgende Karte zeigt:

Hameln, den 12. Dezember 1910.

Auf Ihre Karte vom 9. d. erwidern wir Ihnen, daß wir Ihrem Eintritt am Mittwoch, den 14. d. M., entgegensehen. Wir machen Sie gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Streik heute zu unseren Gunsten entschieden ist und daß Sie bei Ihrer Ankunft irgendwelche Schwierigkeiten nicht haben.

Achtungswoll Norddeutsche Automobilwerke.

Um sich vor Schaden zu bewahren, ersuchen wir die Kollegen, sich mit der Streikleitung in Verbindung zu setzen, ehe sie Arbeit annehmen, um nicht auf derartige Täuschungsversuche hineinzufallen. Der Streik dauert unverändert fort. Wird: niemand zum Streikbrecher.

Achtung, Papierarbeiter! In der Papierfabrik Dr. Karl P. Fues, Hanau a. M., sind die Arbeiter wegen Maßregelung in den Streik getreten. Wir ersuchen alle Papierarbeiter, die Arbeit bei oben genannter Fabrik zu meiden. Die Löhne betragen 2,60 bis 3,10 M. pro Tag bei 12stündiger Arbeit.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung in den Bremer Zigarrenfabriken.

Während die Zigarrenarbeiter haben auch die in den Ristenfabriken beschäftigten Arbeiter unter den Wirkungen des Tabaksteuergesetzes in der letzten Zeit empfindlich zu leiden gehabt. Große Arbeitslosigkeit in den Hauptorten dieser Industrie war besonders anzutreffen, so daß eine große Anzahl Arbeiter ein Unterkommen in anderen Industriezweigen suchen mußte. Wie in den meisten Industrien, so macht sich auch hier das Bestreben der Fabrikanten bemerkbar, einen möglichst abhängigen, willigen Arbeiterstamm zu schaffen, und die Fabriken nach kleinen Orten zu verlegen, wo sie glauben, die Bedingungen hierfür zu finden. In früherer Zeit war diese Fabrikation fast ausschließlich in Bremen und Hamburg anzutreffen, heute finden wir in Bünde, Minden und weiteren Orten Westfalens und Süddeutschlands Kaufende von Arbeitern dieses Gewerbes beschäftigt. Die Löhne in diesen Orten stehen weit unter denen in Bremen und Hamburg.

Die Bremer Ristenmacher, über 1000 an der Zahl, waren seit langen Jahren vorzüglich organisiert. Sie führten im Jahre 1900 einen langen Kampf um eine geringe Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Nach monatelangen Kämpfen mußten sie bedingungslos in die Betriebe zurückkehren, weil in den anderen Orten die dringenden Arbeiten fertiggestellt wurden. Als schlimme Folge des Streiks zeigte sich aber in den Reihen der Arbeiter eine geradezu unverständliche Mutlosigkeit, die eine große Mitgliederflucht im Gefolge hatte und den Arbeitgebern die Möglichkeit gab, Lohnkürzungen und weitere Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis durchzuführen. Vollständig vernichtet konnten die Arbeitgeber aber die Organisation der Arbeiter auch in diesem Beruf nicht. Eine mächtige Schar hielt stand und ließ lieber Maßregelungen und Entlassungen über sich ergehen, als der Organisation unterzu werden. Und immer und immer wieder versuchten diese, ihre Leidensgefährten der Organisation zuzuführen. Mit Energie wurde aber nicht allein in Bremen die Agitation betrieben, sondern auch in Orten, wo die Arbeiter noch schlechter gestellt sind, so insbesondere in Bünde. Der Eifer wurde belohnt. In Bünde gelang vor zwei Jahren eine erfolgreiche Lohnbewegung, und die dortigen Ristenmacher sind fast geschlossen organisiert. In Bremen gelang es aber erst in diesem Jahre, eine vollständig geschlossene Organi-

zation wieder zu schaffen. Sie konnten jetzt eine glänzende Lohnbewegung durchführen, die zum Vertragsabschluss führte.

Der Vertrag läuft bis zum 1. Juli 1913. Die bis jetzt übliche Arbeitszeit von wöchentlich 60 Stunden wird sofort auf 57 und am 1. Mai 1911 auf 54 Stunden verkürzt, der Stundenlohn für Ristenmacher wird auf 52 1/2 Pf. pro Stunde erhöht; am 1. Mai 1911 erfolgt ein Aufschlag von 4 1/2 Pf. pro Stunde. Für jugendliche Arbeiter beträgt der Mindeststundenlohn 35 Pf. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit steigt der Lohn für die jugendlichen Arbeiter ebenfalls um 4 1/2 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden wird für die ersten beiden ein Aufschlag von je 12 Pf., für jede weitere und für Sonntagsarbeit ein Aufschlag von 20 Pf. bezahlt. Die Arbeitsvermittlung geschieht durch den paritätischen Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe Bremens. Für genügende Waschvorrichtungen, gutes Trinkwasser und hygienische Einrichtungen usw. ist in jeder Fabrik zu sorgen.

Ueber die Verhältnisse der Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria und ihren Filialbetrieb Juffenhansen

und über die in diesem Betrieb erfolgten Maßregelungen führen die dort beschäftigten Arbeiter lebhaft Beschwerde. Die ersten angebahnten Verhandlungen der Organisationsvertreter wurden von dem Vertreter der Firma, Koll, abgelehnt. Nachdem der Mitinhaber Marx von den bestehenden Differenzen erfahren, wandte er sich persönlich an den Zentralvorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Bremen. Es wurde nun auf Freitag, den 25. November eine Verhandlung anberaumt, zu der als Vertreter der Firma die Inhaber Marx und Koll und unfererseits Deichmann-Bremen, Gauleiter Adolf Heising, sowie Schwandt erschienen waren. Bei dieser Verhandlung stellten Marx und Koll jede Maßregelung in Abrede; sie erklärten sogar, daß die Firma das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkennt, nur dürften sich die Arbeiter nicht organisieren! Wir fragen uns erstaunt, was verstehen denn eigentlich diese Herren unter Koalitionsrecht? Mühte doch Koll selbst zugeteilen, daß die betreffenden Kollegen und Kolleginnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband und Agitation für denselben entlassen worden sind. Auch den Vorwurf einer Lohnreduzierung und Lohnrückerei wies die Firma weit von sich. Als nun die Organisationsvertreter auf einen erst vor ganz kurzer Zeit passierten Vorgang aufmerksam machten, wo die Firma dazu überging, einen großen Teil ihrer bisherigen Rundarbeiter auf Flackarbeit zu setzen und den Arbeitern 40-80 Pf. weniger pro Woche bezahlte wie bislang, erklärten die Vertreter der Firma, daß in einer Sitzung der Aktionäre beschlossen worden sei, nicht mehr als 3 M. pro Woche zu zahlen. Trotzdem stellen die Inhaber jede Lohnrückerei in Abrede. Die Firma ist der Meinung, mit der Errichtung der Filiale Juffenhansen den dortigen Arbeitern eine große Wohlthat erwiesen zu haben. Aber wenn wir die Sache genau betrachten, ist es der Firma nur darum zu tun, billigere und willigere Arbeitskräfte zu finden. Werden doch dort 70 Pf. bis 1,85 M. weniger gezahlt als im Stuttgarter Betrieb! Doch es die Vertreter der Firma mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, zeigt folgender Vorgang. Die Firma behauptet, ihren Arbeitern in der kulantesten Weise entgegenzukommen, wenn es sich darum handle, Arbeiter von Hund- auf Flackarbeit zu setzen (was mit einer Verdienstminderung verbunden ist), indem sie 2 M. pro Woche auf die Dauer von 2 Wochen zum verdienten Lohn auszahlen. Eine in diesem Sinne ergangene Umfrage bestätigte Angehöriges jedoch nicht. — In zwei Betriebsversammlungen zu Stuttgart und Juffenhansen erstattete Deichmann Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen, wobei das Verhalten der Firma aufs schärfste verurteilt wurde.

Zum Streit der Vergarbeiter in Gausham (Oberbayern).

Was niemand für möglich hielt, ist zur Tat geworden, die oberbayerischen Vergarbeiter haben, des endlosen Verhandels und Wartens müde, am Montag die Arbeit niedergelegt. Auf dem in Frage kommenden Werk Gausham sind in der Regel circa 1600 Arbeiter über und unter Tage beschäftigt. Die Löhne stiegen im letzten Jahre in Gausham um 37 Pf. niedriger als auf dem Schwefelwerk in Penzberg, wo die Oberbayerische Aktiengesellschaft eine gleich große Zahl von Arbeitern beschäftigt. Im Verlauf dieser Bewegung haben sich die Gaushamer Vergarbeiter damit einverstanden erklärt, daß sie von einer Kündigung Abstand nehmen würden, wenn sie mit den Vergärber Kameraden gleichgestellt würden. Sowohl die Arbeiter des Gaushamer wie des Penzberger Werkes stimmten einem diesbezüglichen Schiedsspruch des Vergewerbergerichts zu. Die Generaldirektion glaubte nicht an eine Streikstimmung und lehnte den Schiedsspruch ab. Die Arbeiter reichten darauf ihre Kündigung ein. Erneute Einigungsvorschläge des Oberbergamts mußten von den Arbeitern am Sonntag abgelehnt werden, da sie doch nur auf eine Verschleppung der Bewegung hinstielen und der Arbeiterschaft nichts geboten wurde.

Zu der ablehnenden Haltung der Werkverwaltung kam im Laufe der vergangenen Woche noch, daß den alten Schichtmeistern, die Jahrzehnte dies Amt zur Befriedigung aller versehen hatten, das Gehalt abgenommen wurde. Dies geschah, weil diese Arbeiter die Kündigung eingereicht hatten. Die Sicherheit in der Grube wurde durch Liegenlassen von 48 Patronen Sicherheitsprengstoff und Sprengkopfen sehr gefährdet. Ferner wurde den Inhabern der Werkwohnungen mit Kündigung und Räumung der Wohnung gedroht. Werkbeamte strichen das Gehalt aus, daß eine größere Anzahl Arbeiter, und besonders die „Jücker“, abgelegt werden sollten. Durch solche Rationierungen war die Arbeiterschaft so empört worden, daß es am Sonntag in der Versammlung einfach hieß: „Jetzt fahren wir nicht mehr ein, wir sind es leid.“ Einmütig wurde der Streikbeschluss gefaßt und am nächsten Tage durchgeführt.

Nachdem die Arbeiterschaft den Streik begonnen hat, versucht die Verwaltung, sich von Schuld zurückzuweichen. In einem an die Presse gegebenen Bericht behauptet sie, daß die Verlesung in zwei Sporlösen 330 000 M. Spargelder aufgeparkt hätten, und daß dies nicht nach Hungerlöhnen aussehe. Alle Kenner der Verhältnisse lachen über diesen Einwand, denn zur Verlesung gehören doch auch die Beamten und sollen diese einen guten Teil der Sparer darstellen. Aber wenn auch eine größere Anzahl Arbeiter Spargelder haben, so beweist das nichts. Lastsache ist, daß in den letzten Jahren die Lebensmittelpreise gestiegen sind und daß es dem größten Teil der Arbeiter nicht möglich war, Geld zu sparen. Ein Teil des Sparguthabens setzt sich denn auch aus Erbschaftsgeldern usw. zusammen.

Dieser Einwand ist also nicht stichhaltig. Rehnlich sehen alle anderen Einwände auch aus. Die Situation des Streiks hat sich wenig verändert. Die Streikenden halten musterhaft Ordnung und haben die circa 50 Gendarmen nur die Streikbrechertransporte zu überwachen.

Die bisherigen Bemühungen des Oberbergamts Münschen, eine Einigung herbeizuführen, sind noch nicht erfolgreich gewesen. Eine stark besuchte Versammlung der Verlesung der vorgenannten Grube Penzberg beschloß am Montag gleichfalls die Arbeit niederzulegen.

Von 1600 Mann arbeiten rund 190. Segenteilige Behauptungen sind unwar. Doch, wie von „aristokratischer“ Seite behauptet wird, „aristokratische“ Vergarbeiter bekämpfen und verhauen wurden wären, beruht ebenfalls auf Unwahrheit. Unwahr ist auch, daß einige hundert sozialdemokratische Arbeitswillige zu verzeichnen sind. Unter den Arbeitswilligen befinden sich bloß 10 Verbänder. Die Einigungsverhandlungen haben noch zu keinem greifbaren Resultat geführt. Der Christliche Gewerbeverein proklamiert Streikbruch. Es kommen bei einer Verlesung von 3000 Mann in Penzberg und Gausham etwa 80 Gewerbevereiner in Frage.

Ausland.

Achtstundenschicht im galizischen Petroleumbetrieb.

Schon am Freitag wollten die Arbeiter der Petroleumschächte von Borschlaw-Drohobiz in den Streik treten, um die Achtstundenschicht zu erkämpfen, sie warteten aber auf Intervention der Regierung das Ergebnis einer Konferenz ab, an der die beiderseitigen

Organisationsvertreter, die Berghauptmannschaft und Reichsrats-abgeordneter Genosse Witul teilnahmen. Die Werksbesitzer klagen über die neuerdings wieder gesunkenen Preise und die verschlechterte Lage, erklärten sich aber bereit, falls die Verhältnisse bis dahin bessern, die Achtstundenschicht vom 1. Januar ab einzuführen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, sondern werden in Borschlaw und Wien fortgesetzt. — Man vergleiche übrigens diesen Notus aus dem halbslawischen Galizien mit dem Vorgehen der Generalpächter neubauischer Kultur, der Zechenherren des Ruhrreviers!

Der englische Kesselarbeiterstreik beendet.

Die Aussperrung der Kesselarbeiter ist nunmehr aufgehoben worden, nachdem die Arbeiter mit 13 710 gegen 1296 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen haben.

Der Bergarbeiterstreik in Wales.

Eine Versammlung von 10 000 Ausständigen des Aberdare-Distrikts hat beschlossen, die Arbeit unter der Bedingung wieder aufzunehmen, daß womöglich alle Leute wieder eingestellt werden. — Mit den 12 000 Cambrian-Bergleuten ist eine Einigung nicht erzielt worden. Ein Ende dieses Ausstandes dürfte daher vor Mitte Januar nicht zu erwarten sein.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hielt am Sonntagmorgen eine außerordentliche Generalversammlung in den „Kaminhallen“ ab. Schwittau erstattete den Bericht von der Konferenz der Gauleiter und Vorstände. Die Konferenz hatte eingehend beraten, ob sich der Verband an der Internationalen Hygienischen Ausstellung in Dresden 1911 beteiligen soll. Man erkannte an, daß eine Beteiligung für die Berufsgenossen sehr nützlich und wichtig wäre, aber man glaubte, Grund zu der Annahme zu haben, daß die Ausstellungsleitung den Wünschen des Verbandes nicht genügend Verständnis entgegenbringen würde. Auch sei die Zeit viel zu kurz bemessen; seit drei Jahren schon würde die Ausstellung vorbereitet, und jetzt, in letzter Stunde, wende man sich an die Gewerkschaften. Die Beteiligung wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. — Die Konferenz beschäftigte sich dann noch mit verschiedenen Grenzfreirheiten zwischen den Maschinisten und Heizern und anderen Verbänden, besonders den Bauern, und zuletzt wurde in der Konferenz die regere Beteiligung an den statistischen Aufnahmen als notwendig hervorgehoben. Schwittaus Bericht wurde nur wenig diskutiert; die Versammlung war mit den Maßnahmen der Konferenz einverstanden. — Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Wahl der Verwaltung, fand seine Erledigung durch die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Einem Antrage, Witwen und Waisen von Mitgliedern eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren, stimmte die Versammlung zu.

Deutscher Metallarbeiterverband. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin, die am Sonntag den großen Saal von Freyer in der Kopenstraße füllte, wurden die Kandidaten zu den vier neuen Posten im Bureau aufgestellt. Dem Bericht der Prüfungskommission war zu entnehmen, daß auf die Ausschreibung der Stellen 208 Bewerbungen eingegangen sind, nach deren gründlicher Prüfung die Kommission zu dem Entschluß kam, der Generalversammlung 12 Kandidaten vorzuschlagen. Aus der Versammlung, der die Namen gedruckt vorlagen, wurden gegen keinen der Kandidaten Einwendungen erhoben. Die Wahl der vier neuen Angestellten, die durch die Mitglieder der ganzen Verwaltungsstelle Berlin erfolgt, findet am nächsten Sonntag in ungefähr 30 bis 40 Wahllokalen statt, die noch bekannt gegeben werden. — Ferner lag ein Antrag der Ortsverwaltung vor, zur Weihnachtsunterstützung der streikenden Feilenhauer in Renscheid 2000 M. zu bewilligen. Die der Vorsitzende Cohen ausführte, schlug die Ortsverwaltung diese im Verhältnis zu dem guten Stand der Ortskasse ziemlich gering erscheinende Summe vor, weil sich ja alle die über 600 Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes an dieser Weihnachtsbescherung beteiligen, so daß dadurch eine für diesen Zweck wohl ausreichende Summe zusammenkommt. Zudem müsse in Betracht gezogen werden, daß Berlin in letzter Zeit schon größere Summen für die Kämpfe in einer Reihe von Orten hergegeben hat, daß die Verwaltungsstelle ferner bereit sein müsse, den zum Teil noch ziemlich jung organisierten Goldarbeitern in Pforzheim mit einer Unterstützung beizuspringen, wenn die Unternehmer ihren Beschluß, die Betriebe bis Januar zu schließen, durchzuführen, und daß man ja schließlich auch in Berlin auf größere Kämpfe gefaßt sein müsse. — Der Antrag der Ortsverwaltung wurde sodann einstimmig angenommen. — Zum Schluß forderte Cohen die Versammelten in kräftigen Worten auf, der neuesten Scharfmachereide des Reichsanlagers die verdiente Beachtung zu schenken und mit Rücksicht darauf, daß man die Arbeiterschaft und das deutsche Volk zu inebeln trachtet, mit um so größerer Energie für die Organisation zu arbeiten.

Letzte Nachrichten.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 15. Dezember. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer erstattete Dumont seinen Bericht über die Steuer auf automatische Feuerzeuge und beantragte deren Annahme. Finanzminister Klotz, Caillass und Verteaug, der Vorsitzende des Budgetausschusses, verlangten sofortige Abstimmung über die Vorlage, da es sich hierbei um eine Einnahme von 28 Millionen für den Staat handle. Finanzminister Klotz sagte, wenn man die automatische Feuerzeuge im freien Verkehr lasse, begünstige man die ausländische Industrie zum Schaden der französischen, die nicht das Recht habe, solche Feuerzeuge herzustellen. Caillass führte aus, wenn man die automatische Feuerzeuge unbesteuert lasse, so laufe man Gefahr, daß das staatliche Zündholzmonopol unwirksam werde. Trotz des Widerspruchs mehrerer Redner wurde die sofortige Beratung beschlossen und auf Antrag des Deputierten Flaudin die Mindeststeuer auf 2 Frank für das Stück statt der beantragten 2 1/2 Frank festgesetzt, nachdem Finanzminister Klotz und der Berichtserstatter Dumont ihre Zustimmung erklärt hatten.

Die beiden ersten Paragraphen der Vorlage wurden angenommen. Sie gestatten auf Antrag die Herstellung von automatischen Feuerzeugen. Apparate aus gewöhnlichem Metall bis zu 10 Zentimeter Länge, Breite und Stärke werden mit 2 Frank das Stück besteuert, silberne mit 5 Frank und solche aus Gold oder Platin mit 20 Frank. Die Steuer auf größere Apparate bewegt sich zwischen 5 und 40 Frank.

Die übrigen Paragraphen enthalten die Bestimmungen über die Anwendung des Gesetzes, das sodann im Ganzen mit 383 gegen 196 Stimmen angenommen wurde.

Die Pest in Rußland.

Petersburg, 15. Dezember. (B. L. B.) In Daku ist ein Pestfall mit tödlichem Ausgang vorgekommen, ebenso in Batum. Im Gouvernement Astrachan gewinnt die Pest unter der Nomadenbevölkerung an Ausdehnung. Gestern sind neun Personen erkrankt und sechs gestorben.

Weitere Margarinerkrankungen.

Stuttgart, 15. Dezember. (B. L. B.) In dem Dorfe Hohenthalbach, Bezirk Waiblingen, sind vier Familien nach dem Genuß von Margarinerkrankungen erkrankt.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Mitgliedsbeiträge: 3. Quart. 1910 104,00. Halen, 13. württemb. Reichstagswahlkreis, 3. Quart. 10 16,20. Altona, 8. u. 10. Schlesw.-holst. R.-W.-R., 3. Quart. 10 2300.—. Berlin, Groß, a. l.onto feiner 8. Wahlkreis 12 000.—. (Darunter Julius Röder 5.—, O. G. 5.—, Ostel 3.—, Monatsbeitrag für Bay-Stal 3.—, durch Genossen Hartmann 5,40, A. V. Rister 1.—, Möbelfabrik „Gonia“ 10.—, Americ. Auction, Bezirk 311, 4. Kreis 10.—, Tischlerei A. O., Görtler Nr. 25.—, Ungenannt, Bezirk 225, Teil I, 4. Kreis 10.—, Sechster Klasse der Tischlerei Weinland 15.—, Waldst. 10. Abteilung durch Buchholz 68.—, Blumenbad, 2. Abteilung 2.—, Dr. R. R. I. 25.—, 38. u. 39. Bezirk, 2. Bezirk, Bezirksführer und Stellvertreter 11.—, vom Personal Eulich u. Schöning 9,60, von Arbeitern Parde-mann u. Co. 33,70, Gutenberg 39,90, Vierprocente der Arbeiter der Firma Hörsting zur Reichstagswahl 10.—, 4. Kreis, Frauenlese-abend, 25. Abteilung, Ueberblick von Weihnachtsliedern der Genossin Demming 2.—, von Frau Demming zurückgezahltes Honorar 6.—, Dr. R. R. II. 25.—.) Berlin, diverse Beiträge: Vermögensüberblick A. C. G., Brunnenstr., Abt. Tischlerei 13,15. Anade 3.—, Mittel d. Verb. deutsch. Buchdr. im „Vorm.“ 100.—, H. B., Pappelaße 3/4 2.—, „Erliebtes Versprechen 157/158“ 140,55. „Fokal-Anzeiger“, Abt. Palzerei 84,50. R. D. R. 10,10. „Reichsgas“ 3,10. Rigdorf, Sechster Klasse der Schlosser der Firma Jul. Scheibe, Brigg 6,25. Wachtel 5.—, Kontobuchard, v. Wedding 5.—, Dr. L. A. für November 100.—, „Gombe“—50.—. Preuss. Beitrag 10 A. 2. S. R.-W.-R. Gipsstr. 3,00. R. W. 2.—. Richter-Georgiana 1879 10.—. Abr. B. Seher des „Fokal-Anzeiger“ 12,35. A. V. 50.—, P. S. 50.—, Tischler d. Tischlerei f. Innenarchitektur, Königsberger Str. 7 15.—, Braunschweig, 2. R.-W.-R., 3. Du. 10 138,90. Wöblingen, 4. württ. R.-W.-R., 3. Du. 10 174,60. Bonn 50.—, Brandenburg-Weißhavel-land, 3. Du. 10 742,06. Bromberg, Ueberblick v. d. Reichswahl 70,39. Baden-Ähren, 8. bad. R.-W.-R., 3. Du. 10 51,94. Badnang, 11. württ. R.-W.-R., 61,74. Bern 50.—, Breslau, Agitationsbezirk, 3. Du. 10, Wahlkreis: Gubrau-Steinau 4,88; Pilitsch-Treibung 24,20; Marienberg-Deis 15,40; Ransiau-Brieg 59,12; Döblau-Rimpfisch 62.—; Breslau-Land-Neumarkt 337,96; Neustadt Oß.-Schlef. 17,06; Reize 12,16; Liegnitz-Hagnau 292,54; Sa. 771,82. Buchach i. S. A. 6.—, Köln a. Rh., Reg. B. 20.—, Cassel-Weisungen, 3. Du. 10 650,06. Cleve-bergen, 3. Du. 10 19,10. Calau-Ludau, 3. Du. 10 240,88. Cannstatt-Ludwigsburg, 3. Du. 10 768,00. Chemnitz, 10. Jahrg. R.-W.-R., a. l.onto 4000.—, Döhlen, 6. Jahrg. R.-W.-R., a. l.onto 3000.—, Darmstadt-Groß-Geran, 3. Du. 10 440,40. Dresden-Neustadt, 4. Jahrg. R.-W.-R., 1. Halbjahr 10/11 2000.—, Danzig, Agitationsbezirk Westpreußen, 3. Du. 10, Wahlkreis: Ebnung-Marienburg 75,70; Danzig-Land 12,24; Danzig-Stadt 227,72; Neustadt-Rathhaus 6,80; Stahm-Marienwerder 20,64; Rosenberg-Löbau 6,72; Graudenz-Strasburg 31,20; Thorn-Kulm 10,20; Schwyz 8,00; Königs-Ludwig 4,80; Schlochau-Platow 6,67; Deutsch-Krone 13,52; Sa. 424,21. Delitzsch-Wittorf, 3. Du. 10 300,72; Eßlingen a. R., 5. württ. R.-W.-R., 3. Du. 10 544,95. Fallenberg, D.-S., A. 2. 3.—, Hensburg, 1. u. 2. Schlesw.-holst. R.-W.-R., 3. Du. 10 398,24. Groß-Otters-leben 300.—, Göttingen, 10. württemb. R.-W.-R. 296,55. Glauchau-Meerane, 17. Jahrg. R.-W.-R., 3. Du. 10 200.—, Guben-Lübben, 3. Du. 10 202,12. Götting, Agitationsbezirk, 3. Du. 10, Wahlkreis: Grünberg 81,95; Sagan 81,22 (davon 2.— von A. 2.); Wlogau 15.—; Bunzlau 85,77; Löwenberg 22.—; Götting 431,42; Korb-berg 86,20; Sa. 808,56. Heiligensstadt-Worbis, 3. Du. 10 4,35. Halberstadt-Oberleben-Bernigrode, 3. Du. 10 431,63. Höchst a. M. 500.—, Hamma-Soest, 3. Du. 10 288,93. Hanau-Vodenheim 3. Du. 10 1504,58. Jychoe, 397,62. Karlsruhe-Bruchsal, 10. bad. R.-W.-R., 3. Du. 10 254,49. Kiel, 7. Schlesw.-holst. R.-W.-R., 3. Du. 10 2421,84. Laup-heim, 15. württemb. R.-W.-R., 3. Du. 10 4,92. Ludenwalde-Jüterbog-Jauch-Beitz, 3. Du. 10 385,75. Leisnig, ein paar treue Freunde 45.—, Lonsberg-Goldin 98,52. Leipzig, Sozial. Verein, a. l.onto 500.—, Lübeck, 3. Du. 10 843,60. Mainz-Opfenheim, 3. Du. 10 300.—, Mainz, 4. medl. R.-W.-R., 3. Du. 10 76,98. München I u. II, 3. Du. 10 2626,38. Münster-Coesfeld, 3. Du. 10 30,33. N.-Glabach, 3. Du. 10 66,30. Landesorganisation Sachsen-Meinigen 370,77 (darunter Meiningen-Hildburghausen 15,93; Sonneberg-Saalfeld 354,84). Nüßhausen-Langensalza-Weihenlee, 3. Du. 10 60,60. Neuwied 14,54. Oldenburg I, Fürstentum-Libbe, 3. Du. 10 233,74. Oberlangensielau, Agitationsbezirk, 3. Du. 10, Wahl-

kreise: Steigan-Schweidnitz 349,77; Waldenburg 416 64; Landesstat-Jauer 116,45; Gritzhberg-Schönan 89,57; Glatz-Bellawerdt 6,76; Sa. 1191,31. Schwirzig 12,80. Offenburg, 7. bad. R.-W.-R. 65,16. Wetzstein-Durlach, 9. bad. R.-W.-R., 3. Du. 10 321,64. Zwenningen, 9. württ. R.-W.-R., 3. Du. 10 193,92. Stuttgart, G. S. für Oktober 3.—; für November 3.—. Saarjügend-Rorbach, 3. Du. 10 9,72. Stuttgart Stadt und Amt, 1. württ. R.-W.-R., 3. Du. 10 1895,44. Sorau-Rorst, 3. Du. 10 350,32. Gau Südbayern, 3. Du. 10, Wahlkreis: Aicham 121,92; Juggelstadt 40,08; Wasser-berg 6,18; Weisheim 52,20; Rosenheim 150,76; Traunheim 65,96; Landshut 64,20; Stronburg 11,68; Passau 19,50; Pfarrkirchen 9,48; Deggendorf 9,84; Kugeburg 231,90; Donauwörth 8,52; Tillingen 8,46; Illertissen 35,66; Kaufbeuren 20,64; Zimmernstadt 50,70; Sa. 936,08. Schwerin-Bismar, 2. medl. R.-W.-R., 1. Du. 10/11 248,37. Schwarzburg-Sondershausen, 3. Du. 10 130,41. Toluca, Städt. 1.—. Wolinitzsch-Neuhofensleben, 3. Du. 10 323,93. Würzen, 11. Jahrg. R.-W.-R., a. l.onto 300.—.

Berlin, den 14. Dezember 1910. Für den Parteivorstand: J. A. Fr. Ebert, Lindenstr. 69.

Die Hölle von Mielsch.

Im Prozeß um Mielsch gab es gestern ein kurzes Zwischen-spiel. Gegen den Angeklagten Lang, der erst am dritten Tage sich eingestellt hatte, sollte in einer Extrasißung verhandelt werden. Man wollte mit ihm den allgemeinen Teil der Anklage wieder-holen, soweit er daran beteiligt ist. Beim Aufbruch um 10 Uhr er-gab sich, daß gerade der Angeklagte Lang sehr wieder schle-ter. Keiner der anderen Angeklagten konnte sagen, wo er sich aufhält. Nur das wußte man, daß er vorherabend noch keine be-stimmte Wohnung in Berlin gehabt hatte. Es war also nicht mög-lich, ihn herbeizuholen. Raslos wurde bis 11 1/2 gemartet. Der Vorsitzende erklärte, noch bis 11 warten zu wollen. Dann aber wurde er endgültig das Verfahren gegen Lang abtrennen, falls der bis dahin nicht erscheine. In demselben Augenblick betrat Lang den Saal. Er entschuldigte sich damit, daß er, der in Berlin fremd ist, sich verfahren habe.

Vor Eintritt in die Verhandlung fragt Staatsanwalt Reiner, wie nun in der Sache Lang vorgegangen werden solle. Nachdem in dem Prozeß gegen die anderen Angeklagten am Mittwoch die Verhandlung auf Freitag verlagert worden sei, habe man es doch hier mit einer ganz neuen Verhandlung zu tun, der die übrigen Angeklagten nichts angehe. Der Vorsitzende erwidert, nach Er-lebzigung des allgemeinen Teils der Anklage gegen Lang werde voraussichtlich die Staatsanwaltschaft die Verbindung mit der Verhandlung gegen die übrigen Angeklagten beantragen wollen. Er habe aber geglaubt, auch zu der bevorstehenden Verhandlung gegen Lang die übrigen Angeklagten laden zu sollen, damit gegebenen-falls auch sie noch befragt werden können. Das könne kein wesentlicher Fehler des Verfahrens sein. Staatsanwalt Reiner gibt zu, daß das im wesentlichen auch seine Auffassung sei, doch habe er von vornherein jedes Bedenken beseitigen wollen, durch das hinterher vielleicht die ganze Verhandlung vergeblich werden könnte. Justizrat Friedmann empfiehlt, den Antrag auf Ver-bindung schon jetzt zu stellen. Das Gericht beschließt, so zu ver-fahren, daß Lang jetzt nur vernommen wird. Wenn dann die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Verbindung stellen wolle, so könne am Freitag darüber beraten werden. Die übrigen An-geklagten bleiben während Langs Vernehmung zugegen, werden aber als nicht anwesend betrachtet.

Lang ist unter allen neun Angeklagten der einzige, der für das Amt eines Aufsehers in Mielsch schon eine gewisse Er-fahrung mitbrachte. Von Haus aus ist er Schneider, er hat aber zwei Jahre eine Stellung in der Erziehungsanstalt Nimmelsberg in Bayern gehabt. Dort hatte er Zwangsjünger im Schneider-handwerk auszubilden und auch sonst Aufsicht über sie zu führen. Bestrafen durfte er nicht, das war Sache des Vorsehers, eines Pfarrers. Die Strafen bestanden in Arrest und in Prügelein. Von Nimmelsberg ging Lang im Mai nach Mielsch, wo er eine Aufseherstelle erhalten hatte. Bevorzogen hatte er sich darum auf Grund einer Zeitungsdarstellung. Weiter wurde auf die Sache Lang zunächst nicht eingegangen. Der Staatsanwalt beantragte dann Verbindung mit der Ver-handlung gegen Dreißhaupt usw. Heute wird das Gericht darüber entscheiden.

Allerlei Justiz.

In den letzten Tagen sind in dem hamburgischen Tempel der Aemid, der von den alten Griechen mit einer Binde vor den Augen verfinsterten strafenden Gerechtigkeit, recht „weltfremde“ Urteile ergangen, so daß selbst einige in förmlicher Bläue — „Ham-burger Fremdenblatt“ und „Hamburger Generalanzeiger“ — sich zu einem sanften Protest aufgeschwungen haben. In erster Linie handelt es sich um das von uns schon mitgeteilte, sehr stark klassen-justiz atmende Urteil des Amtsrichters v. Wölfl und was damit zusammenhängt (soporige Verhaftung zweier Zeugen wegen Kleideverstoßes), gegen einen Werftarbeiter, der im Unmut zwei Arbeitswillige durch die Worte „Streifbrevier“ und „Heidel-berger“ so schwer in ihrer Ehre gekränkt haben soll, daß er aus § 163 der Gewerbeordnung zu der Maximalstrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Opfer dieses „Justizretums“ sind schon am folgenden Tage von den zuständigen Richtern auf freien Fuß gesetzt worden.

Das „Fremdenblatt“ meint, es müsse in der Justiz eines modernen Rechtsstaats ausgeschlossen sein, daß der Fehlspruch bewußt und tendenziös durch ein Untersuchungsverfahren herbei-geführt wird, das einem politischen oder sozialpolitischen Vor-urteile dienen zu sollen meint. Wir sehen ja samt und sonderb unter dem Eindruck solcher Vorurteile, aber des Richters heilige Pflicht ist es, sie in der Ausübung seines hohen Berufes wenigstens so lange zu weisern, wie er das Verdikt über Schuld oder Un-schuld überhaupt und über die Art der festgestellten Schuld zu fällen hat. Der Richter, der untersucht, um Schuld zu finden, der zu diesem Zwecke die Untersuchung künstlich beeinflusst, ist eben so weit von der Einsicht in die Aufgaben und den sittlichen Wert seines Berufes entfernt, wie der Richter, der absichtlich im voraus einer Freisprechung des Angeklagten zustimmt. Weiter sagt das freisinnige Blatt, es bestehe im Volke eine feine Empfin-dung für alle Abweichungen vom sachlichen Rechte und für die Tendenzfälligkeit in der Rechtsprechung, und es sehe nicht gut um das Vertrauen zu unserem Rechtsstaate, wenn im Volke der Glaube an „politische“ und „Klassenjustiz“ zum Ausdruck komme.

Gut, sehr gut wäre es, wenn dieser übrigens schon in großen Teilen des Volkes vorhandene Glaube durch eine von solchen „Vorurteilen“ losgerettete Rechtsprechung gestärkt werden könnte. Lieber den Parteien lebend, sollte der Richter ohne Ansehen der Person sein Verdict fällen. Den Vorwurf bewußter Rechtsbeugung zugunsten des politischen Gegners hat die Sozialdemokratie nie erhoben, vielmehr hat sie stets psychologisch zu erklären versucht, wie Tendenzurteile, die kurzweg als „Klassenjustiz“ bezeichnet wer-den, zustande kommen. Ein großer Teil der Richter, einem anderen sozialen Milieu entstammend als die ungeheure Mehrzahl der vor den Strafgerichten erscheinenden Personen, folgt eben inneren Einflüssen, die oft die Oberhand gewinnen, was allerdings vom „Volk“, von dem man blindes Vertrauen zur Rechtsprechung er-wartet, nicht verstanden wird.

Am Dienstag handelte es sich vor dem Forum desselben Richters „nur“ um eine Privatklage des Vorsitzenden der Zastelle Hamburg des Verbandes der Rechtsanwälte und Geiger, Johann Mielschmann, gegen den wegen verzierender Beiträge auf dem Ver-bande ausgeschlossenen Rechtsanwalt Brauer, der, befragt, weshalb er dem Verbands nicht mehr angehöre, die ehrenrührigsten Dinge über den Privatkläger verbreitet hatte, so daß man an der Wasser-kante Mielschmann mihträuflich anfaß. Wenn ein anständiger Mensch einen Verleumdung vor Gericht zitiert, so tut er es haupt-sächlich zu dem Zweck, um den Beweis zu erbringen, mit wie schmutzigen Mitteln der Gegner operiert hat. A. hatte kühn be-hauptet, er könne so lange dem Verbands nicht beitreten, wie Mielschmann, der große Unterschlagungen begangen habe, an der Spitze stehe. B. hätte die Frau eines verstorbenen Kollegen siche in der „Produktion“ oder im Parteigefühl untergebracht, wenn sie ihm zu Willen gewesen wäre. B. gab dem Beklagten Gelegen-heit, den Beweis für diese Behauptungen zu erbringen, aber B. bestritt, überhaupt irgend etwas gesagt zu haben. Die Zeugen sagten aber positiv aus, daß die inkriminierten Worte gefallen seien. Das Gericht verurteilte B. wegen übler Nachrede zu — 40 M. Geldstrafe.

Kann einem Gewerkschaftsführer wohl etwas Schlimmeres nachgesagt werden? Wir glauben nein. Man vergleiche diese Strafe für eine so perfide Verleumdung mit der Strafe gegen den Werftarbeiter, der drei Monate für die beiden „inhaltsschweren“ Worte „Streifbrevier“ und „Heidelberger“ abstrammeln soll.

Kleines Feuilleton.

Kasperls Anfänge. Marionetten, das heißt Figuren, die durch Schnüre oder Drähte geleitet werden, sind schon Indern, Chinesen, Griechen und Römern bekannt gewesen, aber weit neueren Datums scheinen die Kasperbühnen zu sein, die auf jegliche Ausstattung — sogar auf einen Vorhang — verzichten, und deren Puppen durch Finger, die in ihre Arme greifen, bewegt werden. Man weiß, wie J. E. Kabe in der Zeitschrift „Der Quindborn“ mitteilt, von ihnen erst seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts. Wann und wo sie zuerst das Licht der Welt erblickt haben, wird sich schwerlich mit Sicherheit ermitteln lassen; bestimmt vermuten darf man aber, daß sie ursprünglich in Italien aufgetaucht sind. Schon der Um-stand, daß man überall auf die wenig abgewandelte Bezeichnung Pulcinella stößt, weist darauf hin, es spricht aber auch sonst mancherlei dafür. Der Name Kasper, der inzwischen bei uns der gebräuchlichere geworden ist, so selten er auch sonst im Norden Deutschlands vorkommt, läßt andererseits den Schluß zu, daß „Pulcinella“ auf dem Wege über Oesterreich zu uns gelangt ist. Nach Derricent war es der Komiker des 1781 gegründeten Leopold-städter Theaters in Wien, Laroche, der sich unter dem Namen Kasperl einführte und als schalkhaft dumm-pfiffiger Knecht so be-geisterte Aufnahme fand und solchen Ruf erwarb, daß nach ihm diese Bezeichnung auf sämtliche Puppenbühnen überging. „Pulcinella“ erstes Auftreten in Norddeutschland scheint in London vor sich gegangen zu sein, wenigstens berichtet davon im Jahre 1709 der „Tatler“ und ein Jahr darauf der „Spectator“. In diesen Blättern erzählt Pulcinella bereits die Abführung „Punch“. Wann Kasperl zuerst in Deutschland erschien, ist genau nicht mehr zu ermitteln. Charakteristisch für die Beurteilung dieser kleinen Theater ist folgender Passus in Schöfers „Hamburger Theater-geschichte“ vom Jahre 1794: „Was die sogenannten kleinen Spektakel betrifft, Glendigkeiten in verschlossenen Buden der Uuden-prinzipsale und auf offenen Bühnen der Marktschreier, in Schenken, Straßen und am offenen Fahrwege durch sogenannte Volkshauspiele (mit Dainen und Beigefägern von Landtschreibern dirigierte arm-selige Gaukeluppen ohne Drahtleitung) schaugetheilt: so lange diese zum Teil sittenverderbende Spiele nicht verbessert oder im heiligen römischen Reich deutscher Nation völlig abgeschafft sind, müssen sie so wie sie sind, toleriert werden.“ Was Kasperls Darbietungen anbetrifft, so läßt sich annehmen, daß sie zum Teil auf alte Marionettenspiele und Hanswurstpöffen zurückzuführen sind. Vielleicht leben auch kümmerliche Reste von Puppenspielen in ihnen fort oder Erinnerungen an die Zeit früherer großer Kasper. Einzelne Auftritte endlich werden direkt oder über England von Italien beeinflusst worden sein.

Theater.

Im Marionetten-Theater (in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten) ist Kasper, der unterwüßliche Hanswurst,

die volkstümliche Figur, die bei Jung und Alt immer noch lebendig ist, eingevozen. In wahrhaft künstlerischer Vollendung der Dar-bietung und (wenn man so sagen darf) in literarischem Gewande. Der närrische Kerl hat unter dem Protektorat des klassischen Dichters des Kasperle-Theaters, des Grafen Franz v. Pöcci, dessen „Zauberzeuge“ man spielte, nichts von seinem angekommenen Humor, von seiner derben Urwüßigkeit und seinem lustigen Eulenspiegelcharakter verloren. Pöcci war unter Ludwig I. von Bayern, dem Partizipandichter, Hofmusikintendant und unter seinem Nachfolger gar Oberkammermusikmeister, dabei ein Künstler auf mehreren Gebieten, ein lustiger Spötter in Wort und Bild und der unbedrängte Dichter des Puppen-theaters. Seine Puppenspiele, besonders die Kasperlestücke, haben noch heute dank ihrem Humor und ihrer Gemütslichkeit, ihre Wirkung. Auf der großen Bühne freilich würde uns „Die Zauberzeuge“ sicherlich nicht gefallen. Aber fürs Marionettentheater ist sie durchaus sitzgerichtet. Hinter all den Streichen und Erlebnissen Kasperles, der von einem Vergeistert eine Zauberzeuge erhält, nach der er alle Leute tanzen lassen kann, tritt eine hübsche Verpottung der Karreieren überstiegener Künsterkultur zutage. Auch sonst fehlt es nicht an Ironien (und die „Darsteller“ taten ein Hebriges an aktuellen Ku-spielungen). Aber die Hauptfrage bleibt doch Kasperl selber. Der alte Pöcci hätte an der Gaudi sicher keine Freude gehabt. Eine reizvoll angepaßte diskrete Musik und eine trefflich charaktori-sierende Darstellung hatten alle Humore entziffelt, zu denen das Marionettentheater vor allem in dem Phantastischen und Verlesenen wie kein anderes befähigt ist. Die Figuren und Dekorationen waren künstlerisch vollendet. Die tanzende Musik tief allgemeinen Jubel her-vo und die Wundlandchaft entzückte sogar Reinhardtvereher. Das einzige, was zu wünschen bleibt, ist, daß auch den Arbeitern und ihren Kindern diese Darbietung zugänglich gemacht würde. —

Musik.

Es empfiehlt sich, wiederum hinzuweisen auf die Konzerte im Volks-Liedersaal (Ziergartenhof), die wöchentlich dreimal stattfinden und nun auch Jugendkonzerte in sich schließen. Ein „Heiterer Klassiker-Abend“, der Dienstag stattfand, belästigte, was wir bereits zu Beginn der ganzen Reihe und schon früher bei einem Abend ungefähr gleichen Namens und Inhaltes gefast hatten. Erlebnungen von neuem Material sind uns in der Volkslieder-Serie nicht eben untergekommen, obwohl diesmal einiges beigebracht war als zum erstenmal — herausgegeben von A. P. Aber es ist doch gut, daß man Stücken zu hören bekommt, die außerhalb des alljährlich bestellten Repertoires liegen. Speziell „Som-Dum-or in der Musik“ — wie da der einleitende Vortrag hieß — hört man gern etwas in einer Zeit, in der die Kunst sich manchmal aufsteigend das Ziel setzt, den Menschen sich und die Welt zu ver-leiden. Wollen die Volkslieder-Abende über das Interesse eines beifällig-lustigen Bekanntheitskreises hinauswachsen, so werden sie gut tun, einerseits nicht allzu viel Persönliches merken zu lassen, und anderer-seits die Kunst ihrer Sänger über die sehr anerkenntwürdigen

langstechnischen Leistungen hinaus zu einem Vortrage zu steigern der auch wirklich eine Charakteristik der humoristischen oder sonstigen Eigenart des Programms leistet.

Humor und Satire.

Der große Pechmann und der kleine Heydebrand. Ein Wesenstiel mit einer Vorstentbirne verdirrt seine Philosophenstirne. Noch ättert er, da nimmt ihn bei der Hand, den großen Theobald, der kleine Heydebrand. Es wächst der Rut. Und die Regierungsbader plagt ihm mit blau-und-schwarzlichen Salbader: Wer säuert, he! den Raabiter Brand? Die Sozisl sagt mein Vorgefelter Heydebrand. Kein Mischund spiehte da und fäslig zum Krüppel mit Sädel oder mit Achtzigroschenkrüppel! Wer säuert vor Umürz Thron, Alar und Land! Zweierlei Recht! befehlt der kleine Heydebrand. Wk sind die Götter, denen es nicht dümmert. (Von außen schauanz's, doch innen King's belemmert.) Ich liebe weiter und ich predige Kant. Die nächsten Wahlen macht mein kleiner Heydebrand. Gold plätschert fort das dreifße Wortgefeide, der Wesenstiel süßt sich als deutsche Gide. Wie lange und man quersitt Euch an die Wand, den großen Theobald, den kleinen Heydebrand. Gle

Notizen.

Theaterchronik. Paul Drams Marionetten-Theater Münchener Künstler (Ausstellungshallen am Zoo) spielt das Märchen-drama „Die Zauberzeuge“ vom Grafen Pöcci in dieser Woche abendendlich und auch dem für die Jugend am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag auch nachmittags. (Beginn 4 Uhr.) Die künstlerische Aus schmückung des Reichs-tages, die im ganzen ein wenig erfreuliches Kapitel ist, hat wieder einen Fortschritt gemacht. Die allegorisch-dekorativen Wand-gemalde für den Bundesratsaal des Münchener Malers Rudolf Schuster-Woldan sind in das Reichstagsgebäude gefast worden und sollen jetzt an den für sie bestimmten Wänden an-gebracht werden. Eine neue Volksoper will ein besonderes Komitee für Groß-Berlin ins Leben rufen. Sie soll zu volkstümlichen Preisen breiteren Schichten die Oper erschließen. Wenn das Unternehmen zustande kommt, soll es in Charlottenburg entstehen. Man will die Grundtage durch Abonnementübernahmen schaffen. Von der Stadt Charlottenburg hofft man den Bauplatz und das nötige Bauplatz zu bekommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1939. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.

Sonntag, 18. Dezember,
vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,
findet die
Wahl von vier neuen Angestellten
in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Havenstr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Voigt-Theater, Badstr. 55.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Karsowskys Restaurant, Bernauer Straße 82.
- Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12.
- Lachnichts Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.
- Berechts Festsäle, Ritterstraße 75.
- Heitmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Bookers Festsäle, Weberstr. 17.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückhelms Restaurant, Bergstr. 98.
- Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
- Steglitz, Clements Restaurant, Duppelstr. 7.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnecks Restaurant, Wilhelminenhof-Straße 18.
- Weißensee, Peukerts Restaurant, Königs-Chaussee 38.
- Pankow, Kozyckis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Huhs Restaurant, Lindenufer 17.
- Tegel, Halfers Restaurant, Branowstr. 23.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege Emil Geisler, Charitéstr. 3.

Sonntag, den 18. Dezember 1910, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
aller in den Geldschrankbetrieben
beschäftigten Arbeiter
in Frankes Festhallen, Badstraße 19.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Tarifkündigung. — 2. Branchenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.
Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, ist es Pflicht aller Kollegen zu erscheinen.

Sonntag, den 18. Dezember 1910, vormittags 9 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher
sowie Rundscheifer
in den Musiker-Festhallen, Kaiser Wilhelmstr. 18m (gr. Saal).
Tages-Ordnung:
1. Regitation von Wilhelm Spöhr: „Aus der Schatzkammer der deutschen Dichtung“ (Fest u. Humor). — 2. Branchenangelegenheiten.
Zu dieser Versammlung sind auch die jüngeren Kollegen (Ausgelernten) mit eingeladen.
Mitgliedsbuch legitimiert! Rauchen ist nicht gestattet!
Für Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. pro Person erhoben.

Sonntag, den 18. Dezember 1910, mittags 12 Uhr:
Versammlung
aller an Schraubenautomaten u. Einzelbänken beschäftigten Einrichter
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.
Tages-Ordnung:
1. Werden die Vereinbarungen vom Juni innegehalten? — 2. Diskussion. — 3. Wahl eines Vertreters zur Agitationskommission. — 4. Verschiedenes.

Achtung, Erwerbslose (Kranke)!
Der Weihnachtsfeiertage wegen findet die Auszahlung der Krankenunterstützung wie folgt statt:
Für den 23. und 24. Dezember am Freitag, den 23. Dezember, Sonnabend, den 24. Dezember.
Am Sonnabend, den 24. Dezember, bleibt das Bureau von 12 Uhr ab geschlossen.
Für den 27. Dezember (3. Feiertag) wird am 27. Dezember bis 1 Uhr gezahlt. Nachmittags geschlossen.
Für den 30. und 31. Dezember am Freitag, den 30. Dezember, für den 2. Januar 1911 am Sonnabend, den 31. Dezember (Silvester) bis 1 Uhr. Nachmittags geschlossen.
Am Montag, den 2. Januar, bleibt das Bureau wegen Quartalsabschluss den ganzen Tag geschlossen.
Wegen der Quartalsabrechnung werden die Mitgliedsbücher der kranken Kollegen eingezogen, und erlöchen wir, bis zum 31. Dezember d. J., das fällige Krankengeld abzugeben. Ausgeschlossen davon sind diejenigen Kollegen, welche sich in Krankenhäusern oder Heilstätten befinden und ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.

Metallarbeiter-Notizkalender 1911
Stück 60 Pf.
sind im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben.
131/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Saal, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.
Achtung!
Lehrlingen u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!
Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, als Versteck für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.
Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Versteckes aufmerksam zu machen.

Montag, den 19. Dezember 1910, abends 8 Uhr:
Generalversammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von zwei Bureauarbeitern. — 2. Beratung der zurückgeleiteten Anträge.
Mitgliedsbuch u. Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Branche der Schirmmacher.
Sonnabend, den 17. Dezember 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Eingang B, part., Engelufer 14/15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Leopold über: „Aufgaben und Tätigkeit der Schirmmacher im Deutschen Holzarbeiterverband“. — 2. Branchen-Angelegenheiten. 94/18

Weihnachts-Geschenke

Neu! In Gesang und Orchester Allein-Vertrieb Platte 2 M. Neu!

Sprechmaschinen
Nähmaschinen
Fahrräder
Waschmaschinen
Wringmaschinen
in allen Preislagen
Bekn-Platten a Stück 2 M.
Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Walter Wittig & Co.
Brunnenstr. 35 X Kottbuser Str. 9.

Gesellschafts-Spiele in allen Preislagen.
Schach, Domino, Dame, Roulette, Poch u. Regelspiele etc.
Moderne Spazierflöde und Tabak-Pfeifen aller Art.
Feine Wiener Meerschaum- und Bernstein-Spitzen.
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5, an der Wallner-Theater-Straße.

AUF Teilzahlung eventuell ohne Anzahlung
Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Laufforstoffe, Uhren, Spiegel, Bilder, Herren- und Damenkonfektion, Betten, Bettwäsche.
50 Pfg. wöch.
Bitte Besuch oder Postkarte. **M. Meisels, Kottbuser Str. 7, am Kottbuser Tor, an d. Hoehbahn.**

Uhren- und Goldwarenspezialgeschäft Auf Teilzahlung
bei kleiner Anzahlung gegen kleine Ratenzahlung erhalten Sie Uhren, Wecker, Freischwinger, Brillanten, Ketten, Ringe, Hochzeits- und Gelegenheits-Geschenke.
M. Caspary, Turmstr. 16, Laden, Ecke Babelstraße.

Zur I. Klasse (Ziehung 13. und 14. Januar)
Preuss. Lotterie
Original-Lose 1/2 1/3 1/4 1/5 abzugeben.
M. 40.— 20.— 10.— 5.— 142/4*
A. Müller, Kgl. Lotterie-Einnehmer, Rixdorf-Berlin S. 59, Kottbuser Damm 70-71, nahe Hermannplatz.

Schul-Tornister
Rindleder, ohne Pappe, 5 M. pro Stück.
Dokumenten-, Akten-, Noten-Mappen.
Gegr. 1828. **C. A. Flemming, Bouthstr. 11, am Spittelmarkt.**

Echte Nürnberger Bruchlebkuchen
frischbackene Kuchen, keine gewöhnliche Backwaren, Qualität und Geschmack vorzüglich. Große und mittelgroße Badler, Braune, Weiße und Pfeffer-Badler gemischt in Carton No. 1. No. 5 Pfund M. 3.50 und 10 Pfund M. 6.50. Porto und Verpackung frei. Gegen Nachnahme oder Voreinsendung.
Carl Gropp, Nürnberg 34, Schweiggerstraße 31.

Orts-Krankenkasse Weissensee.

Bekanntmachung.
In Gemäßheit des § 66 der Krankenversicherungsgesetze geben wir hiermit folgendes bekannt:
Wiederberufen sind in der am 29. November cr. stattgefundenen Generalversammlung auf eine weitere Amtsdauer von drei Jahren bis zum 31. Dezember 1913 die Herren:
Franz Content (Arbeitsgeber), Robert Fandel (Arbeitnehmer), Albert Pfannenbäcker (Arbeitnehmer).
Wetzender, den 10. Dezember 1910.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für den Gemeindegast Wetzender, 297/18 Fahrmann, Vorsitzender.

Tischler-Verein (E. H. 80.)
Sonnabend, 17. Dezbr., abds. 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wahl des Vorstandes für 1911.
Mitgliedsbuch legitimiert.
199/13 Der Vorstand.

Das arbeitende Volk und die Steuern.
I. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen von Dr. Karl Renner.
Preis 50 Pf.

Die Brandschabung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland
von J. Karaski.
Preis 50 Pf.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Selowsky-Cigaretten

Bolero Caruso Zenith

als erstklassig anerkannt!

ZOMAROM

Bouillon-Würfel
der beste und billigste

Nahrungsfabrik „Zomarom“ München, Promenadenstraße 6.
Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Hamburger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

Pelzwaren
jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre, direkt aus der Fabrik. Einzelverkauf zu Engrospreisen.
F. Kalman, Kommandantenstr. 15 I. Kein Laden. Telephon: I 3017.

Zähne 1,50 M.; 10 Jahre Garantie. Fast vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnärztliches Institut, Potsdamer Str. 85 (Hochbahnstation). 9-7 Uhr.

Frack Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Crabb, Tor. Eig. Frack, Gehend 1,50, Gote 1,00, Weite 50 Pf.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-137 am Leipziger Platz



ROSENTHALER STR.

Wir haben in Berlin nur diese 3 Geschäfte
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich
Versand-Abteilung, Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132-37

ORANIEN-STRASSE

Lebensmittel-Angebot

Konserven

Kaiserschoten extra . . . 1/2 Dose 1.25
 Junge Schoten extrafein 1/2 Dose 95 Pf.
 Karotten 68 Pf., 1.00
 Haricots verts extrafein 1/2 Dose 1.25
 Gemischtes Gemüse 1/2 Dose 1.40
 französische Mischung

Gemischt. Gemüse I 1/2 Dose 95 Pf.
 Champignons 1/2 Dose 1.65, 1/2 Dose 90 Pf.
 Mirabellen 1/2 Dose 65 Pf.
 Erdbeeren 1/2 Dose 95 Pf.
 Aprikosen 1/2 Frucht 1/2 Dose 1.10

Kalifornische Früchte

Aprikosen Frucht, Dose 1.95, 1/2 Dose 1.10
 Pfirsiche Frucht, Dose 2.10, 1/2 Dose 1.10

Birnen 1/2 Frucht, 1/2 Dose 2.10, 1/2 Dose 1.10
 Dieselben Früchte in Gläsern Glas 3.00

Majonnaise 1/2 Glas 1.00 1/2 Glas 60 Pf.
 Remouladen-Sauce 60 Pf., 1.00
 Cumberland-Sauce . . . Glas 70 Pf.
 Strassb. Gänseleber-Pasteten
 Terrine . 90 Pf., 1.50, 2.30, 2.90, 3.75

Hummer 1/2 Dose 2.35
 Französ. Ölsardinen
 in verschiedenem Geschmack von
 Philippe & Canaud, Rödel & Fils frères,
 Amieux frères, Arsène Saupiquet.

Kolonialwaren

Java-Reis Pfd 25, 30, 36 Pf.
 Rangoon-Reis Pfd. 16, 20 Pf.
 Weizen-Hartgries Pfd. 20 Pf.
 Glasierte Erbsen gelb Pfd. 23 Pf.
 Victoria-Erbsen Pfd. 17 Pf.
 Grosse Linsen Pfd. 18 Pf.
 Mittel-Linsen Pfd. 14 Pf.

Gem. Backobst Pfd. 38, 50, 65 Pf.
 Pflaumen . Pfd. 26, 30, 40, 45 Pf.
 Entsteinte Pflaumen . Pfd. 40 Pf.
 Kaliforn. Aprikosen Pfd. 75, 85 Pf.
 Kaliforn. Pfirsiche Pfd. 55, 65 Pf.
 Italien. Prünellen Pfd. 75 Pf.
 Italien. Birnen Pfd. 62, 70 Pf.

Back-Artikel

Feinst. Budapester Mehl 26 Pf.
 Feinstes Kaiser-Auszug Mehl Pfd. 20 Pf.
 Weizenmehl 000 Pfd. 17 Pf.
 Süsse Mandeln . Pfd. 1.15, 1.35
 Bittere Mandeln . Pfd. 1.15, 1.35
 Sultaninen Pfd. 68, 85 Pf.

Kaliforn. Sultaninen 58, 70 Pf.
 Korinthen Pfd. 35 Pf.
 Rosinen 52 Pf.
 Citronat und Orangeat Pfd. 52 Pf.
 Selbsttät. Backmehl 1/2 Kilo-Paket 28 Pf.
 Backpulver 1/2 Kilo-Paket 40 Pf. kleiner Beutel 5 Pf.

Ananas zur Bowle und als Kompott.

Präsentkörbe in reicher Auswahl.

Mosel- und Saar-Weine

Ober-Mosel 1/2 Fl. 75 Pf.
 1908 Rüdorfer 1/2 Fl. 85 Pf.
 1908 Pommerener 1/2 Fl. 1.10
 1909 Wiltinger 1/2 Fl. 1.30

1907 Brauneberger 1/2 Fl. 1.50
 1908 Zeltinger Schlossberg 1/2 Fl. 1.80
 1908 Brauneberg. Falkenbg. 1/2 Fl. 2.00
 1906 Bueser Weissenstein 1/2 Fl. 2.30

Rote Bordeaux-Weine

1907 Bas Médoc 90 Pf.
 1907 Chât. La France, Ponsac 1/2 Fl. 1.00
 1904 Chât. Vincent, Margaux . . 1/2 Fl. 1.20
 1905 Chât. Olivier, Léognan . . . 1/2 Fl. 1.40

1907 Chât. Léoville Poyferré,
 Saint Julien 1/2 Fl. 1.60
 1904 Chât. Figéac, Saint-Emilion 1/2 Fl. 1.80
 1904 Chât. Palmer, Cantenac . . 1/2 Fl. 2.00
 1904 Chât. Pichon-Longueville,
 Pauillac 1/2 Fl. 2.60

Rhein-Weine

Rheingauer und Rhein Hessische Weine

1907 Engelstadter 1/2 Fl. 85 Pf.
 1907 Eckelsheimer 1/2 Fl. 1.00
 1907 Niersteiner 1/2 Fl. 1.20
 1907 Rudesheimer 1/2 Fl. 1.30

1906 Nierstein. Scheinbügel 1/2 Fl. 1.50
 1905 Rauenthaler Wachstum: Winzerverein 1/2 Fl. 1.70
 1905 Johannisberger Hölle 1/2 Fl. 2.00
 Wachstum: Winzerverein
 1907 Rudesheimer Berg . . . 1/2 Fl. 2.60

Süd-Weine

Tarragona 1/2 Fl. 80 Pf.
 Feiner alter Tarragona . . . 1/2 Fl. 1.10
 Portwein I 1/2 Fl. 1.60
 Alter Portwein 1/2 Fl. 2.00

Feiner alter Portwein 1/2 Fl. 2.50
 Sherry I 1/2 Fl. 1.60
 Alter Sherry 1/2 Fl. 2.00
 Feiner alter Sherry 1/2 Fl. 2.60

Nur Leipziger Strasse: Feine Kalte Küche

Portionsweiser Verkauf, Arrangements von kalten Buffets sowie jeder Art kalter Platten. Schinken, nach Prager Art garniert, mit verschiedenen Saucen.

Freitag:

Sonnabend:

Fleischwaren

Gänsebrust am Knochen Pfund 1.50, 2.00
 Gänserollbrust . . Pfund 1.50, 2.00
 Schinken Prager Art, ca. 6-10 Pfd. schwer 1.20
 Rollschinken 7-10 Pfd. schwer, Pfd. 1.25
 Mausschinken 2-3 Pfd. schwer, Pfd. 1.20
 Lachsschinken Pariser Art . . Pfd. 1.90
 Prager Schinken 7-10 Pfund schwer tafelfertig, in Dosen zum Warmmachen 1.40, 1.60
 Schinkenspeck in ganzen u. halben Stücken 1.00
 Westfäl. Zerkelatwurst Pfd. 1.60
 Salami- u. Zerkelatwurst 1.20
 Feine Leberwurst Pfd. 95 Pf.
 Landleberwurst Pfd. 95 Pf.
 Rotwurst Pfd. 50, 70 Pf.
 Kasseler Rippespeer 75, 80, 85 Pf.

Obst

Tiroler Äpfel Pfund 10 Pf.
 Rote Hähnchen Pfund 10 Pf.
 Ananas Pfund 53, 70 Pf.
 Feigen Kistchen 18 Pf. Edelobst in 10 Pfd.-Kartons

Gänse Pfund 58, 65 Pf.
 Enten, Hühner, Fasane zu billigen Preisen.
 Starke Hasen gestreift 2.80

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

Frisches Fleisch

Filet u. Roastbeef Pfd. 1.00, ausge-schält 1.40
 Schmorfleisch Pfd. 90 Pf.
 Roulade Pfd. 1.00
 Gulasch Pfd. 70 Pf.
 Kamm und Brust . . Pfd. 80 Pf.
 Gehacktes Pfd. 60 Pf.
 Schinken . Pfd. 70, geteilt 75 Pf.
 Kamm u. Schuft . . Pfund 75 Pf.
 Pökelschinken Pfund 75 Pf.
 Eisbein (Dickbein) Pfund 70 Pf.

Rückenfett Pfund 60 Pf.
 Liesen Pfd. 70 Pf.
 Schweine-Kotelettes Pfd. 90 Pf.
 Hammelkeule Pfd. 75, geteilt 80 Pf.
 Dicke Rippe Pfd. 65 Pf.
 Dünning Pfd. 50 Pf.
 Kalbskeule u. Nierenbraten Pfd. 1.00, geteilt 1.10
 Brust Pfd. 90 Pf. bis 1.00
 Kamm und Bug . . . Pfd. 80 Pf.

Räucherwaren

Bücklinge Kiste 38 Pf.
 Bücklinge 4 Stück 10 Pf.
 Sprotten Pfund 30 Pf.
 Sprottbücklinge Pfund 40 Pf.

Käse

Schweizer Käse Pfund 72 Pf.
 Edamer Käse Pfund 75 Pf.
 Tilsiter Käse Pfund 48 Pf.

Frisches Gänsefleisch

Keulenfleisch Pfund 80 Pf.
 Stückenfleisch Pfund 55 Pf.
 Rumpfe Pfund 80 Pf.
 Keulen Stück 58 Pf.
 Gänsefett Pfund 95 Pf.
 Hautfett Pfund 70 Pf.
 Gänseklein mit Magen 70 Pf.

Nur Leipziger u. Rosenthaler Str.:

Fluss- u. Seefische

zu billigsten Preisen

Ständiger Verkauf:

Zigaretten

Orla mit Mundstück . 100 Stück 1.00
 Franja ohne Mundst. 100 Stück 1.30
 Basma Goldmundstück 100 Stück 1.50
 Luxor Korkmundst. 100 Stück 2.00
 Aroma Goldmundst. 100 Stück 2.85

Zigarren

in geschmackvoll ausgestatteten Kistchen. Zu Geschenken geeignet

Robinetta mit Ring 25 Stück 1.50
 Regenta mit Ring . . 25 Stück 2.00
 Donna Clara mit Ring 25 Stück 2.50
 Tributa mit Ring . . . 25 Stück 3.00
 Peria Real mit Ring, 25 Stück 4.50
 La Presa 50 Stück 2.50
 Juwel 50 Stück 3.00
 Brillant 50 Stück 3.50
 Graciosas 50 Stück 4.00
 Soberano 50 Stück 5.00

Am nächsten Sonntag sind unsere Geschäftshäuser von 1 Uhr an geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

38. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michalek eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es erfolgt zunächst die Einführung und Verpflichtung des zum befohlenen Stadtrat gewählten bisherigen Bürgermeisters in Elbing Gauße.

Zum Bürgerdeputierten für die Armenverwaltung wird mit 63 von 84 Stimmen Geh. Sanitätsrat Dr. Stern, Potsdamer Straße Nr. 126, gewählt; 12 Stimmen fallen auf Sanitätsrat Dr. Reimann, Königsstraße 20; unbeschrieben sind 8 Zettel. Ueber die Vorlage betr. die

Organisation der Hilfschulen für schwachsinige Gemeindegemeinschaften

Hat Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) den Ausschussbericht erstattet. Nach den Ausschussvorschlägen sollen in eine Vorklasse, der die ein Jahr lang die unterste Klasse der Normalschule ohne Erfolg besuchenden Kinder zu überweisen sind, auch solche Kinder vor Ablauf eines Jahres zugewiesen werden, die sich nicht geeignet für den Unterricht in der Normalschule erweisen. In die Hilfschule sollen Kinder, die zweifelslos schwachsinig sind, ohne weiteres aufgenommen werden können. Die Lehrkräfte an den Hilfschulen sollen nach dem Ausschussvorschlag wöchentlich zwei Stunden weniger Pflichtunterricht zu erteilen befugt sein, um ihnen die ihnen obliegende, besonders schwere Aufgabe zu erleichtern.

Stadtv. Dr. Knauer (A. L.) tritt für den letzteren Vorschlag sehr lebhaft ein, während

Stadtv. Ulrich (A. L.) einen von fast der gesamten Fraktion gestellten Antrag empfiehlt, diesen Ausschussvorschlag abzulehnen und die Pflichtstundenzahl der ohnehin schon bevorzugen Hilfschullehrer gegenüber derjenigen der Normalschullehrer nicht zu vermindern. Nebenher bemängelt Redner, daß 25 Proz. der Lehrer, welche noch Nebenunterricht erteilen, auswärts wohnen.

Stadtschulrat Dr. Fischer bittet ebenfalls um Ablehnung des Ausschussantrages.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Auch der Stadtschulrat hat anerkannt müssen, daß die Aufgabe der Hilfschullehrer eine besonders schwere ist. Vor allem würde die Annahme des Antrags Ulrich eine Verschlechterung des für diese Lehrer bestehenden Zustandes bedeuten, denn bisher genossen sie das Vorrecht dieser Ermäßigung der Pflichtstundenzahl.

Stadtv. Manasse (Soz.): Daß die 12 000 M., die die Sache mehr kosten würde, ausfallgebend sein könnten, kann ich nicht glauben. Auch der Stadtschulrat muß als Pädagoge sich sagen, daß den Hilfschullehrern diese zwei Stunden zu geben sind. Mit den 300 M. Remuneration kann doch die ganze Sache nicht abgehandelt sein, das Maß ihres körperlichen und seelischen Müdens wird durch den schweren Dienst voll und ganz in Anspruch genommen, wo es sich um ein so schwieriges Menschenmaterial handelt. Man kann daher nicht auch von „nur“ 14 Kindern reden, die ihnen durchschnittlich zugewiesen werden sollen. Auch die Herren, welche außerhalb wohnen, sind nicht aus fiskalischen Gründen hinausgezogen, sondern weil eben ihre ganze Kraft bis zur Erschöpfung von ihrem besonderen Amt in Anspruch genommen wird. Ich glaube nicht, daß der Magistrat an diesem Punkte die Vorlage scheitern lassen will. Wenn die anderen Lehrer den Hilfschullehrern die zwei Stunden nicht gönnen, so kann dieser Neid des „lieben Nächsten“ auch nicht maßgebend sein.

Stadtv. Dr. Knauer beharrt dabei, daß die Erhöhung der Pflichtstundenzahl eine Ungerechtigkeit sein würde. Für diese schweren Dienst eignen sich nur die Altesten. Man solle es bei 25 wöchentlichen Pflichtstunden belassen.

Nach einer Erwiderung des Stadtv. Ulrich wird der Ausschussantrag vom Vorstand für abgelehnt erklärt.

Gegen diese Konstatierung wird aus der Versammlung Widerspruch und das Verlangen der Gegenprobe laut.

Als der Vorsitz sich geneigt zeigt, die Gegenprobe zu veranlassen, erhebt Stadtv. Cassel dagegen Protest. Der Vorsitzende bemerkt, daß es sich nur um eine Differenz von zwei Stimmen gehandelt hat, wird aber vom Bureau informiert, daß es sich um sechs Stimmen Differenz gehandelt hat. Nunmehr lehnt er die Vorname der Gegenprobe ab, obwohl die Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortsch.) und Borgmann (Soz.) es ausdrücklich beantragen und letzterer noch konstatiert, daß von einer Geflogenheit, wie sie Stadtv. Cassel behauptet, nicht die Rede sein könne.

Stadtv. Stadthagen (Soz.) verlangt zur Geschäftsordnung das Wort, wird aber von lärmenden Zurufen unterbrochen. Der Vorsitzende verweigert ihm das Wort. Stadthagen beantragt unter sich immer mehr steigendem Lärm, der Versammlung namentliche Abtötung, was der Vorsitzende ebenfalls ablehnt. Für die Ausfertigungen: Das können Sie mir doch nicht verweigern“ und „Sie müssen doch wissen, was in der Geschäftsordnung steht“, wird Stadtv. Stadthagen zweimal zur Ordnung gerufen. Der Vorsitzende erklärt, der Antrag könne nicht mehr gestellt werden. Unter fortwährendem, betäubendem Lärm setzen sich der Vorsitzende und Stadthagen noch weiter auseinander. Schließlich läßt der Vorsitzende über die Vorlage im ganzen durch Hände aufheben abstimmen; die Vorlage wird mit der vorhin beschlossenen Veränderung angenommen.

Es liegen ferner vor: 1. der Vorwurf zum Neubau einer Gemeindegemeinschaft nebst einer Abteilung für Nebenklassen und einen Strafreinigungsdepot in der Duxerstraße nördlich der Ringbahn; 2. das spezielle Projekt zum Neubau einer Gemeindegemeinschaft und Abteilung mit 12 Nebenklassen nebst Lehrerwohn- und Stabesamtsgebäude auf dem städtischen Grundstück Antonstraße 10-15.

Unter fortwährendem allgemeiner Erregung und Unruhe nimmt

Stadtv. Borgmann das Wort, um für die erstere Vorlage Ausschussberatung zu beantragen. Er kann sich aber zuerst absetzen nicht verständlich machen; als Stadtv. Borgmann (Soz.) ruft: „Ruhig, Cassel, Sie haben nicht das Wort!“ entsteht stürmische Heiterkeit, worauf sich allmählich etwas Ruhe einstellt. Borgmann führt aus, daß seinerzeit bei Erwerbung des Terrains in jener Stadtgegend der Hoffnung Ausdruck gegeben worden ist, dort eine Schule errichtet zu sehen, welche allen modernen Anforderungen genügt. Aber der Entwurf lasse mit Bedauern wahrnehmen, daß diese Hoffnung nicht erfüllt sei. Für das Lehrerwohngebäude und das Strafreinigungsdepot würden 100 Quadratmeter gebraucht und von dem eigentlichen Schulgrundstück abgetrennt. 120 000 M. allein für den Grundwerb auszugeben, scheine auch nicht zweckentsprechend. Die innere Einrichtung unserer Schulen sei auch manchmal viel zu dürftig ausgestattet; darüber müsse man sich einmal gründlich aussprechen.

Nach einer Erwiderung des Magistratsbureaus Mahdorff wird der Antrag Borgmann angenommen.

Vom Stadtv. Brunsow (A. L.) ist ein Antrag betr. die Befestigung einer neuen Baufluchtlinie für die Neue Königsstraße zwischen Alexanderplatz und Ordonnanzplatz eingereicht worden. Der Antrag wird vom Antragsteller kurz begründet, vom Stadtschulrat Krause wohlwollend aufgenommen und an einen Ausschuss verwiesen.

Der Ausschuss für die Vorlage wegen Nachbewilligung von 50 000 M. für die Entsendung von Kindern in Heim, Heil- und Erholungsstätten ist nach zwei ausgedehnten Sitzungen zu folgendem Resultat gelangt:

Der Antrag Hinz, 200 000 M. entsprechend dem Antrage der Armenverwaltung an den Magistrat nachzubewilligen, ist abgelehnt worden. Der Ausschuss empfiehlt die Bewilligung von im ganzen 75 000 M. mit der Maßgabe, daß die Entsendung der Kinder zunächst in städtische Heimstätten erfolgt. Gleichzeitig soll der Magistrat ersucht werden, mit tunlichster Beschleunigung eine Vorlage zu machen für die Errichtung größerer, einfach ausgestatteter, das ganze Jahr hindurch geöffneter Wälderholungsstätten, ähnlich wie die bestehenden Heimstätten, für kranke, schwächliche sowie lungenkranke Kinder ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts.

Abgelehnt wurde im Ausschuss auch der Antrag der sozialdemokratischen Vertreter, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, zur nachträglichen Bewilligung der über den Etat 1909 hinaus in Höhe von 72 000 M. aus den Staatsmitteln für 1910 verausgabten Beträge.

Die sozialdemokratische Fraktion nimmt diesen Antrag wieder auf.

Stadtrat Münsterberg: Ich habe mit lebhaftem Bedauern festzustellen, daß 72 800 M. aus der Bewilligung für 1910 auf Ausgaben angewiesen worden sind, die von 1909 noch zu decken waren. Die Sache war für uns stets Gegenstand höchster Verlegenheit. Ein älteres Versehen des Bureau hat sich gerächt und fortgesetzt. Ich habe nicht die Absicht, mich hinter die Armenverwaltung oder das Bureau zu verstecken. Ich erkenne an, daß der Vorsitzende sich Kenntnis davon verschaffen mußte, in welchem Umfange die Mittel verbraucht waren oder nicht. Ich muß Indemnität dafür nachsuchen und muß anerkennen, daß, wenn sie nicht erteilt werden sollte, die Stadt berechtigt wäre, mich mit meinem persönlichen Vermögen in Anspruch zu nehmen. Diese für uns sehr verdrückliche Angelegenheit wird hoffentlich durch die vom Magistrat niedergesetzte Kommission endgültig geklärt werden.

Stadtv. Borgmann: Es ist anerkennenswert, daß der Leiter der Armenverwaltung diese Erklärung hier abgegeben hat. So einfach aber liegt die Sache doch nicht, schon weil es nicht das erste Mal war, daß so etwas vorgekommen ist. Unser Antrag ist im Ausschuss mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden. Der Kammerer meinte, die Rechnung für 1909 sei schon abgeschlossen und deshalb eine Nachbewilligung ausgeschlossen. Das kann uns nicht in geringsten ansprechen. Vor allem darf das Recht der Versammlung nicht geschmälert werden. Dem Magistrat mußten doch auch Bedenken aufstehen, daß die im Etat bewilligte Summe so rasch, in wenigen Monaten, ausgegeben werden konnte. Wir haben es unternommen zuerst für unmöglich gehalten, daß auf einen bestimmten Etatmittel die Schulden angewiesen werden, die im Jahre vorher gemacht worden sind; wir waren geradezu „geblöht“, als die Nichtigkeit der Tatsache konstatiert wurde. Im Vorjahre waren fast 175 000 M., die nachgefordert worden waren, nur 100 000 M. bewilligt worden; die 75 000 M., die nicht bewilligt wurden, sind fast genau dieselbe Summe, die jetzt fehlt, und aus dem Etat für 1910 vorweg gedeckt worden ist. Danach war dem Magistrat doch die Tatsache als solche bekannt, und da genügt es nicht, wenn der Vertreter der Armenverwaltung die Sache allein auf seine Tasche nimmt. Es wird dadurch die Schuld von dem Magistrat nicht vollständig abgenommen; der Magistrat ist uns doch in seiner Gesamtheit verantwortlich und darf sich nicht hinter den Leiter der Armenverwaltung verschütten. Der Kammerer ist die Tatsache, die dafür zu sorgen hat, daß solche Dinge nicht vorkommen können. Das Geldbewilligungsrecht der Versammlung muß unter allen Umständen gewährleistet sein.

Kammerer Dr. Steiniger: Ausgerechnet der wertvolle Kollege Borgmann als Staatswächter, das war mir noch nicht vorgekommen. Herr Borgmann stimmt doch gegen den Etat; warum ist er jetzt auf einmal so furchtbar erdittert. (Zuruf von Borgmann: Ach, ist das ein fauler Witz!) Also meine Freude ist wieder umsonst, als Bundesgenossen kann ich Herrn Borgmann nicht begrüßen. Herr Borgmann will einfach mehr Geld für diesen Zweck; er will 75 000 M. mehr für 1910, weil bereits 1909 soviel mehr ausgegeben ist. Sie haben ja den Vorteil davon schon früher gehabt. (Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die materiellen Erwägungen zwingen zu ganz anderen Schlüssen. Ihr Staatsrecht ist insofern zweifellos verletzt, als wir 1909 Verpflichtungen übernommen haben, für die kein Geld da war. Das führt aber nur dahin, daß Sie bei Prüfung der Rechnungen für 1909 energisch erklären können, Sie wollen sich das nicht gefallen lassen. Doch der Sachverhalt dem Magistrat bewußt gewesen wäre, muß ich als unzutreffend zurückweisen.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Herren wollen die 72 800 M. für 1910 retten; damit würde sich aber der Magistratsantrag erledigen. Die Frage, wieweit der Magistrat verhaftet ist für das vorgekommene Versehen, ist eine reine Rechtsfrage, die sich im Augenblick nicht entscheiden läßt. Sind Versehen vorgekommen, so ist auch das Kollegium dafür verantwortlich. Wenn der Stadtv. Borgmann behauptet, der Magistrat habe von dem Tatbestande gewußt und ihn bei Einführung seiner Vorlage verschwiegen, so muß ich diesen sehr schweren sittlichen Vorwurf aufs allerbestimmteste zurückweisen. Der Magistrat war vollständig in gutem Glauben, als er die Vorlage machte.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Aus der Erklärung des Oberbürgermeisters erfahren wir, daß der Dezerneer sich nicht vor Einbringung der zweiten Vorlage vergewissert hat, ob sich jene Unregelmäßigkeiten wiederholt hatten oder nicht. Danach müssen wir zum Magistrat als solchem das Vertrauen haben, daß er nun nach dem Rechten sieht, damit wir nicht wieder falsch begründete Vorlagen bekommen. Der Kammerer sollte seinerseits nicht so spöttisch über das Staatsrecht der Versammlung sich äußern. (Lebhafte Zustimmung.) Bei Vorlegung der Rechnungen müssen wir ja selbstverständlich auf die Sache zurückkommen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Nathan tritt ebenfalls dem Stadtv. Borgmann hinsichtlich der Wahrung des Staatsrechts zur Seite und dem Kammerer entgegen. Sodann geht er ausführlich auf die Bedürfnisfrage ein und macht unter scharfer Kritik der gegenwärtigen Handhabung der Entsendung eine Reihe von Reformvorschlägen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Kammerer soll sich unsere Köpfe nicht zerbrechen, wir können unsere Stellungnahme vor unseren Wählern und vor den verständigen Mitgliedern dieses Hauses (Heiterkeit; leise Mahnung des Vorsitzenden) durchaus verantworten. Der Kammerer hätte am allerwenigsten Veranlassung, uns gegenüber einen solchen Schulmeisternden Ton anzuschlagen. Nachdem der Vorsitzende der Armenverwaltung hier öffentlich pater peccavi gesagt hat, müssen wir ihn bitten, in daselbe die Armenverwaltung bei der Abwicklung der Geschäfte einzuschließen und seine Beamten etwas mehr Eifer prästieren zu lassen. Es liegen Beispiele ungläubiger Verzerrung der einzelnen Leberweissungsfälle vor. In unseren Heimstätten stehen gegenwärtig die Plätze leer; in Blankenburg sind 38, in Heinersdorf 69 Plätze, also zusammen 107 Plätze frei, während 1700 Kinder darauf warten, in die Heimstätten aufgenommen zu werden! Sind es konstitutionelle Bedenken, die den Stadtrat Münsterberg zurückhalten? Solche Bedenken würden hinsichtlich der Verlast der Chef der Armenverwaltung, so soll der Oberbürgermeister mit einem kräftigen Donnerwetter in die bürokratische Wirtschaft hineinfahren. (Heiterkeit, Beifall und Unruhe.) Unsere städtischen Heimstätten sind nicht bloß „bergnützte Krankehäuser“, nicht bloß Erholungsstätten; sie erfreuen sich eines respektablen Ansehens; straflos, mit Lungenentzündungen im ersten Stadium befallene Kinder können dort gar nicht besser aufgehoben sein. Allerdings für Kinder mit Knochen, Drüsen, Gelenktuberkulose

sind unsere Heimstätten nicht geschaffen; dafür brauchen wir sanatorienartige Heimstätten, die wir noch nicht haben, und so lange wir sie noch nicht haben, können wir Hohenlychen und Leiden noch nicht, vielmehr herrscht eine bedauerliche Zersplitterung Ausschuss erhabenen Einwürde sind nicht fehlhaltig. Eine übersichtliche Organisation besteht auf dem Gebiete der Kinderfürsorge leider noch nicht vielmehr herrscht eine bedauerliche Zersplitterung vor; eine methodische Organisation würde auch die planlose Verwendung der Gelder hintanhalten. Dieser Gesichtspunkt steht auch mit der Frage der Schaffung der Stellung eines städtischen Obermedizinalrats in Zusammenhang. Nehmen Sie unseren Antrag an!

Stadtv. Cassel: Wir sind für diesen Antrag nicht zu haben. Wir würden eine solche Nachbewilligung machen müssen, wenn sie nötig wäre; da aber der Ausschuss über die Magistratsforderung von 50 000 M. mit 25 000 M. hinausgegangen ist, sehen wir keine Veranlassung ein, noch neue 72 800 M. zu bewilligen. Die besprochenen Vorgänge haben uns in großes Ersäunen und in Enttäuschung versetzt; wir können uns da dem Kollegen Mommsen nur anschließen. Die lokale Erklärung des Stadtrats Münsterberg ist für uns nicht besonders erheblich, denn das nehmen wir an, daß er geglaubt hat, daß die Mittel aufgewendet werden mußten. Die Gefahr eines Regressanspruches ist also nicht vorhanden. Nach den lokalen Erklärungen des Oberbürgermeisters kann ich auch dem Magistrat keinen Vorwurf machen. Das Versehen des Vorsitzenden der Armenverwaltung müssen wir sehr stark bemängeln. Wir müssen verlangen, daß der Etat so behandelt wird, wie er aufgestellt ist; wir müssen vermeiden, daß der Vorwurf erhoben werden kann, daß eine uns gemachte Vorlage falsche Angaben enthält. Wir hätten ein solches Vorkommnis, das das auf einen wenig schönen Eindruck machen muß, in der Tat nicht für möglich gehalten.

Oberbürgermeister Kirchner: Eine Magistratskommission ist mit der Regelung der Sache beauftragt; sie wird auch die von den Kollegen Nathan und Wehl geltend gemachten Gesichtspunkte zu erwägen haben. Eine gewisse Beschleunigung wird einzutreten haben. Die Armenverwaltung geht von der Meinung aus, daß sie die Verpflegung nicht einleiten kann, solange ihr keine Mittel zur Verfügung stehen; das wird aber geschehen, wenn Sie heute die besprochenen Mittel bewilligen, und jede tunliche Beschleunigung soll Platz greifen. Gewisse Grundfälle für die Entsendung in die Hospize usw. und in unsere Heimstätten werden aufzustellen sein. Zur Verhütung erkläre ich, daß es uns völlig fernliegt, gegen Hohenlychen und die Sechspjäger irgendein Vorurteil zu hegen; es wäre geradezu eine Torheit, wenn man diese aus der Privatwohlthätigkeit geschaffenen ausgezeichneten Einrichtungen beiseite setzte. Die Ausschussanträge liegen ja in derselben Richtung, indem sie den Betrag erhöhen und die Entsendung nur „tunlichst“ in die städtischen Heimstätten zu verlegen vorschlagen. Ich werde mich bemühen, für möglichst schnelles Arbeiten in der Kommission zu sorgen. (Beifall.)

Stadtv. Rejzenow (A. L.) spricht sich für die Ausschussanträge aus und erkennt die lokale Haltung des Oberbürgermeisters an. Den Antrag Borgmann könne die Fraktion nicht annehmen, obwohl ja manches für ihn spreche; einzuweisen werde man mit den 75 000 M. ankommen. Die Wiederholung des Staatsrechts der Versammlung müsse aufs schärfste gerügt und die Haltung des Kammerers als ganz ungehörig bezeichnet werden. Wie komme er zu Anspielungen auf die politische Stellung? Man habe ja auch ihn nicht auf seine politische Richtung näher untersucht. Der heutige Tag sei in der Berliner Stadtverwaltung kein Ruhmesblatt.

Stadtv. Borgmann: Wir haben eine gute Meinung von der Verwaltung gehabt, wir haben einen solchen Vorgang zuerst für unmöglich gehalten. Trotzdem kommt der Kammerer daher und versucht diesen Standpunkt zu verwirklichen. Er spricht wie ein neugeborenes Kind (Heiterkeit). Muß ich ihn daran erinnern, wie wir Jahrzehnte lang, schon lange vor ihm im Staatsauschuss in erstklassiger Weise mitgearbeitet haben? Im Rechnungsanschuss erhalten meine Freunde ebenfalls eifrige Tätigkeit; diesmal geht hier der Kammerer mit unseren Freunden zusammen und hat sogar von ihnen Belehrungen entgegengenommen (Heiterkeit). Um so weniger hat er ein Recht, sich mit der Argumentation hören zu lassen, daß wir den Etat ablehnen. Die Absicht, die Sache damit auf ein anderes Gebiet hinüberzuspielen, ist ihm daneben gelungen, und die Zurechtweisungen, die er sich geholt hat, hat er redlich verdient. Der Kammerer wollte mich auch ins Unrecht setzen, indem er ausführte, wir hätten eigentlich schon früher Gelegenheit gehabt, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, nicht erst in der letzten Ausschusssitzung. Auch dieser Vorwurf ist unberechtigt und nur erhoben worden, weil ein besserer nicht zu erheben war. Dem Oberbürgermeister erwidere ich, daß unser

Entscheid ungewöhnlich zum Ausdruck

kommen muß; darauf läuft unser Antrag in erster Linie hinaus, und wenn das die Nebenwirkung hat, daß uns auch die Summe aus 1909 zur Verfügung steht, so ist das durchaus erfreulich, wie wir ja denn auch unseren früheren Antrag wegen der 200 000 M. nicht mehr eingebracht haben, sondern eventuell uns mit den 75 000 + 72 800 M. begnügen wollen. Eine Schwierigkeit, diese 72 800 M. auszubringen, kann ich angesichts des Staatsüberschusses aus 1909 nicht entdecken; es wäre ja merkwürdig, wenn wir uns mit einem Ueberschuß von 6 bis 8 Millionen brüsten, und in Wirklichkeit nicht einmal die Schulden des Etats von 1909 bezahlt sind.

Der Magistrat ist, nachdem er von dem Chef der Armenverwaltung eine solche Erklärung erhalten hat, eigentlich aus seiner Verbindlichkeit heraus; dennoch bleibt es ungläublich, daß ein solches Verfahren eingeschlagen werden konnte. Der Kammerer hat sich lediglich in die Kasse gesetzt; eine Probe, die ich ihm von Herzen gönne! (Heiterkeit und Beifall.)

Stadtv. Sachs (A. L.): Die „Nebenwirkung“ des Antrags Borgmann kommt doch sehr deutlich zum Vorschein, indem er auf den Ueberschuß aus 1909 verweist. Das zu prüfen wird Zeit sein, wenn uns die Rechnungen vorliegen. In der Rechnung des Kollegen Dr. Wehl steht ein Irrtum, die Zahl der Kinder, um die es sich hier handelt, ist lange nicht so groß; er übersieht die vielfachen Prolongationen. Der Fragebogen sollte einmal gründlich geprüft und revidiert werden; es genügt nicht, daß der Arzt die Entsendung für notwendig erklärt, sondern es muß gefragt werden, ob das Leben des Kindes in Gefahr ist, wenn es nicht entsendet wird. Damit schließt die Beratung. Es ist beantragt, noch heute eine dritte Lesung vorzunehmen.

Der Antrag Borgmann wird abgelehnt, die Ausschussanträge angenommen.

Darauf erhält zur Begründung des Antrags auf Vornahme einer dritten Lesung das Wort

Stadtv. Stadthagen: Wenn man einen solchen Antrag stellen will, muß man das Wort zur Geschäftsordnung haben. Ich habe vorhin von meinem Recht leider nicht Gebrauch machen können, weil der Vorsitzende erklärte, er gebe mir das Wort zur Geschäftsordnung nicht, obwohl es sich um eine zweifelhafte Abstimmung handelte. Ich mußte diesen Antrag stellen für den Fall, daß der Ausschussantrag nicht angenommen werden würde. Da dies nicht geschehen ist, so unserer Freude der Ausschussantrag vielmehr angenommen worden ist, ziehe ich den Antrag zurück. (Große Heiterkeit.)

Der für den Verkauf des städtischen Schenkenviertelgeländes eingesehene Ausschuss beantragt, ihn zu ermächtigen, auch anderweit, nachträglich eingegangene Angebote, so die Ueberlassung im Erbbaurecht für 5 Millionen, in Beratung zu nehmen.

Nach kurzer Berichterstattung durch den Referenten Stadtv. Gronwald (A. L.) wird die Ermächtigung erteilt.

Um 1/10 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Hunger nach weiblicher Arbeitskraft.

Kaſt jede Erhebung über die Zahl der beſchäftigten Arbeitskräfte in der Induſtrie zeigt eine Zunahme des weiblichen Geſchlechts an der Geſamtbelegſchaft. Obwohl das Jahr 1900 teiſweise noch ſtark im Zeichen der Deſpreſſion und des Mangels an Beſchäftigung ſtand, hat die Zahl der beſchäftigten weiblichen Perſonen in einzelnen Berufen doch ſtark zugenommen. Im Vergleich mit dem Vorjahre ergeben ſich folgende Geſamtziffern. Es wurden Fabrikarbeiterinnen gezählt:

	1903	1910
Kinder unter 14 Jahren	5 885	5 376
Mädchen von 14—16 Jahren . . .	150 685	156 263
Arbeiterinnen über 16 Jahre alt . .	1 150 083	1 190 241
Insgesamt	1 306 653	1 351 880

Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte iſt demnach um 45 804 gleich 3,5 Proz. geſtiegen. Bemerkenswert iſt ferner, daß auch die weiblichen Jugendlichen ihre Quote an der Geſamtbelegſchaft ſteigern, während die männlichen Jugendlichen darin zurückbleiben. Wie aus der Aufſtellung hervorgeht, iſt die Zahl der weiblichen Kinder in den Fabriken um 7 geſunken, bei den männlichen Kindern ergibt ſich aber ein Rückgang von 6077 auf 6169 oder um 508 Köpfe; und während die Zahl der weiblichen Jugendlichen im Alter von 14—16 Jahren um 5605 oder 3,7 Proz. zunahm, ſtieß die der

männlichen Jugendlichen nur von 296 274 auf 298 446, ſie hat ſich alſo faſt gar nicht verändert. Die Domäne der Frauenarbeit iſt das Textilgewerbe, in dem die Zahl der weiblichen Beſchäftigten ſogar die der männlichen überſteigt. Im Jahre 1900 waren nicht weniger als 412 089 erwachſene und 62 304 jugendliche weibliche Arbeiter, alſo über ein Drittel aller weiblichen Beſchäftigten überhaupt tätig. Auch im Bekleidungs- und Reinigungs-gewerbe bilden die weiblichen Beſchäftigten die Mehrheit; ihre Zahl war hier 283 452, was etwa einem Fünftel aller Fabrikarbeiterinnen entſpricht. Weitere 190 081 Frauen und Mädchen ſind in der Induſtrie der Nahrungs- und Genußmittelbranche beſchäftigt. Die übrigen Gewerbegruppen weiſen verhältnismäßig kleinere Ziffern auf. Es kommen auf die Metallverarbeitung 73 925, auf die Induſtrie der Steine und Erden 73 066, auf die Papierinduſtrie 64 863 und auf die Induſtrie der Maſchinen, Werkzeuge und Inſtrumente 53 214 weibliche Beſchäftigte. Selbſt im Bergbau- und Hüttenweſen, dem vielleicht für die Frau wenigſt geeigneten Gewerbe, ſind immer noch 18 145 weibliche Arbeiter tätig. Die wenigſten Frauen, nämlich nur 490 inkl. der Jugendlichen, ſind im Baugewerbe beſchäftigt.

Der Hunger nach weiblicher Arbeitskraft alſo das billigere Ausbeutungsobjekt ſteigt anſcheinend mit dem Erſtarren der Gewerkschaften. Daraus erwächſt dieſen das Problem des Grundſatzes der gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit praktiſch durchzuführen. Das eine iſt ſicher — und das müßten die Arbeiterinnen beherzigen —, ohne Anſchluß an die zuſtändige Organiſation können ſie

nicht erreichen. Unorganiſiert fördern ſie ihre eigene und die Ausbeutung ihrer Berufskollegen, unterſtützen ſie die Beſtrebung des profitgierigen Kapitals.

„Logierhäuſer für Frauen. Ueber „Die Notwendigkeit der Errichtung von Logierhäuſern für Frauen“ ſprach B. W. Radereth in London. Der Redner erklärte, daß ehrbare Frauen, weil ſie kein anſtändiges Unterkommen finden, ſich lieber in das Hampstead-Feberhoſpital begeben und die Gefahr der Anſteckung auf ſich nehmen, alſo ſich in einem der gewöhnlichen Logierhäuſer zu begeben. Andere laſſen ſich auf einer Poſteiwache eine Zelle anweiſen. Er erzählte von einem Geſtalt, der 69 Logierhäuſer habe, worin nur ein einziges Bett für eine anſtändige Frau brauchbar ſei. Die Frauen in den gewöhnlichen Logierhäuſern haben alle ihre Kleider gemeinſam. Ihr Leben iſt das der größten Gemeinſchaftlichkeit, das heute in England beſteht.“

Die vom Londoner Graſchaftsrat eingerichteten Unterluſtuhäuſer würden nach 10.45 abends nicht mehr konſtruiert. Nur ein einziges großes Heim für ehrbare Frauen, das von einer Privatſtiftung (Shaftesbury Inſtitute) unterhalten werde, ſei vorhanden. Noch ſchlimmer ſei es vielfach in den Provinzialſtädten. So gebe es in Nottingham 31 Schlafhäuſer für Männer, 31 für beide Geſchlechter, für Frauen allein keines. — Zur Abhilfe forderte der Sekretär der Vereinigung für Frauen-Logierhäuſer die Schaffung eines großen Gemeindegartenes „Morton-Hauſes“ für Frauen und die Unterhaltung zahlreicher kleinerer Heime durch Vereinstätigkeit. — So in der reichſten Stadt der Welt!

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 16. Dezember:
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Kelter-
hauer von Nürnberg. (Anfang
7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Der
Stampos.

Neues Königl. Opernhaus.
Deutsches Sarrasin.
Kammerſpiele. Gamin. (An-
fang 8 Uhr.)

Berliner Theater. Der ſcharfe Jun-
ker. Wenn der junge Wein
blüht.

Neues Schauspielhaus. Wann
kommst du wieder?
Komische Oper. Hoffmanns Er-
zählungen.

Wetken. Das Puppenmüdel.
Kleines. Verſtiegene Frauenzimmer.
1. Akt.

Neues Theater. Der G. m. h. Tenor.
Trianon. Der heilige Gai-
n. Residenz. Der Unterpräſekt.

Thalia. Polniſche Biſchofs-
ſchiller u. Sarrasin. (Theater.)
Sodom's Ende.

Ch. u. Charlottenburg. Die
Nacht der Finſternis.

Friedrich-Wilhelmſtädtiſches.
Hoffgung.

Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Lustspielhaus. Der Feldherrn-
hügel.

Luisen. Müdides Reife nach Indien.
Modernes. Der Doppelmenſch.
Herrnfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Derbſieger.

Volkstheater. Der Freſchütz. (An-
fang 8 1/2 Uhr.)

Wolke. Die Anna-Liſe.
Folies Caprice. Der Feldweibel-
hügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hurra — Wir leben
noch!

Kaffee. Julie Wippen.
U. u. u. Spezialitäten.

Voigt. Die Barbaren.
V. u. u. Spezialitäten.

Reichshallen. Steinerer Sönger.
Wintergarten. Spezialitäten.

Walhalla. Bravo! Bravo! (An-
fang 8 1/2 Uhr.)

Sandſpiel. So müd' gemacht.
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Karl Haverland. Spezialitäten.
Urania. Taubenſtraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Profefſor v. Heſſe-
Wartegg: Städte und Länder
der Kronprinzenreiſe.

Ordnung 6 Uhr: Vortrag vom
Stiftungs-Jahrs der Berliner
Gewerbeausſtellung 1879.

Sternwarte. Invalidenſtr. 57—62.
9 Uhr:

Lessing-Theater.
8 Uhr: Wenn der junge Wein
blüht.
Sonabend 8 Uhr: Anatol.
Sonntag 8 Uhr: Anatol.

Berliner Theater.
Gente: Der ſcharfe Junker. 8 Uhr.
Morgen: Der Taktſman.

Neues Theater.
Täglich:
Der G. m. h. Tenor.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
8 Uhr: Das Puppenmüdel.
Ritro. u. Sonab. 4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Die geſchiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmeaſch.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:

Der Feldherrnhügel.
Friedrich-Wilhelmſtädtiſches
Schauspielhaus.

Freitag, 16. Dezember, abends 8 Uhr:
Hoffgung.

Sonabend nachm. 8 1/2 Uhr: Die
Herrmannſchlacht.
Sonntag nachm. 8 Uhr: Jant.
8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Geheimrat Prof. v. Heſſe-Wartegg
**Städte und Länder der
Kronprinzenreiſe.**

Hörſaal 6 Uhr:
Vortrag vom Stiftungsfonds der
Berliner Gewerbeausſtellung 1879.

Kaiser-Panorama.
4. Reife am ſchönen Rhein.
Besuch v. Berchtesgaden,
Salzbergwerk-Königssee etc.
Eine Reife 20 U. Kind nur 10 U.
Abonnem. 1 M. Kauf. Abonnenten.

Berliner Volkstheater
Telle-Blancſtraße 7/8. — 1/2, 9 Uhr:

Der Freſchütz.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:

Der Unterpräſekt.
Schwan in 3 Akten v. Leon Gandillot.
Morgen und folgende Tage: Der
Unterpräſekt.

Luisen-Theater.
Premiere! Premiere!
Müdides Reife nach Indien.

Großes romantiſch-phantastiſches An-
ſtaltungsſtück mit Geſang und große
Ballettſzenen in 11 Bildern von
Frederic Ernst Wilhelm. Ruſſi von
H. Leſeſce.

Sonabend nachm. 4 Uhr: Jberg
Rafe. Abends 8 Uhr: Der Regiſtrator
auf Reifen.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Pregioſa.
8 Uhr: Müdides Reife nach Indien.
Montag: Reineinſtudierung: Hamlet.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!

Große Anſtaltungsſzene in 7 Bildern
v. J. Freund. Ruſſi v. H. Holländer.
In Szene geſetzt von Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr — Rauchen geſtatet.

Apollo Theater
85 8 Uhr:
10 neue große Attraktionen 10
9 Uhr:

Bellini
das telepathiſche Phänomen.
Eiſe Terry. Operetten. Dwa zu
Werde u. a. m.

WINTERGARTEN
7, 6, 5

Liane d'Eve
Excentrique française
in ihrem Transformationsakt:
Vor und hinter den Kulissen

Mlle. Denabers
Luftballonsfahrt
über den Köpfen des Publikums,
und eine Auslöſe der
anerkanntesten Kunſtkräfte
dreier Weltteile.
Ranchen geſtatet!

Herrnfeld Theater
Der größte Schläger
der Theater-Saison 1910.
Eine verlorene Nacht,
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Vorher: Der Derby-Sieger. Anf. 8 Uhr.
für die drei Weich-
nachtsſpielertage u.
Billetts vorverkauft,
ſind ſchon zu haben

Billetts

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Sarrasin-Theat).
Freitag, abends 8 Uhr:
Sodom's Ende.

Drama in 5 Akten v. S. Sudermann.
Ende 11 Uhr.

Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Kreuzſchreiber.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finſternis.

Schauspiel in 5 Akten von Leo N.
Lolſtel. Ueberſetzt von H. Löwenfeld.
Ende 10 1/2 Uhr.

Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finſternis.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerſtr. 52. Zimmerſtr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Heute 8 Uhr:
Großes Konzert!
Wochentäglich nachmittags 4—7 Uhr:
Promenaden-Konzert.
Alle Sonn- und
Feſttag

Licht-Spiele
Mozart-Saal — Nollendorfsplatz.
Beginn 6 Uhr.
Josef Giampietro.
Hoffjagd in Springe.
Vorverkauf für den Silveſterball
Beginn am 20. Dezember.

Sport-Palast
Potsdamer Straße 70-72a
Größter Eispalast der Welt
Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen
Feerie „Am Nordpol“ □ 200 Eislauf-Künſtler
Zwei Militär- und Zivil-Kapellen
Restaurant für 6000 Perſonen
Entree 1 M. Unterricht im Eislauf von 11—1 Uhr. Vorm. Konzert
Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung
Jeden Montag, 9 Uhr abends:
Großes Inſtrumental- und Vokal-Konzert, ohne Entree-Auſchlag.
Montag, den 19. Dezember:
Wiederholung der Eröffnungsfeyer des Sport-Palastes
unter Mitwirkung des
Kosleckschen Bläserbundes.
Entree 1,50 M.
Für dieſen Abend, von 7 Uhr ab, ſind alle anderen
Karten des Sport-Palastes aufgehoben.

Excelsior Lichtspielhaus
Rixdori, Bergſtr. 151/152.
Heute:
Vollständig neues Programm.
Anfang 6 Uhr.

Burgtheater-
Feſtſäle und Kineamatograph
norm. Großerſan. Inhab.: Rud. Herz,
Schöndorfer Allee 129. Tel. 8, 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Zwei wechſl. Programm.

Theater „Groß-Berlin“.
Freitag Artuſhof, Moabit.
8 1/2 Uhr:
Mutterſegen
oder: Die Berle von Zauchen.
Entree 30—100 Pf., auf Vorzugskart.
90—60 Pf.

Sonabend Weihenſee: Benefiz
für Käthe Reich: Die Blumentate.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonabend, den 17. Dezember,
nachm. 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
Aſchenbrödel
oder: Der gläserne Pantoffel.
Nach der Vorſtellung:
Große Gratidverloſung.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gai.

Zirkus A. Schumann.

Freitag, 16. Dez., präſte 8 Uhr:
Keine Zirkus-Vorſtellung
ſondern

Kaufführung des Deutſch-Theaters:
König Oedipus
von Sophokles.

Sonabend, den 17. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Grand Solrèe high life.

Auftreten ſämtl. neuen
Attraktionen.
9 1/2 Uhr:

Der große Coup
der
Schmuggler.

Romantiſche Pantomime in
4 Akten.

Theater Sanssouci
Bahnhofſtr. 100/101
8 1/2 Uhr: Gaſpiel Fédia de Férard:

Die ſchönſte Frau
von New York.
9 1/2 Uhr:

Im blauen Licht.
So wird's gemacht!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:

Hedi Herdina.

Norman French.
Und das
große Dezember-Programm!!

Passage-Panoptikum:
Der bearnaiſche
Riese
Dussore!
Ist 110 mm größer als
Machnow
lebend zu ſehen!
Ohne Extra-Einnee!

Folies Caprice.
Der Feldweibelhügel
von Hengſter und Soda Soda
Neuer dunter Teil.

Hotel zur Jungfrau.
Lohnſtr. 100/101

Casino-Theater
Lohnſtr. 100/101. Täglich 8 Uhr.
Das Original Berliner Volkſpiel
Julie Wippen.
Urbekannter Humor!
Im Stille der ehem. Sarrasin-Bühne.
Vorher erſtaunlicher dunter Teil.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Weihnachts.

Karl Haverland-
Theater. Kommandanten-
ſtr. 7/1, u. Theater. Straße 77/79.

Nante Pohlmann
mit ganz neuem Repertoire und
der
Schields, uromiſche.

Zirkus Busch.

Freitag, den 16. Dez., ab. 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend.
Zum 100. Male:
Venezia!

Gr. Original-Manegeſchau-
ſtück des Zirkus Busch. Be-
ſonders hervorzuheben: Das
Ballett unter Waſſer! Großer
Illuſionsakt d. ſingenden Meer-
jungfrauen. Colini-Clairon-Truppe
akrobatiſche Tänze.

Vorher Herr Direktor Pierre
Althoff und Frau Direktor Adele
Althoff mit ihr. exzellentesten
Freiheitsdramaturgen.
Fri. Elizabeth v. Dynar, Schuir.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Die Anna-Liſe.
Hiſtoriſch. Luſtſp. in 5 Akten v. Derſch.
Sonabend nachm. 3 Uhr: Goldhähnchen
Stimmelfahrt. ab. Der Kaiſer-
jäger. Sonntag nachm. 3 Uhr: Im
Jaubertanbe Rätegahis. Abends
8 Uhr: Der Wäſſer u. ſein Kind.

Voigt-Theater
Gelandbrunnen, Badſtraße 58.
Freitag, den 16. Dezember 1910:
Die Barbaren
oder: Weihnachts in Feindeſland.
Luſtſpiel in 4 Akten v. G. Stoblyer.
Raſſeorchſtrung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Walhalla-Theater.
Königsſtr. 72. (Ehe Alexanderſtraße.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Dezember-Allerneuſtes!
Bravo! — Da Capo!
Eine Wermutſ-Reue in 5 Akten
In Szene geſetzt v. Dir. A. Klein
verb. m. neuen Coupletts, Ein-
lagen u. Entlohnungen u. a.

Theater des Weddings
Müllerſtr. 182/183 — Sailerſtr. 35.
Täglich vor außerordentlichem Gaſte:
Abgründe
Drama in zwei Akten von Urban Gad.
Außerdem das neue großartige
Programm.

Königſtadt-Kasino.
Polgmarktſtr. 72. Ehe Alexanderſtraße.
Täglich: Wenn die gold'ne
Weihnacht naht! Beſpiel
mit Geſang, ſowie Extra-Preſent-
itäten: Jan Rodolf, Dieboldſpieler,
Les two Claires, Gymnaſtiker uſw.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
Feiertags 8 1/2 Uhr.

Bosporus
am Moritzplatz.
Das Variete-Konsum-System nur
an Wochentagen gültig.
Entree frei. Sie löſen nur ein
Programm pro Perſon 30 Pf.,
damit haben Sie 1 Glas Bier
bezahlt.
8 Uhr: Das neue
Weihnachts-Variete- Progr.
11—1 Künſtler-Konzert.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sönger.
Weihnachts-Programm!
„Bei Vater'n“
Weihnachtsbild v. Weſſel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Für den Inhalt der Interate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.



Adreßbuch

für
Berlin und seine Vororte

1911

ist
heute erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“,
SW. 68, Zimmerstr. 36-41 zu den bekannten Preisen ausgegeben.

August Scherl.



Das beste u. liebste Geschenk
sind jeder Dame einige
Straußfedern.

Ich habe 1200 Sorten voll am Lager
und verkaufe solche
40 cm lang, 10-15 cm breit für
1 R., 42 cm lang 2 R., 45 cm 3 R.,
15-20 cm breit, 35 cm lang 2 R.,
4 R., 5 R., 50 cm lang 6 R., 8 R.,
10 R. je nach Sortierung.

**Ausgesucht
prima Federn**

Federn 50 cm lang, 20-25 cm breit
12, 15, 18, 25 R., 60 cm lang, 25 bis
30 cm breit 30, 36, 42, 48 R., 75 cm
lang 75 R., 100 cm 100 R.

Von den kurzen Federn in roten, weiß
u. Zilien gemacht, solche kosten 3 m
lang 5 R., 8,50 R., 12 R., 24, m
lang 17 R., 31 R., 52 R. bis 120 R.

Sorten: schwarz, weiß, braun, nerg-
und Kistlerfarbig.

Abfallfedern auf Tappenzügel
50 gr 50 R.

ff. echte Reiherbüchel bis 150 R.
Mit 2000 Sorten zurückgegebene Gut-
blumen u. Blätter 50 Rg. fortirt
5 Rg. Japanseiden u. andere Vögel-
blumen per Dg. 1,20 R., ff. Gold-
blumen, Gold- und Silberrosen
Stück 3 R. 2c.

Verf. keiner Vollen v. Rodnähme
ff. Straußfedern geg. Rel. u. Porto-
erhalt auch zur Wahl. ff. Preisliste
auch über Balmen, Früchte, Stroß-
und Kranzblumen usw. frei.

**Manufaktur künstlicher Blumen
und Straußfederhandlung**

Hermann Hesse,

Dresden, Schöffelstraße
10/12,

Leistungsfähiges Weltgeschäft
dieser Branche.

Offertiere in frischer, nur schöner Ware:

Nur ein Preis!

Fette Gänse 0,65

8-14 Pfund schwer.

Nur allererste Qualität
Gänserümpfe, 1/2 Gänse.

Fette Suppenhühner, jgg. Brathühner,
F. Wegner, 80., Mariannenstr. 34.

Achtung! Zigarrenhändler!!

Einfache, elegante, sowie originelle 1816L*

Zigarren-Weihnachtspackungen

ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 49, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII. 3047.

Tabak - Zigarren - Zigaretten - en gros.

Proletarische Eltern!

Gedenkt bei Euren Weihnachtseinkäufen der
organisierten Thüringer Heimarbeiter. 247/11*

Ausstellung und Verkauf

von
Sonneberger Spielwaren u. Glas-Christbaumschmuck

im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 14/15, im Vestibül und Saal 5 von
Sonntag, den 11. Dezember ab täglich von nachmittags 3 Uhr an.

Einige Berliner Parteigenossinnen und Genossen haben den Vertrieb, der
ohne Zwischenhandel stattfindet, übernommen und laden zu Besichtigung und
Kauf freundlichst ein. **Niederlage: Strelitzer Straße 32.**

Besonders empfehlenswerte Einkaufsquelle für Vereine zu Festbesicherungen
und Verlosungen.

Ohne jede Anzahlung

verkaufe ich **Pianos**

erstklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 130/4*

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 19110.

Auch Sonntags geöffnet.

Vereinszimmer,

gemüßlich, Saal zu Hochzeiten, Fest-
lichkeiten noch einige Tage frei
Neue Königstr. 7.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am
19-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

10 Mark

monatliche Teilzahlung, liefert elegante
Herrengarderobe nach Maß
J. Tomporowski, Schneidermeister,
(Stilige Preise.) Sündenstr. 110.
Auch engl. Damenstoffe u. Paletots.

Arbeiter=

Bekleidung - Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Haupt-
geschäft **Alexanderstr. 12.**
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel Sie sparen Geld! Wenn
Sie
direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur
eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

„Silesia-Bad“

11242* Schlesische Str. 31

Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

Betrifft Herren

welche sich elegant kleiden und doch beim Eink. u. sparen wollen.
Wir empfehlen aus unserer Abteilung fertige Herrengarderobe: Ge-
legenheitskäufe in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese
Stücke sind zum Teil aus feinsten Maßstoffen gefertigt (mit Stoppfutter,
auch auf Seide gefüttert, für jeden Herrn passend am Lager, u. a. r.

Winterpaletots 10.-14.-18.-22.- etc.
Ulster engl. Farben 12.-16.-20.-24.- ..
Jackett-Anzüge 11.-15.-18.-24.- ..
Gehrock-Anzüge 18.-22.-27.-32.- ..

Beinkleider v. N. ö. - an Hochzeits- Anzüge, Uebergangs-Paletots,
Frack-, Smokinganzüge etc. sehr preiswert.

Verteilung von Gesellschafts-Anzügen.

Abonnements-Haus Jägerstr. 11 im Laden

zwischen Friedrich- und Kanonenstraße
Versand- und Abonnements-Abteilung, Sonntag 8-10, 12-2 Uhr geöffnet.

Partei-Angelegenheiten.

Im 6. Kreise

finden am 25. Dezember (1. Weihnachtstags) vier Unterhaltungsabende statt mit durchaus künstlerischem Programm und zwar im Prater-Theater, Kastanienallee 7/9, Ball- und Schieders-Club, Badstr. 16, Parussäle, Müllerstraße 142, Moabiters-Gesellschaftshaus, Willestr. 24. Dieselben sind als Ersatz der in Fortfall gekommenen Matinee gedacht. Anfang 7 Uhr. Billetts 40 Pf. Billetts sind bei den Bezirksführern zu haben; für die Veranstaltung bei Ball- und Schieders-Club außerdem bei Knappe, Grünthaler Str. 6.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zwei Fragen der Kinderfürsorge beschäftigten gestern die Stadtverordneten und führten zu lebhaften Debatten. Es handelte sich in dem einen Fall um die Einrichtungen zum Unterricht geistig zurückgebliebener Kinder, in dem anderen um die Mittel zur Heilung körperlich schwacher und kranker Kinder.

Der Entwurf einer festen Organisation der Hilfschulen für schwachbefähigte Gemeindeschulkinder war aus dem Ausschuss mit manchen Änderungen an die Versammlung zurückgelangt. Gestritten wurde nur noch darum, ob den Lehrern dieser Hilfschulen eine geringere Pflichtstundenzahl als den Lehrern normaler Gemeindeschulen gewährt werden soll. Der Ausschuss schlug das vor, hiergegen erklärten sich aber die Leute des Herrn Cassel, deren Meinung der Stadtverordnete Ulrich vortrug. Auch der Magistrat wehrte sich gegen diese Verbesserung seines Entwurfes. Stadtschulrat Fischer versicherte, die früher in den Hilfschulen üblich gewesene Ermäßigung sei jetzt nicht mehr nötig. Mit Wärme trat besonders unser Genosse Manasse dafür ein, daß auch hierin nach dem Beschluß des Ausschusses verfahren werden möge. Die Stundenermäßigung sei zu wünschen im Interesse nicht etwa nur der an den Hilfschulen beschäftigten Lehrer, sondern auch der ihnen anvertrauten Kinder. Dem Stadtschulrat gab er zu verstehen, daß diesmal in ihm der Verwaltungsbeamte den Pädagogen nicht habe zu Worte kommen lassen, weil's der Magistrat so gewollt habe. Als nach der Abstimmung über diesen Abänderungsvorschlag des Ausschusses der Vorsitzende ihn für abgelehnt erklärte, erhob sich heftiger Widerspruch. Der Vorsitzende wollte die Gegenprobe machen lassen, wie ein großer Teil der Versammlung es wünschte. Doch Herr Cassel fuhr dazwischen, daß sei unzulässig, nachdem einmal ein Abstimmungsergebnis verkündet worden sei. Genosse Borgmann bestritt das, aber der Vorsitzende hatte eilfertig sich zur Meinung des Herrn Cassel bekehrt und erklärte die Sache für erledigt. Als er weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung nicht zulassen wollte, kam es zu einem sehr stürmischen Austritt. Genosse Stadthagen, der einige Male vergeblich das Wort forderte, rief schließlich in den andauernden Tumult hinein: „Sie müssen doch wissen, was in der Geschäftsordnung steht!“ Der Vorsitzende antwortete mit einem Ordnungsruf, auf den er, da Stadthagen immer wieder das Wort forderte, sogleich noch einen zweiten folgen ließ. Als der Rärm sich gelegt hatte, wurde in der Gesamtstimmung die ganze Vorlage angenommen.

Die Magistratsvorlage über die Nachbewilligung von Mitteln zur Entsendung von Kindern in Heim-, Seil- und Erholungsstätten kam aus dem Ausschuss zurück mit der Verbesserung, daß die geforderten 50.000 M. auf 75.000 M. zu erhöhen seien. Unsere Genossen beantragten, den Magistrat zu ersuchen, daß außerdem ein Betrag von 72.000 M., der zur Deckung der in 1909 notwendig gewordenen Mehrausgaben zu Unrecht aus dem für 1910 bewilligten Etat entnommen worden war, nachgefordert werde. Stadtrat Münsterberg, der für diese etatsrechtlich unzulässige Eigenmächtigkeit verantwortlich war, bedauerte und — schob sie auf seine Beamten. Er gab indes zu, daß er mitschuldig sei, und erklärte sich sogar bereit, den Betrag aus eigenen Mitteln zu ersetzen, wenn es verlangt werde. Das klang sehr nobel, aber er wußte, daß keiner ihm zumuten würde, zu bezahlen, was „zuviel“ für die kranken Kinder ausgegeben worden war, weil man durch den Etat zu wenig gefordert hatte. Genosse Borgmann kennzeichnete nach Gebühr diese Wirtshaft, die sich immer wiederholende Geldhemme der Armenverwaltung, aber auch die von Münsterberg bekundete Nichtachtung des Bewilligungsrechtes der Stadtverordnetenversammlung. Der Rämmerer hatte schon im Ausschuss glauben machen wollen, eine Nachbewilligung für 1909 sei jetzt, nachdem die Jahresrechnung abgeschlossen sei, nicht mehr zulässig. Das wurde ihm gestern erneut von Borgmann bestritten. Der Rämmerer meinte, unsere Redner mit schnoddrigen Redensarten abfertigen zu können, aber er mußte es erleben, daß die Wortführer aller übrigen Fraktionen — die Herren Rommsen, Nathan, Cassel, Rosenow — sich einmütig gegen diese Manier aussprachen. Auch Herr Münsterberg wusch einer nach dem anderen tüchtig den Kopf, zumal der Oberbürgermeister Kirchner die sensationelle Mitteilung gemacht hatte, daß er sogar den Magistrat nicht von seiner Eigenmächtigkeit in Kenntnis gesetzt habe. Genosse Weyl beauftragte vom Standpunkt des Arztes die Notwendigkeit weitgehender Fürsorge für kranke Kinder. — Die Beschlusnahme des Verfahrens, die er forderte, wurde auch vom Oberbürgermeister Kirchner als nötig anerkannt. Dem Rämmerer führte schließlich Genosse Borgmann noch einmal zu Gemüte, wie wenig der herausfordernde Ton, den er sich erlaubt hatte, ihm zukommt. Die Abstimmung ergab Annahme des Ausschussantrages auf Bewilligung von 75.000 M., nachdem zuvor der Antrag unserer Genossen, um Nachforderung auch noch jener 72.000 M. zu ersuchen, abgelehnt worden war. Zwischen hatte die sozialdemokratische Fraktion eine dritte Lesung beantragt. Genosse Stadthagen sagte in seinen begründenden Ausführungen, daß sei für den Fall einer Ablehnung der 75.000 M. im voraus beantragt worden, weil nach den in der Hilfschuldebatte gemachten Erfahrungen zu befürchten war, daß nach der Abstimmung der Vorsitzende wieder die Sache für „erledigt“ erklären würde. Da aber die 75.000 M. erfreulicherweise bewilligt worden seien, so könne man nunmehr auf eine dritte Lesung verzichten.

Wir erfahren, daß Genosse Stadthagen gegen jene Vergewaltigung der Geschäftsordnung schriftlich protestiert hat. Er legt in seinem Protest dar, daß durch das geschäftsordnungswidrige Verhalten des Vorstehers er gehindert worden ist, einen Antrag auf namentliche Abstimmung und eine dann vorzunehmende dritte Lesung zu stellen und zu begründen. Man sollte von dem Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Berlins erwarten, daß er die Geschäftsordnung kennt. Ob tatsächlich Unkenntnis oder nur Unbeholfenheit sein geschäftsordnungswidriges Verhalten veranlaßt hat, möge dahingestellt bleiben.

Am Sonnabend fällt die juristische Sprechstunde aus.

Die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung unter anderem den Entwurf zum Um- und Erweiterungsbau des Operationshauses im Krankenhaus Friedrichshain mit einem Kostenaufschlag von 134.000 M. Ferner wählte die Deputation verschiedene Assistenzärzte an städtischen Krankenhäusern. Nach Erledigung der Tagesordnung verabschiedete sich der Vorsitzende der Deputation, Stadtrat Dr. Weigert, welcher mit Schluß dieses Jahres aus dem Magistratskollegium ausscheidet und der Deputation während der letzten 10 Jahre als Vorsitzender angehört hat.

Die Ausschließung der Schulkinder vom Weihnachtshandel wird in diesem Jahre sehr streng durchgeführt. Durch eine polizeiliche Verfügung, die in den Schulen bekanntgegeben wurde, ist es den Kindern unter 14 Jahren verboten, auf der Straße mit Weihnachtsgarteln zu handeln. Die Polizeireviere sind angewiesen, unachtsamlich die Kinder zu sptieren, die trotz des polizeilichen Verbotes den Weihnachtshandel betreiben. An den Abenden der letzten Tage wurden verschiedene solcher kleinen Uebelthäter von den Schulleuten aufgegriffen und später nach einer Verwarnung durch einen Schutzmännchen den Eltern oder Erziehern wieder zugeführt, welchen dabei bedeutet wurde, daß sie bei einer nochmaligen Uebertretung in Strafe genommen werden.

Zum Mord am Humboldthafen. Die Recherchen nach dem Mörder des am 15. Oktober auf einem Kahn am Humboldthafen ermordeten Mädchens, das dann in einen Sack gesteckt und ins Wasser geworfen wurde, haben einen kleinen Erfolg gehabt, welcher eine Klärung des Verbrechens herbeiführen dürfte. Einer der neben diesem Kahn vor Anker gelegenen Kahne wurde als dem Schiffseigentümer Feidler aus Bromberg gehörig bezeichnet. Jetzt ist dieser Kahn bei der Ladung an der Hamburger Halle in Posen ermittelt worden. Eine Gerichtskommission, bestehend aus Berliner und Posenen Gerichtsherren und einem Berliner Kriminalbeamten, haben eine eingehende Besichtigung des Kahnes vorgenommen. Auch die damalige Begleiterin der Ermordeten wurde nach Posen zitiert und mußte an der Verhaftung teilnehmen. Die das Mädchen befundene, ist die Vergewaltigung und der Mord auf dem Feidlerschen Kahne nicht ausgeführt worden. Es war aber möglich, die Namen der Schiffseigentümer festzustellen, deren Fahrzeuge neben dem Feidlerschen Kahne damals geankert hatten. Die Schleusen- und Hafenverwaltungen sowie auch die Polizeibehörden sind nunmehr angewiesen worden, auf diese genau bezeichneten Kahne zu achten und sofort Meldung zu erstatten, wenn sie irgendwo vor Anker liegen. Die Klärung der Mordtat scheint nunmehr in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Die Ausstellung empfehlenderer Jugendbücher und die Wanderschmuckausstellung werden am Sonntagabend 9 Uhr geschlossen. Bis dahin sind die Ausstellungen täglich von 8—9 Uhr geöffnet. Beide befinden sich im Gewerkschaftshaus; die Bücherausstellung im Saal III, die Wanderschmuckausstellung im Ausstellungsraum, Eingang B, Erdgesch.

In einem Stübchen erstickt. Einem bedauerlichen Unglücksfall, der zu größter Vorsicht mahnt, ist gestern ein Kindesleben zum Opfer gefallen. Gestern abend als die zweijährige Tochter des Schiffseigners Richter aus Steinfurth, der gegenwärtig mit seiner Fille bei Sitalau vor Anker liegt, einen Apfel. Während des Essens ergabte die Kleine ihrem älteren Bruder etwas und dabei geriet dem Kinde ein Stück Obst in die Luftröhre. Alle Bemühungen der Eltern, den Wissen zu entfernen, blieben leider erfolglos. Ehe der hinzugekommene Arzt zur Stelle war, verstarb das Mädchen infolge Erstickung.

Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich gestern abend in der Neuen Königstraße. Als der 66jährige Kaufmann Paul Niemann aus der Oranienburger Straße 59 vor dem Hause Neue Königstraße 17 den Fahrradweg überschreiten wollte, kam plötzlich ein Privatautomobil herangefahren, dem L. nicht mehr rechtzeitig ausweichen vermochte. Der Kaufmann wurde von dem Kraftwagen erfasst, niedergedrückt und geriet unter das Auto, dessen Räder über ihn hinweggingen. Der Verunglückte erlitt einen komplizierten Schädelbruch und schwere Brustquetschungen. In bestimmungslosem Zustande wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt, wo er unmittelbar nach seiner Einlieferung an den Folgen der erlittenen Verletzungen verstarb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die Schuldfrage an dem bedauerlichen Unglücksfall ist noch nicht geklärt.

Zu den Margarinerkrankungen meldet das Berliner Polizeipräsidium: „Am 8. d. M. sind in Berlin weitere Erkrankungen infolge des Genusses von Margarine, die von der Firma Mohr u. Co., G. m. b. H. zu Altona-Öttingen, bezogen war, vorgekommen. Während bei den früheren Erkrankungen die Marke „Gada“ in Betracht kam, sind die neueren Erkrankungen auf den Genuß der Margarinemarken „Freischer Mohr“ und „Luifa“ zurückzuführen. Die Untersuchungen über das Wesen des Krankheitserregers haben bisher noch kein bestimmtes Resultat ergeben.“

Der Frauenmord in Berlin W.

Der Kriminalpolizei ist es noch immer nicht gelungen, einen bestimmten Anhalt für die Täterschaft beim Mord in der Blumenhalsstraße zu gewinnen. Festgestellt ist, daß Frau Hoffmann kein Schwedchen besessen hat. Dagegen hatte sie ein Vantbuch, auf das sie Einzahlungen machte. Dieses hat sich gefunden. Die Aufwarterin gibt an, daß in dem Wäsetkasten stets einige Portemonnaies lagen, aus denen Frau Hoffmann ihr Geld für den täglichen Gebrauch, für kleine Einkäufe nahm und der Aufwarterin gab. Diese Portemonnaies lagen auch noch im Schubkasten, sie waren aber geöffnet und leer. Ihren Inhalt, der nur unbedeutend gewesen sein kann, hat der Mörder geraubt, ebenso eine goldene Uhr mit goldener Kette aus einem kleinen Arbeitsbüchlein, das neben dem Wäset am Fenster des Berliner Zimmers stand. Eine alte Frau hat bekundet, daß sie am Mittwochnachmittag gegen 3 Uhr über den Damm der Blumenhalsstraße gegangen sei. Hierbei habe sie gesehen, wie ein Mann aus dem Hause Blumenhalsstraße Nr. 1 herausgekommen und eiligt nach der Kurfürststraße und dann weiter nach der Steinmehstraße gelaufen sei. Der Mensch sei etwa mittelgroß gewesen, hatte einen kleinen, dunklen Schnurrbart, trug einen schwarzen steifen Hut und einen dunkelblauen Ueberzieher. Es wäre von Wichtigkeit, zu hören, ob noch jemand einen solchen Mann zu jener Zeit dort gesehen hat. Daß die Tat von einem Mann ausgeführt wurde, wird jetzt allgemein angenommen. Auch darüber, wie sich die Tat abgespielt haben kann, sind noch

einmal genaue Nachforschungen angestellt worden. Frau Hoffmann hat wahrscheinlich in Berliner Zimmer den ersten Schlag erhalten und ist dort zusammengebrochen. Wie der Mörder in das Haus und in die Wohnung der Frau Hoffmann gekommen ist, weiß man immer noch nicht. Aber es ist anzunehmen, daß ihm die alte Dame doch wohl selbst geöffnet hat. Der Mörder kann erst nach 10 1/2 Uhr in die Wohnung der Frau Hoffmann gelangt sein. Bis dahin hatte die Aufwarterin zu tun, die am Mittwoch morgen um 9 1/2 Uhr kam und sich etwas über zwei Stunden beschäftigt hat. Sie erinnert sich, daß sie gerade an diesem Tage etwas mehr zu tun hatte und deswegen etwas länger blieb als sonst. Nachdem sie mit dem Reinigen fertig war und die Wohnung verließ, schloß Frau Hoffmann selbst die Türen hinter ihr ab. An der Vordertür legte sie die Sperre vor, an der Hintertür zwei Riegel. Bemerkenswert ist noch, was die Kriminalpolizei jetzt über den Strid genau festgestellt hat. Dieser hing ursprünglich nicht an der Türklinke, sondern lag auf dem Wäset. Als die Aufwarterin um 10 1/2 Uhr die Wohnung verließ, war der Strid, wie sie genau weiß, nicht da. Als sie um 3 Uhr mit der Pförtnerin und dem Schlosser die Wohnung wieder betrat, fiel es ihr sofort auf, daß der Strid auf dem Wäset lag. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß der Mörder ihn mitgebracht hat, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

Der Kreis der ermittelten Bekannten wird durch neue Zeugen immer mehr erweitert. Außerhalb dieses Kreises stehen zwei Männer, auf die am Mittwochabend zwei Leute, die sich in der Wohnung der Ermordeten meldeten, aufmerksam machten. Diese Zeugen sahen im Anfang voriger Woche zwei Männer in ziemlich abgerissenen Zustände in Lokalen der Froben-, Bieten- und Potsdamer Straße. Die Männer verschwanden dann, tauchten am 9. plötzlich wieder auf und waren jetzt ganz neu eingekleidet. Die Fahndungspatrouille beobachtete nachts die Kneipen, fand aber die Männer nicht. Endlich wurde ermittelt, daß sich einer von ihnen in der Kurfürststraße zu Rixdorf eine Wohnung gemietet hatte. Die Kriminalpolizei fand dort beide, Kaufleute namens Paul A. und K. Es ergab sich, daß A. einer Steinfirmen, bei der er angestellt war, in der Zeit vom 4. zum 5. d. M. 3000 M. unterschlagen hat. A. wurde gesucht, weil er noch eine Strafe zu verbüßen hat. Beide wurden verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Sie behaupten, am 6. d. M. zu ihrem Vergnügen nach Köln gefahren und am 9. zurückgekehrt zu sein. Nach ihrer Darstellung suchte A. mit seiner Beute von 3000 M. alsbald A. auf. Beide keideten sich dann neu ein und machten die Vergnügungsreise nach Köln mit einem jungen Mädchen zusammen. Die Reise kam ihnen so teuer zu stehen, daß sie bald zurückkehrten und beinahe ohne Geld in Berlin wieder eintrafen. Hier erregten sie dann in ihrer neuen Kleidung die Aufmerksamkeit des Publikums. Die Angaben der Verhafteten über ihre Kölner Reise müssen noch nachgeprüft werden. Die Zeugenvernehmungen dauern fort.

Einem Fledderer ist ein biederer Landwirt, der zur Abweidung von Gemarkungen nach Berlin gekommen war, in die Hände gefallen. Am Schloßischen Bahnhof sprach den Landwirt ein Mann an und erbot sich, ihm ein Stiel von Berlin zu zeigen. Hierbei verschleppte der durchtriebene Vursche den Fremden nach einer Schankwirtschaft in der Großen Frankfurter Straße, machte ihn dort betrunken und stahl ihm dann 800 Mark bares Geld und eine goldene Remonteuruhr mit goldener Herrenkette. Erst kurze Zeit nachdem sich der fröhliche junge Mann empfohlen hatte, merkte der Landwirt, daß ihm seine Fährung und die Beute sehr teuer zu stehen gekommen war.

Ihr Trid. Wegen Betruges wurde in Berlin wieder einmal die Langesuchte, vielfach bestrafte und unredliche Marie Gumbelach, geboren am 11. Juli 1853 zu Berlin, festgenommen. Während sie früher immer Kerze, mildtätige Leute usw. mit ihren Erzählungen von einem solchen erlittenen Unfälle zu Unterstützungen bewog, streift ihr neuer Trid nahe an Erpressung. In der jüngsten Zeit erklebten nämlich höhere Beamte außerhalb Berlins, von denen in den fogenannten Familiennachrichten der Zeitungen stand, daß sie Wäter geworden seien, aus Berlin Briefe, deren Schreiberin an ihren Glückwunsch die Erinnerung an angeblich gemeinsam verlebte schöne Stunden und die Bitte um eine Unterstützung knüpfte, da sie, auf dem Wege, sich für eine neue Stellung vorzustellen, einen Unfall mit der Kraftdrose gehabt und dabei ihr gesamtes Geld verloren habe. Sie rechnete dabei anscheinend darauf, daß die betroffenen Herren unbedingt mal in Berlin gewesen seien und irgendwelche zarten Beziehungen angeknüpft hätten, an die sie nicht mehr erinnern sein wollten und gern ein Vögelchen zahlen würden. Die gewünschte Unterstützung wurde immer unter wechselnden Adressen, wie „Höfnel und Wretel“ oder „Rettung“ nach verschiedenen Berliner Postämtern erbelet. Die junge Dame mit den schönen Erinnerungen war die Gumbelach. Die Berliner Kriminalpolizei ist der Ansicht, daß die Gumbelach schon seit sehr langer Zeit sich nur vom Ertrage kraßbarer Fandlungen ernährt hat und bittet um Meldung von Geschädigten.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdsdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Schankkonzessionssteuer, die von Stadt Wilmerdsdorf seit zwei Jahren erhoben wird, hat nicht entfernt soviel eingebracht, als man erwartete; und um diese Steuer erträglich und daher ausgleichiger zu gestalten, beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember eine allgemeine Ermäßigung der Steuerfäße. So soll ein Steuerpflichtiger der untersten Gewerbesteuerklasse im Falle der Keuerichtung einer Schankstätte 100 M., beim Erwerb einer bereits bestehenden Schankstätte 50 M. Konzessionssteuer zahlen. Bei der Beratung der Vorlage beantragte Stadtv. Koll die völlige Aufhebung dieser allgemein als eine Ungerechtheit empfundenen Steuer, wogegen Stadtv. Cohn die unterste Stufe frei ausgeben lassen wollte. Beide Anträge wurden abgelehnt und es blieb bei den erwähnten Sätzen. Bemerk sei, daß der Stadtv. Leidig dem Antrage auf Vereitigung der Steuer mit der Bemerkung entgegentrat, daß die Ausschussbehörde hierzu auf keinen Fall ihre Einwilligung geben werde, denn es handele sich bei der Konzessionssteuer um eine der „Lieblingsideen“ der preußischen Regierung.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit beschäftigte die Stadtverordnetenversammlung sich zwei Stunden lang mit der Prüfung der Stadtverordnetenwahlen vom November dieses Jahres. In dem kurzen Bericht, den wir gestern bereits hierüber veröffentlichten, ist eine Ungenauigkeit enthalten. Gleich den anderen neu- oder wiedergewählten Stadtverordneten werden auch unser Parteigenosse Riedel und der Demokrat Lazarus mit dem neuen Jahre ihr Amt ansetzen. Jedoch wurde am Mittwoch ein Vorbehalt beschlossen, zu dem ein von bürgerlicher Seite gegen die Wahl eingereichter Protest den Anlaß gegeben hat. Der Protest behauptet, daß die Art des Niebruchsrechts, das Herr Lazarus an einem Hause ausübt, ihm nicht die Eigenschaft eines Hausbesitzerkandidaten verliehen habe; desgleichen stütz sich der Protest darauf, daß der Wahlvortreiber im 9. Bezirk, von Riedel und Lazarus gewählt sind, wahlberechtigte Personen zurückgewiesen habe, weil sie eine andere Legitimation als die vom Magistrat ihnen zugestellte Ausweidkarte vorgezeigt hätten.

Dass dies geschehen ist, ist nicht bekannt; immerhin wäre es gut, wenn die Wähler, die am 8. November im Wahllokal des O. Gerzins, Viktoria garden, Wilhelmstr. 115, ihrer Wahlpflicht genügen konnten, ohne dass sie die amtliche Ausweisliste voranzugehen brauchten, sich nämlich oder schriftlich bei Alfred Niedeck, Berliner Straße 144, meldeten.

Der von der Stadtverordnetenversammlung gebilligte Beschluss des Bauausschusses, betreffend die Prüfung der Hausbesitzerqualitäten des Herrn Lazarus erscheint uns rechtlich sehr angreifbar. Es genügt, wenn das Grundbuch die Übertragung des Nießbrauchsrechts erkennen lässt; Grund und Dauer der Übertragung sind Angelegenheiten privater Natur, die eine öffentliche Körperschaft nicht kümmern sollten.

Es verdient ferner Beachtung, dass die gestern erwähnte Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn Dertler im 1. Bezirk Dahlensee sich auf eine neue Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts stütze. Der Wahlvorstand hatte, wie erinnerlich sein wird, ursprünglich zwischen Dertler und dem Demokraten Hloto Schwab anberaunt, dann aber die auf Herrn Hloto gefallenen Stimmen für ungültig erklärt und Herrn Dertler als gewählt proklamiert. Dies geschah, weil das Grundbuch, aus dem Herr Hloto seine Hausbesitzerqualitäten herzuholen hat, zur Hälfte seiner Frau gehört, das Oberverwaltungsgericht aber in einer am 15. März 1902 gefällten Entscheidung von einem Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung den vollen Besitz des Hauses verlangt. Nun hat dies Gericht aber am 5. November 1910 ein Urteil gefällt, wonach auch jemand, der mit seiner Ehefrau gemeinsam ein Grundstück besitzt, als Hausbesitzer gewählt werden kann. Diese Entscheidung hat die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf als maßgebend betrachtet.

Weiter stimmte die Stadtverordnetenversammlung einer Magistratsvorlage zu, die der herrschenden Fleischnot ihre Entstehung verdankt. Es soll danach in dem der Stadt gehörenden Hause Berliner Straße 40 ein- bis zweimal in der Woche ein Seefischmarkt abgehalten werden. Die Preise sollen sich möglichst billig gestalten, da mit der Firma, die den Verkauf übertragen erhält, ein bestimmter mäßiger Aufschlag vereinbart wird. Ein Seefisch-Lokal, der für Mütter und deren Töchter in der Schulstraße der Gemeindefürsorge in der Platzburger Straße abgehalten wird, soll das Verbotnis für die Seefischbereitung werden. Der erste Ausschuss, den Mitglieder des Vaterländischen Freundesvereins und des Seefischer-Vereins leiten, ist am 15. Dezember eröffnet worden. Es nahmen 30 Mütter und deren Töchter daran teil.

Ein neues Blatt im Rufwestfranze auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik hat sich der Wilmersdorfer Magistrat erworben. Am 7. Dezember wurde plötzlich zwei bei der Berufsfeuerwehr tätigen Feuerwehrmännern ohne Angabe von Gründen gekündigt, mit dem Hinweis, dass ihre Beschäftigung mit dem 21. Dezember das Ende erreicht habe. Sonderbar beruht es, wenn man in diesem Falle langjährige, im Dienste der Stadt beschäftigte Arbeiter kurzerhand entlassen werden. Die Annahmehinrichtungen besagen freilich, dass der Magistrat jederzeit vor Erlangung der Pensionsberechtigung auf Vorschlag des Brandinspektors, ohne den Grund der Entlassung anzugeben, Personen, die im Dienste der Berufsfeuerwehr stehen, kündigen kann. Wenn es sich hier um gänzlich Knechtgestellte oder solche Personen handeln würde, die erst eine verhältnismäßig kurze Dienstzeit hinter sich haben, so ließe sich vielleicht der Vorgang noch entschuldigen. Dagegen ist aber bei den beiden Entlassenen eine Dienstzeit von 4 1/2 bzw. 3 1/2 Jahren nachgewiesen. Der Stadtrat Schmal, Delegierter der betreffenden Deputation, erklärte den Entlassenen gegenüber, dass die gegenwärtigen Zustände bei der Feuerweh die Entlassung bedingten. Die Offiziere würden sonst die Macht verlieren. Der Vertreter des Magistrats, Oberbürgermeister Habermann erklärte, ihm ginge die ganze Sache nichts an. Der Brandinspektor äußerte dann den Entlassenen gegenüber, dass die Kündigung lediglich deshalb erfolgt sei, weil die Betroffenen die dienstuntauglich gewesen wären. Worin die Dienstuntauglichkeit der Entlassenen besteht, wurde nicht angegeben. Die Entlassenen haben sich mit einer Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium zwecks Umlösung der ganzen Angelegenheit gewandt, und es muß erst abgewartet werden, ob sich die Vertreter der Bürgererschaft ihrer Interessen annehmen. Daß der Magistrat einige Tage vor dem Weihnachtsfest, dem Feste der christlichen Liebe, Familienväter aus dem Dienst entläßt und dem Fleid preisgibt, hätte man allerdings nicht für möglich gehalten.

Charlottenburg.

Eine Mädchenschule infolge Diphtheritis geschlossen. In der höheren Bürgermädchenschule in der Kirchhoffstr. 2 sind seit einiger Zeit auffallend viele Fälle von Diphtheritiserkrankungen vorgekommen, die sich jetzt bis auf 38 erhöht haben. Die Erkrankungsfälle haben sich auf sämtliche Klassen ausgedehnt; eine Schülerin ist gestorben. Die städtischen Behörden haben gestern, um weiteren Ausbreitungen vorzubeugen, angeordnet, dass die Schule vorläufig bis Weihnachten vollständig geschlossen wird.

Schöneberg.

Infolge der Nichtbefähigung des Stadtverordnetenvorsethers Dr. Grafen v. Ratuskala als Mitglied der Schuldeputation hat die liberale Fraktion bei dem Magistrat beantragt, in einer Session an beide Häuser des Landtages die gesetzliche Normierung des staatlichen Beschäftigungsrechts zu fordern, mit der Maßgabe, dass die Beschäftigung nur aus gesetzlich bestimmten Gründen und unter Angabe der Gründe verfügt werden darf und dass die Beförderung der Beschäftigten im Verwaltungsbereich auf ihre Berechtigung nachgeprüft werden kann. Mit diesem Antrag wird sich bereits die nächste Stadtverordnetenversammlung beschäftigen.

Nixdorf.

Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenvorwahl im 19. Kommunalwahlbezirk wurde der sozialdemokratische Kandidat Gewerkschaftsbeamte Wronski gewählt. Er erhielt 590 Stimmen.

Auf fiescher Tat ergriffen wurde gestern vormittag auf dem Privatmarkt in der Kaiser-Friedrichstraße eine Marktstrolche. Eine Frau Kerling aus der Jagelstr. 15, die gestern morgen auf dem Markt vor einem Verkaufsstand sich befand, merkte plötzlich, dass ihr das Portemonnaie aus der Manteltasche gezogen wurde. Sogleich sah sie, dass ein Knabe einer Frau, offenbar seiner Mutter, das Portemonnaie hinterhält. Sie beschloß, mit der betreffenden Frau, dass sie das Portemonnaie durch den Knaben hat stehlen lassen, was die Frau jedoch in Abrede stellte. Es kam zu einer erregten Szene, wobei die Bestohlene der Diebin den Arm hochhob. Dabei fiel das Portemonnaie unter dem Arm hervor. Die Gaminette wurde festgenommen und als eine schon sechsmal vorbestrafte Marktstrolche Louise Schröder aus der Wurzstr. festgesetzt.

Lichtenberg.

Das Gerücht von einem Morde durchliefte gestern vormittag den Ort. In dem Hause Niederbarnimer Str. 6 wohnt seit drei Jahren in der ersten Etage der 74jährige Invalide Friedrich Hiltkreutz, der von den Büßen seines kleinen Vermögens lebte und in der Nachbarschaft allgemein als wohlhabender Mann galt. Seit vier Tagen hatte sich der Invalide nicht mehr außerhalb seiner Wohnung sehen lassen, jedoch man glaubte, er sei zu seiner außerhalb Berlins wohnenden Tochter gefahren. Am vorgestrigen und am gestrigen Tage drang jedoch aus der Wohnung ein intensiver Leichengeruch heraus, so daß man die Kriminalpolizei benachrichtigte. Diese ließ die Wohnung durch einen Schloffer öffnen und fand den Invaliden in seinem Schlafzimmer auf dem Boden liegend als Leiche vor. Ein hinzugekommener Arzt stellte fest, daß der Tod des Mannes bereits am 10. d. Mts. erfolgt sein müsse. Da sich jedoch nicht ermitteln ließ, ob Hiltkreutz infolge eines Herzschlages oder einer anderen Wirkung verstorben ist, wurde die Leiche beschlagnahmt und zur Obduktion

nach der Leichenhalle in der Wagnitzstraße gebracht. In der Wohnung des Toten fand man 2000 M. in barem Gelde und zwei goldene Uhren vor.

Ober-Schönheide.

Gemeindevertretung. Der vorliegende Entwurf eines Ortsstatuts gegen die Verunstaltung von Straßen und Plätzen, wodurch die Straßen im sogenannten Rathausviertel geschliffen werden sollen, fand Annahme. Nach dem Entwurf ist für die Anfertigung der Hausfronten sowie die Anbringung von Metallbeschütern in dem Straßenbild die Hauptpolizeidirektion zustimmend erforderlich; in wichtigen Fällen ist auch der im Entwurf vorgesehene Sachverständigenrat zu hören. — Die Errichtung einer Fortschulklasse am Realgymnasium führte zu längerer Debatte. Unsere Genossen legten ihre prinzipiell ablehnende Stellung dar, worauf die sofortige Errichtung abgelehnt wurde. Die Ausführung der Tischlerarbeiten (Heister) für das Realgymnasium wurde dem hiesigen Unternehmer Bied und die Herstellung der Bes- und Entwässerungsanlage der Firma Dopp u. Carstadt, Berlin, übertragen. — Von dem Schöffen Herwig wurde in einem Dringlichkeitsantrage die Angelegenheit der Einführung eines Gas-einheitspreises erneut zur Sprache gebracht. Nach längerer Debatte, in der die selbstherrlichen Praktiken der Gasgesellschaft gekennzeichnet wurden, fand der Antrag Annahme, die Rechte der Gemeinde unverzüglich geltend zu machen. — Zum Schluss wurde vom Genossen G r u n o w die Form der den Gemeindefürsorgern und Nachwächtern zugefertigten Kündigung kritisiert; wenn auch entsprechend der Umwandlung der Nachwächterstellen in solche der Nachpolizei eine formelle Kündigung geboten sei, hätte es sich empfohlen, doch die Beamten nicht im Unklaren zu lassen, ob sie nun tatsächlich in eine der neuen Stellen übernommen werden, zumal feststehe, daß ein oder zwei Beamte durch die Maßnahme entlassen werden müßten.

Teltow.

Seht feudal.

Durch den Tod des Bürgermeisters Liebig ist hier die Stelle des Bürgermeisters vakant geworden. Es haben sich nach der Ausschreibung des Postens nicht weniger als 185 Personen gemeldet. Unter diesen befindet sich auch ein Hauptmann a. D., dessen Bewerbungsschreiben das hiesige Ortsblatt im Wortlaut wiedergibt. Das Schreiben selbst gibt ungefähr einen Einblick, wie sich der Herr Hauptmann a. D., dessen Namen das Ortsblatt nur mit dem Anfangsbuchstaben mitteilt, so die Aufgaben eines Bürgermeisters vorstellt. Es hat folgenden Wortlaut:

An den Magistrat der Stadt Teltow bei Berlin.
Bewerbung um die Stelle als Bürgermeister.
Ich, Kurd von B., 46. Jhr. a. D. mit der Uniform des 1ten Garde-R. J. B. war 24 Jahre Soldat, 8 Jahre Kadett, noch ehe ich, unterverheiratet, kinderlos, schuldenfrei; evangelisch, vorurteilslos, reise viel, war an fünf Höfen und fenne alle Schichten der Menschheit, nehme sie wie, nicht was sie sind, war 1 Sommer Kreisdirektor, war auch Bezirksoffizier (wegen zeitweiliger Erkrankung), fenne somit etwas die Gesetzgebung. (I) — Mein Vater, f. war General. Ein Bruder, Schwager sind General a. D., einer Major a. D., einer Jhr. u. G. — Auskunst über mich würden geben: ... (folgt eine lange Reihe, zum Teil hochfeudaler Namen.) Diese Menschen nannte ich zu eventueller Auswahl. Bitte streng vertraulich! — Hochachtungsvoll ergebenst Kurd von B., Jhr. a. D.

Wie das Blatt mitteilt, scheint der Bewerber wohl keine Aussicht zu haben, Teltower Bürgermeister zu werden. Das ist begreiflich, denn nach dem Schreiben dieses feudalen Herrn zu urteilen, hätte das Rathaus doch manchmal eine verblüffende Ähnlichkeit mit einer Kaserne erhalten können. So ein hoch feudales Stadtoberhaupt würde sicher nicht davor zurückschrecken, gelegentlich die Bürger nach der lieblichen Kaserne-Hofmelodie: „Ach, ich, versuchte Keris — Maul halten!“ einzuzergieren. Dabei wollen wir noch gar nicht soweit gehen wie das Teltower Ortsblatt, das den Bewerber für eine Kaltwasserheilanstalt reif hält. Der Herr ist eigentlich nur der Typ eines feudalen Junkers und wir zweifeln nicht, daß sich für ihn einmal ein geeigneter Posten finden wird.

Wernsdorf (Kreis Brestow).

Vor gutbesuchter Versammlung referierte im Gasthof Schwedler Genosse L h u r o w - W i d o r f über „Krone und Finanzreform“. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine anregende Diskussion, in der von den Genossen F i e d l e r, W y z o r i t und Peter auf die Notwendigkeit der politischen Organisation verwiesen wurde. Nach einem Schlusswort des Vortragenden Genossen S h u l z - R e u - J i t t a u an die Anwesenden, immer mehr für die Ideen des Sozialismus zu wirken, ging die von bestem Geist besetzte Versammlung auseinander. Einige Anwesende meldeten sich zur Aufnahme in den Wahlverein.

Buckow.

Heute Freitag, den 16. Dezember, findet eine Erziehung zur Gemeindevertretung statt. Der sozialdemokratische Kandidat ist Gastwirt Karl Klein, Chausseestraße 12. Die Wahlzeit ist von 6 1/2 bis 7 Uhr abends festgesetzt. Pflicht aller Genossen ist es, für rege Beteiligung an der Wahl Sorge zu tragen.

Königs-Wasserhausen.

In der Gemeindevertretung am 14. d. M. wurde Herr Ingenieur N i e r s c h gegen ein Gehalt von 3000 M. und 600 M. Wohnungszuschuß mit sechsmonatlicher Kündigung innerhalb der ersten 5 Jahre als Leiter des Tiefbauamtes, der Kanalisation, des Wasser- und Gaswerks angestellt. Die Kanalisationsgebühren für das vierte Vierteljahr des Rechnungsjahres 1910 wurden auf 3202,50 M. festgesetzt. Beschlossen wurde gegen eine Stimme, das Grundstück Schloßplatz neben dem Pfarrhause, im Werte von 32000 M., unentgeltlich dem Fiskus zum Bau eines Gerichtsgebäudes abzugeben. Mit dem Bau soll spätestens 1912 begonnen werden. Die Einwohnerzahl des Ortes beträgt 4390, darunter sind 2223 männliche und 2168 weibliche.

Mariendorf.

Märchenbroschüren. Am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 3-5 Uhr, finden die Märchenbroschüren statt und zwar für Kinder von 6-10 Jahren, bei Lucas, Königstraße 11, und für Kinder über 10 Jahren bei Löwenhagen, Chausseestraße.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

Kaisereden, Jungerpolitik und die Meinung der Frauen lautete das Thema einer am Sonntag hier abgehaltenen Versammlung, in welcher die Genossin Z u d a c z referierte. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde vom Genossen Reumann nach auf den Wert der Presse hingewiesen. Gewünscht wurde, daß die Expedition des „Vorwärts“ den Genossen den Bezug desselben erleichtern möge. Am Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende noch zu reger Agitation und zum Eintritt in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Zur Aufnahme hatten sich 7 Genossinnen gemeldet.

Sohen-Neuendorf.

Das Grabdenkmal Hermanns beschädigt!
Am Mittwoch bemerkte die Witwe Hermann, daß das Grab ihres Mannes, des durch den Gendarmen Jude erschossenen Genossen Hermann, beschädigt ist: der Stein mit der Inschrift nebst Umfassung ist, ohne sie vorher in Kenntnis zu setzen, entfernt! Der Gemeindevorsteher teilte der Witwe mit, er wisse nichts von der Sache, sie möge sich an den Amtsvorsteher in Girkowwerder wenden. Dieser entgegnete der Witwe auf ihr Befragen, er habe das Denkmal

entfernen lassen, es liege in der Leichenhalle; wenn die Inschrift geändert würde, würde es wieder aufgestellt. Die Witwe protestierte gegen dies Vorgehen.

Das Vorgehen des Amtsvorstehers ist ein großer Eingriff in die Rechte der Witwe. Es verletzt das Recht auf Achtung der Sittlichkeit, das auch einer Arbeiterfrau zusteht. Ferner liegt in dem Vorgehen ein schwerer Eingriff in das Eigentumsrecht. Ob der Amtsvorsteher strafrechtlich verantwortlich ist, interessiert uns weniger, da er jedenfalls den guten Glauben für sich in Anspruch nehmen wird, nicht rechtswidrig gehandelt zu haben. Unrechtfertig bleibt aber das Verfahren. Besonders rücksichtslos ist das Verfahren deshalb, weil der Amtsvorsteher die Witwe von seinem Vorhaben nicht einmal in Kenntnis gesetzt hatte. Wegen des eigenmächtigen Vorgehens des Amtsvorstehers werden die erforderlichen Schritte getan werden. Auffällig ist, daß der Amtsvorsteher so wie geschehen vorgegangen ist, wiewohl die ihm unangenehme Inschrift nichts weiter befragt als die Inschrift, die die Mitglieder des höchsten Gerichtshofes einem im Sitzungssaale erschienenen Mitglied ihres Kollegiums setzten. Glaubt der Amtsvorsteher, eine Arbeiterwitwe sei nicht berechtigt, den Grund des Unterganges ihres so jäh durch eine Gendarmenhand getöteten Ehemannes anzugehen? Glaubt er, die Wahrheit zu verhehlen, sei Pietätspflicht? Und welche Gründe glaubt der Amtsvorsteher dafür zu haben, ohne vorhergehende schriftliche Anbrohung so wie geschehen entgegen dem Gesetz vorzugehen. Existieren die Befehle nicht auch zum Schutz von Arbeitern?

Spandau.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Freitag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, bei Böhle, Dabelstraße: Uebungsabend. Am Sonntag: Vortrag des Herrn Professor Dr. Ankerling im Anatomischen Museum. Abfahrt 10,20 Uhr vom Hauptbahnhof Spandau.

Lichterade. Sonnabend, den 17. Dezember, abends pünktlich 1/9 Uhr: Wahlvereinsversammlung im Lokale von H. Deter, Bahnhofstraße.

Aus aller Welt.

Revolte im Armenhause.

In einem Armenhause bei Sutton in der englischen Grafschaft Surrey kam es am Mittwochabend zu schweren Ausschreitungen. Die Insassen, etwa 350 an der Zahl, weigerten sich, den ihnen vorgelegten Haferschlüssel zu essen, und bewarfen die Beamten mit Messern, Gabeln und Geschir. Vierzig Polizeibeamte, die zur Hilfe herbeieilten, wurden gleichfalls mit einem Hagel von Eßgerätschaften empfangen. Die Beamten schlugen darauf mit ihren Knütteln auf die Armenhäuser ein. Von den Zumulthanten wurden 86 verhaftet. Das muß ja eine ganz ungeheuerliche Deliktatse gewesen sein, wegen der die doch wirklich nicht verdöhten Armen aufrührerisch wurden.

Für die Reichsverbandsliste.

Ueber große Unterschlagungen in einem christlichen Konsumverein berichtet die „Köln. Volksztg.“. Danach wurde im Gewerkschaftsverein in Eiserfeld im Siegerlande bei einer außerordentlichen Wählerrevision ein Fehlbetrag von 10000 Mark festgestellt, den der bisherige Verwalter Will unterschlagen hat. Er war vor wenigen Wochen nach Norddamm bezogen, wo es zwischen verhaftet wurde.

Eine Kur nach Doktor Eisenbart.

Aus Rom meldet unser dortiger Korrespondent: Einen schrecklichen Tod hat der Landmann Lanciani in einem Dörfchen bei Livoli gefunden. Der Arzt des Ortes hatte ihm gegen Rheumatismus eine Schwitzkur in einer römischen Heilanstalt verordnet, aber dem Manne schienen die Kosten zu groß. Deshalb beschloß er, im Einverständnis mit seiner Frau, sich in dem Badhofen eines Verwandten zu legen. Ohne daß der Besitzer des Badofens etwas davon wußte, wurde er 1 1/2 Stunden im furchtbarsten Hitze dort eingesperrt. Als man ihn herausnahm, gab er kein Lebenszeichen mehr von sich, und mehrere Stunden später starb der Mann, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Unglückliche hinterläßt 6 Kinder.

Kleine Notizen.

Die Besatzung des bei einem Sturm am der spanischen Küste untergegangenen Hamburger Dampfers „Valermo“ ist nach neueren Meldungen nicht gerettet worden. Der Dampfer hatte 24 Personen an Bord, die mit dem Schiffe untergegangen sind.

Einsturz eines Neubaus. In der Stationsgasse in Budapest ist gestern ein Neubau eingestürzt. Von sieben Arbeitern, die unter den Trümmern begraben wurden, sind fünf getötet und zwei schwer verletzt worden. — In Demberg wurde durch den Einsturz eines Neubaus ein altes Wohnhaus mitgerissen. Eine Frau wurde unter den Trümmern begraben und getötet, die übrigen Hausbewohner konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Bei der Explosion auf der Mine der Wond Coal Company bei Taroma im Staate Virginia, über die wir gestern berichteten, sind nach neueren Feststellungen 26 Bergleute getötet worden.

Witterungsbericht vom 15. Dezember 1910, morgens 8 Uhr.

Ort	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur
Wien	767	SE	3	Rebel	2	Wien	767	SE	3
Dresden	763	SE	3	Rebel	2	Dresden	767	SE	3
Berlin	766	SE	3	Rebel	2	Berlin	767	SE	3
Frankfurt	768	SE	3	Rebel	2	Frankfurt	768	SE	3
München	768	SE	3	Rebel	2	München	768	SE	3
Stettin	760	SE	3	Rebel	2	Stettin	760	SE	3

Wetterprognose für Freitag, den 16. Dezember 1910.
Ein wenig wärmer, teilweise heiter, aber nachmittags mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Am Sonnabend fällt die juristische Sprechstunde aus.
Die juristische Sprechstunde findet am Sonnabend, den 16. d. Mts., von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Hinweis ist ein Nachtrag und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Hinweise werden nicht erstellt. Eilige Anfragen tragen man in der Sprechstunde vor.
W. A. 1. Die Sache ist verfehlt. Ein solches Schreiben könnte als Klage aufgeführt werden. 2. G. — W. S. 37. 1. Rein. 2. Das wäre freilich. 3. G. — G. 61. Wohnung erfolgt am zweimaligsten sofort beim Magistrat. Die Behörde gibt nicht als Annahmestempel. — W. S. 777. Rein. — G. S. 58. 1. Ohne Zustimmung des Vaters nicht. 2. Rein. — A. W. (oder H. W. T.) 1. Wenn der Richter nach Monaten dementen ist, spätestens bis zum 15. zum 1. folgenden Monats. 2. Rein. — A. W., H. G. D. Die Fragen lassen sich im Rahmen des Briefkastens nicht behandeln. Wenn Sie die Tagespreise für Sie lesen, wer es Sie über die Begriffe Anfertigung erhalten. — W. S. 88. Fragen Sie bei der Zentralkommission der Ortskrankenkassen, Angelfischer Nr. 15 an